

Die Revolution von 1848/49





Inhalt

04

Einleitung: Die Revolution von 1848/49 in der Demokratiegeschichte

08

Vorläufe und Voraussetzungen: Deutschland im Zeitalter der Revolutionen 1789–1847

20

Die Vielfalt der Revolutionsaufrüche: Die deutsche Erfahrung des Frühjahrs 1848

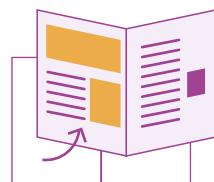


28

Akteure und Arenen: Parlamente und Vereine, Fraktionen und Redaktionen, Männer und Frauen, Petitionen und Barrikaden

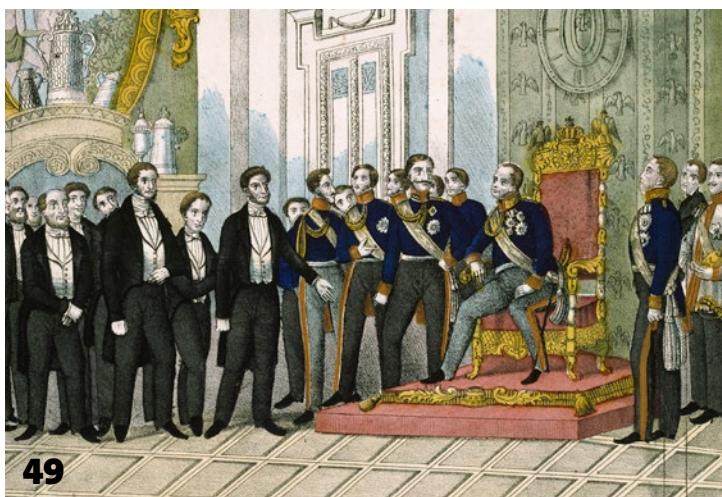
34

Poster



42

Dynamik und Machtlosigkeit der Revolution: Nation und Verfassung, Polarisierung und Gewalt



46

Von der Krise zum Revolutionsende: Die Veränderung der Handlungsspielräume seit dem Herbst 1848

54

Die Widersprüche der Revolution: 1848/49 jenseits von „Erfolg“ und „Scheitern“



58

Geschichte und Gegenwart: Die Erbschaften der Revolution von 1848/49

62 Chronologie

65 Literatur und Material

67 Der Autor

67 Bildnachweise, Impressum

Zu diesem Heft

Das frühe 19. Jahrhundert war eine Zeit tiefgreifender Umbrüche, geprägt von fortwährenden militärischen Konflikten und konkurrierenden Herrschaftsformen. Auf dem Wiener Kongress 1814/15 einigten sich Fürsten und Diplomaten darauf, die politische Ordnung Europas durch die Schaffung des Deutschen Bundes zu stabilisieren – eines Staatenbundes, der durch monarchische Herrschaft und repressive Strukturen gekennzeichnet war. Getragen von den Freiheitsidealen der Französischen Revolution und den Ideen der Aufklärung begann sich in der Zeit des sogenannten Vormärz das Bürgertum in ganz Europa zu politisieren: Der Ruf nach nationaler Einheit und politischer Freiheit wurde laut.

Ausgehend von Paris kam es zu revolutionären Aufständen, die ab dem Frühjahr 1848 ganz Europa erfassten. Am 18. März 1848 erreichten die Proteste Berlin. Die Revolutionäre verfolgten das Ziel, die politische Mitbestimmung des Volkes zu stärken und die Macht monarchischer Eliten zu begrenzen. Diesen Forderungen kamen sie sehr nahe, als am 18. Mai 1848, nur zwei Monate später, erstmalig ein demokratisch gewähltes gesamtdeutsches Parlament zusammensetzte. Unter Glockengeläut zogen die neu gewählten Abgeordneten in die Frankfurter Paulskirche ein – mit dem historischen Anspruch, einen deutschen Nationalstaat mit einer Verfassung zu errichten.

Die Ereignisse der Jahre 1848/49 stehen jedoch nicht nur für die Dynamik des Parlamentarismus in Deutschland, sondern auch für die zunehmende Politisierung der Gesellschaft. Durch die Gründung von Lesezirkeln und Vereinen verlagerte sich das politische Geschehen in den öffentlichen Raum, unterstützt von neuen technischen Möglichkeiten

der Herstellung und Verbreitung von Medien: Zeitungen, Flugblätter und die publizierten Parlamentsprotokolle wurden zu Instrumenten der Meinungsbildung und Petitionen trugen die Anliegen der Bevölkerung in die Parlamente. Es entstand eine lebendige und kontroverse politische Öffentlichkeit, in der sich auch Frauen mit Nachdruck einen Platz erkämpften, der ihnen in den Parlamenten verwehrt wurde.

Die Euphorie stieß jedoch bald an ihre Grenzen. Die Abgeordneten der Paulskirche stritten um die Zukunft Deutschlands, und die Spaltungen überschatteten die gemeinsamen Ziele. Schließlich gewannen die monarchischen Regierungen die Oberhand zurück – und schlugen die Revolution nieder. Die unterschiedlichen Hoffnungen der Menschen von 1848/49 auf eine gesamtdeutsche Verfassung, nationale Einheit oder soziale Gleichheit blieben unerfüllt. Das politische Leben hingegen hatte sich nachhaltig verändert: Politische Organisationen jenseits staatlicher Institutionen gewannen an Bedeutung, demokratische Teilhabe wurde in Parteien, Vereinen und Presseorganen auch abseits der bürgerlichen Eliten greif- und diskutierbar.

Aus diesem Grund können wir auch heute von den Ereignissen der Jahre 1848/49 lernen. Sie erinnern uns daran, dass eine Demokratie von der Partizipation ihrer Bürgerinnen und Bürger lebt: Demokratie muss erstritten, gestaltet, aktiv gelebt und auch verteidigt werden. In diesem Sinne lädt diese Ausgabe dazu ein, die historischen Ereignisse nicht nur als etwas Vergangenes zu betrachten, sondern sie als Grundlage für eine vertiefte Auseinandersetzung mit demokratischen Werten zu nutzen.

Leonie Schminke



Digitale Version
dieses Hefts unter:
www.bpb.de/570951



JÖRN LEONHARD

Einleitung: Die Revolution von 1848/49 in der Demokratiegeschichte

Die Revolution von 1848/49 war sehr viel mehr als eine „gescheiterte“ Revolution. Ein genauer Blick lohnt, um ihre langfristigen Konsequenzen und Erbschaften bis in unsere Gegenwart zu verstehen.



Die zeitgenössische Lithografie zeigt Barrikadenkämpfe in der Breiten Straße in der Nacht vom 18. zum 19. März 1848 in Berlin.

Der 18. März in der deutschen Geschichte

Im März 2025 forderte die Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“, das Bewusstsein für die historische Bedeutung des 18. März in der deutschen Öffentlichkeit zu stärken. Gegenüber anderen nationalen Gedenk- und Feiertagen, wie dem 9. November als Tag des Mauerfalls 1989 und der antijüdischen Pogrome 1938 oder dem 3. Oktober als Tag der deutschen Einheit, stand und steht der 18. März bis heute eher im Schatten der deutschen Erinnerungs- und Gedenkkultur. Dabei spielt der Tag für die historische Entwicklung der Demokratie in

Deutschland eine herausragende Rolle, denn gleich drei historische Ereignisse sind mit ihm verbunden:

Erstens wurde am 18. März 1793 in Mainz der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent gebildet. Dabei handelte es sich um die erste, nach demokratischen Grundsätzen gewählte parlamentarische Versammlung in Deutschland als Teil der von März bis Juli 1793 existierenden Mainzer Republik. Der unter dem Schutz französischer Revolutionstruppen errichtete Freistaat symbolisierte die deutsche Auseinandersetzung mit den Prinzipien der Französischen Revolution.

Zweitens erreichte die Märzrevolution 1848 am 18. März ihren Höhepunkt, als es zwischen der Volksbewegung in ihrem Kampf um politische Mitbe-

stimmung und soziale Grundrechte und dem preußischen Militär in Berlin zu blutigen Barrikadenkämpfen kam.

Drittens schließlich fanden am 18. März 1990 in der DDR die ersten und zugleich letzten freien Wahlen zur Volkskammer statt. Die Wahlen waren das Ergebnis der Freiheitsbewegung der ostdeutschen Bevölkerung und markierten eine entscheidende Etappe auf dem Weg zur deutschen Einheit.

Von den drei Ereignissen kommt dem 18. März 1848 eine besonders herausgehobene Bedeutung zu. Anlässlich des 175. Jahrestages der Märzrevolution von 1848 erklärte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, dass dieser Tag für „Freiheit, Gleichheit und Mitmenschlichkeit“ stehe. Er sei „das Herzstück der deutschen Demokratie“. Auch dass die Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratie“ 2021 in Frankfurt am Main gegründet wurde und ihren Sitz bis heute dort hat, ist kein Zufall. Frankfurt war nicht nur bis 1806 der Krönungsort der Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. 1848 wurde die Stadt zum Ort der ersten, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen deutschen Nationalversammlung. Sie tagte in der Frankfurter Paulskirche und verabschiedete dort im Frühjahr 1849 die erste Verfassung für einen deutschen Nationalstaat.

1848/49 als gescheiterte Revolution?

Einerseits erscheint uns die Revolution nah: als Moment der deutschen Geschichte, in dem Männer und Frauen in Deutschland um Freiheitsrechte, politische und soziale Teilhabe kämpften und versuchten, auf dieser Grundlage einen deutschen Nationalstaat mit Parlament und Verfassung zu schaffen. Andererseits entziehen sich die Ereignisse von 1848/49 dem Versuch, sie zur bloßen Vorgeschichte unserer eigenen Gegenwart zu machen. Schon die beiden wichtigsten Ereignisse, die Berliner Barrikadenkämpfe im März und die Eröffnung der Nationalversammlung in der Paulskirche im Mai 1848, die die Gedenkkultur zu 1848/49 bis heute dominieren, standen für sehr unterschiedliche Erfahrungen der Revolution. Auf den Berliner Barrikaden kämpften und starben überwiegend Männer und Frauen aus dem Kleinbürgertum, darunter viele Handwerker, Arbeiter und Studenten, während die Abgeordneten in der Paulskirche vor allem Bildungsbürger mit Universitätsabschlüssen waren, welche die Angst vor einer gewaltsamen Eskalation und einer sozialen Revolution umtrieb. Ob man auf eine konstitutionelle Monarchie mit Verfassung und Parlament setzte, oder ob man auch unter Einsatz von Gewalt für eine soziale Republik kämpfte, war umstritten. Die Oppositionsbewegung, die sich im März 1848 gegen die überkommenen politischen Strukturen, gegen ständische Relikte und die Willkür fürstlicher Herrschaft gebildet hatte, bildete jedenfalls kein einheitliches Lager mit gleichartigen

Forderungen. Ohne Weiteres lassen sich nicht alle Zeitgenossen von 1848/49 als Vorkämpfer der modernen Demokratie heranziehen.

So werfen auch die Feierlichkeiten zum 175. Jubiläum der Revolution 2023 und die bis in die Gegenwart reichende Diskussion um die Umgestaltung der Frankfurter Paulskirche zu einem zentralen Gedenkort die Frage auf, welcher Ort der Revolution von 1848/49 in einer Demokratiegeschichte Deutschlands und Europas zukommt.

Lange Zeit wurden die Ereignisse 1848/49 als eine gescheiterte deutsche Revolution interpretiert, weil sich weder die politischen noch die sozialen noch die nationalen Ziele der Männer und Frauen von 1848/49 durchgesetzt hätten. Dass erst in einem Krieg gegen Frankreich im Januar 1871 ein deutscher Nationalstaat geschaffen werden konnte, erschien im Vergleich zu den auf den ersten Blick erfolgreichen Revolutionen in England 1688/89, in Nordamerika 1776 und in Frankreich 1789 als Beweis für eine gegenüber Westeuropa und den USA abweichende Entwicklung Deutschlands seit dem 19. Jahrhundert. Diese Deutung eines „Sonderwegs“ hob besonders auf die angebliche politische Schwäche des deutschen Bürgertums und des Liberalismus ab, die sich als Folge der gescheiterten Revolution 1848/49 ab den 1860er-Jahren der Politik des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck (1815–1898) und dem preußischen Machtstaat gebeugt habe. Langfristig, so die These, seien daraus auch Belastungen für die Weimarer Republik nach 1918 entstanden. Eine insgesamt defizitäre Freiheitsgeschichte seit 1848 sei so zu einem Faktor geworden, der wesentlich zum Scheitern der Demokratie 1933 beigetragen habe.

Doch lässt sich 1848/49 heute noch so deuten? Ein differenzierter Blick auf die deutsche Revolution lohnt aus unterschiedlichen Gründen: Er erlaubt ein genaueres Verständnis für die Geschichte politischer und sozialer Teilhabe und die Art und Weise, wie Menschen Politik um die Mitte des 19. Jahrhunderts konkret erfuhren und gestalteten, wie sie ihre Interessen organisierten und welche Hoffnungen sie damit verbanden. Eine solche historische Ortsbestimmung der Revolution wird die Männer und Frauen von 1848/49 nicht vorschnell zu Vorläufern der modernen Demokratie machen, sondern versuchen, ihre Errungenschaften, aber auch die Handlungsgrenzen und die Gründe für Misserfolge aus der Zeit heraus zu verstehen, Erfolg und Scheitern also nicht an heutigen Maßstäben zu messen.

Schließlich eröffnet die Beschäftigung mit 1848/49 auch eine differenzierte Perspektive auf deutsche Geschichte seit dem 19. Jahrhundert in einer europäischen Perspektive: Was zeichnete die deutschen Erfahrungen der Revolution besonders aus? Wie wirkte sie über 1848/49 hinaus? Ist die bis heute häufig verwendete Charakterisierung als „gescheiterte Revolution“ überhaupt berechtigt, oder müssen wir nicht eher zwischen kurzfristigem Scheitern und langfristigen Wirkungen unterscheiden? Was haben die Erbschaften von 1848/49 mit unserer eigenen Gegenwart zu tun?

Frankfurter Paulskirche als Gedenkort



Mehr Informationen zur Weimarer Republik gibt es in der IzpB „Weimarer Republik“: www.bpb.de/332801



Erbschaften von 1848/49 bis in unsere Gegenwart



„Wir brauchen in Deutschland Orte, die eine demokratische Tradition begründen.“

Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler im Interview über Konzepte zur Sanierung der Frankfurter Paulskirche.

Claus-Jürgen Göpfert: [...] Teilen Sie meine Sichtweise, dass die Paulskirche ein in Vergessenheit geratener und vernachlässigter Ort ist?

Herfried Münkler: Ja. Sie ist zugleich ein Ort, der in seiner Nutzung eine Selbstbeschränkung auf Frankfurt erfährt, im Wesentlichen auf Frankfurter Anlässe – auch wenn dort zum Beispiel der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wird. Das hat dazu geführt, dass ich, als ich mein Buch „Die Deutschen und ihre Mythen“ geschrieben habe, überhaupt nicht an die Paulskirche gedacht habe. Auch als Student der Goethe-Universität in Frankfurt habe ich die Paulskirche nicht als einen nationalen Ort, als einen zentralen Gedenkort der Demokratie, wahrgenommen und sie nicht aufgesucht. Sie geht an einem vorbei.

Göpfert: Ist die Paulskirche auch ein unterbewerteter Ort?

Münkler: Ja. Für die Nationalkonservativen ist sie ein Ort der Revolution und des Nichtzustandekommens der deutschen Einheit. Das hat erst Bismarck erledigt. Für diese Gruppe sind Bismarckdenkmäler an die Stelle der Paulskirche getreten. Für die politische und kulturelle Linke ist die Paulskirche mit dem Scheitern der Revolution von 1848 verbunden. Beide, Nationalkonservative wie Linke, haben deshalb kein besonderes Interesse an der Paulskirche gehabt. [...]

Göpfert: Wird es daher schwer, die Paulskirche als nationalen Gedenkort zu begründen?

Münkler: Nein, überhaupt nicht. Wir brauchen in Deutschland Orte, die eine demokratische Tradition begründen. Und da ist die Paulskirche sicherlich eine erste Adresse. Man muss deutlich machen, dass sie Ansatzpunkte für eine spezifische demokratische Tradition bietet: die Tradition eines dem Argument verpflichteten Beratens, nicht so sehr der plebisitär-populistischen Entscheidung. Das kann man an diesem Ort sichtbar machen. Dann darf es allerdings dort kein erhöhtes Podium aus Stein mehr geben und keine Stühle für die Zuschauer, die eine Ebene tiefer stehen. Man muss auch baulich spürbar machen, dass da Menschen miteinander reden bzw. die Abgeordneten miteinander debattiert haben.

Göpfert: Und dass es ein gleichberechtigter Diskurs ist.

Münkler: Ja. Das macht den Unterschied aus zwischen der deutschen bürgerlichen Revolution von 1848 und der französischen von 1789. In Frankreich gab es einen Mirabeau, Robespierre und Saint-Just als herausgehobene Figuren. In der Paulskirche gab es keine vergleichbar herausragenden Gestalten – auch deswegen, weil man miteinander debattierte und keine großen Reden hielt.

Göpfert: Braucht es eine bauliche Neugestaltung der Paulskirche im Inneren?

Münkler: Darüber muss man nachdenken. Zugleich sollte durchaus der Bruch sichtbar bleiben, der durch die Jahre des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 entstand. Man sollte die Paulskirche also nicht in ihrem Zustand des 19. Jahrhunderts wieder herstellen, keine historisierende Rekonstruktion

vornehmen. Wohl aber könnte man einige Elemente einbringen, um die Aura von 1848 zur Geltung zu bringen. Etwa mittels der Bestuhlung. Oder man könnte in die Fenster wieder die gotischen Rippen einsetzen. Im Erdgeschoss der Kirche sollte man mit modernen, multimedialen Mitteln die Geschichte des Ortes erzählen. Und dann gibt es eine zentrale und wichtige Frage: Ob das Wandgemälde „Der Zug der Volksvertreter“ von Johannes Grützke an dieser Stelle das Richtige ist.

Göpfert: Was sind Ihre Einwände gegen dieses Bild?

Münkler: Es erzählt die Geschichte eines selbstbezogenen Scheiterns. Das Bürgertum interessiert sich in dieser Darstellung nur für sich selbst, für die Nöte der Arbeiterklasse hat es keine Aufmerksamkeit.

Göpfert: Hat das Gemälde womöglich auch einen zynischen Blick?

Münkler: Ja. Die Abgeordneten des Paulskirchen-Parlamentes von 1848 werden als ziemlich arrogante Bande dargestellt. Und was von hinten bis vorne nicht stimmt, ist die Arbeiterklasse, die da im Gemälde auftaucht. Frankfurt war keine industrialisierte Stadt. Es war eine selbstbewusste Bürgerstadt. Man wollte die Arbeiter in der Stadt nicht haben und hat sie an den Rand gedrängt. [...]

Göpfert: [...] Was sollte [das geplante Haus der Demokratie] leisten?

Münkler: Nun, es muss sich an ein heterogenes Publikum wenden. An Schulklassen, aber auch an einzelne Besucherinnen und Besucher mit historischem Interesse. An Menschen, die keine Spezialisten sind für die Geschichte des Ortes. Das Haus der Demokratie sollte die Geschichte der Paulskirchen-Versammlung erzählen. Und zwar auch als eine Geschichte der Vertreibung der Abgeordneten ins Exil. Oder ihrer Ermordung. Robert Blum war da nur das prominenteste Opfer. Die Paulskirchen-Abgeordneten sind buchstäblich verstreut worden unter die Völker, sie landeten in Belgien, in Frankreich, in der Schweiz, in den USA und in England. Das Haus der Geschichte [gemeint ist das Haus der Demokratie] kann also kein triumphalistischer Ort sein. Hier können keine Heldengeschichten erzählt werden. Der Ort wird einen melancholischen Unterton besitzen. [...]

Göpfert: Wie weckt man in jungen Menschen Interesse für die Paulskirche und das Haus der Geschichte?

Münkler: Als alter Hochschullehrer sage ich: Das Staunen, das Wundern und das Bewundern stehen am Anfang von Interessiertsein. An der Humboldt-Universität in Berlin bin ich mit meinen Studenten zur Einführung erst einmal in die Galerie der Nobelpreisträger gegangen. Im Haus der Geschichte wird es mit Blick auf die Jugend von zentraler Bedeutung sein, wie gut die Ausstellungen dort sind, wie einladend der Ort und von welcher Qualität das Personal des Hauses sein wird.

Claus-Jürgen Göpfert, „Herrfried Münkler: „Die Paulskirche geht an einem vorbei“, Interview mit Herrfried Münkler, Frankfurter Rundschau vom 3. November 2020. Online: www.fr.de/kultur/gesellschaft/herfried-menkler-die-paulskirche-geht-an-einem-vorbei-9008815.html



Die Innenansicht der nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgebauten Frankfurter Paulskirche zeigt den Plenarsaal, aufgenommen am 1. Juni 2023. Hier tagten 1848/49 die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung.



Die Zeichnung von Paul Bürde (1819–1874) zeigt die Eröffnung der Nationalversammlung am 18. Mai 1848. Erkennbar ist die bauliche Gestaltung des Plenarsaals zur Mitte des 19. Jahrhunderts.



Johannes Grützkes (1937–2017) „Der Zug der Volksvertreter“ (Ausschnitt) befindet sich im Foyer der Paulskirche. Das Wandgemälde zeigt in einer modernen Interpretation die 1848 gewählten Abgeordneten der Nationalversammlung.

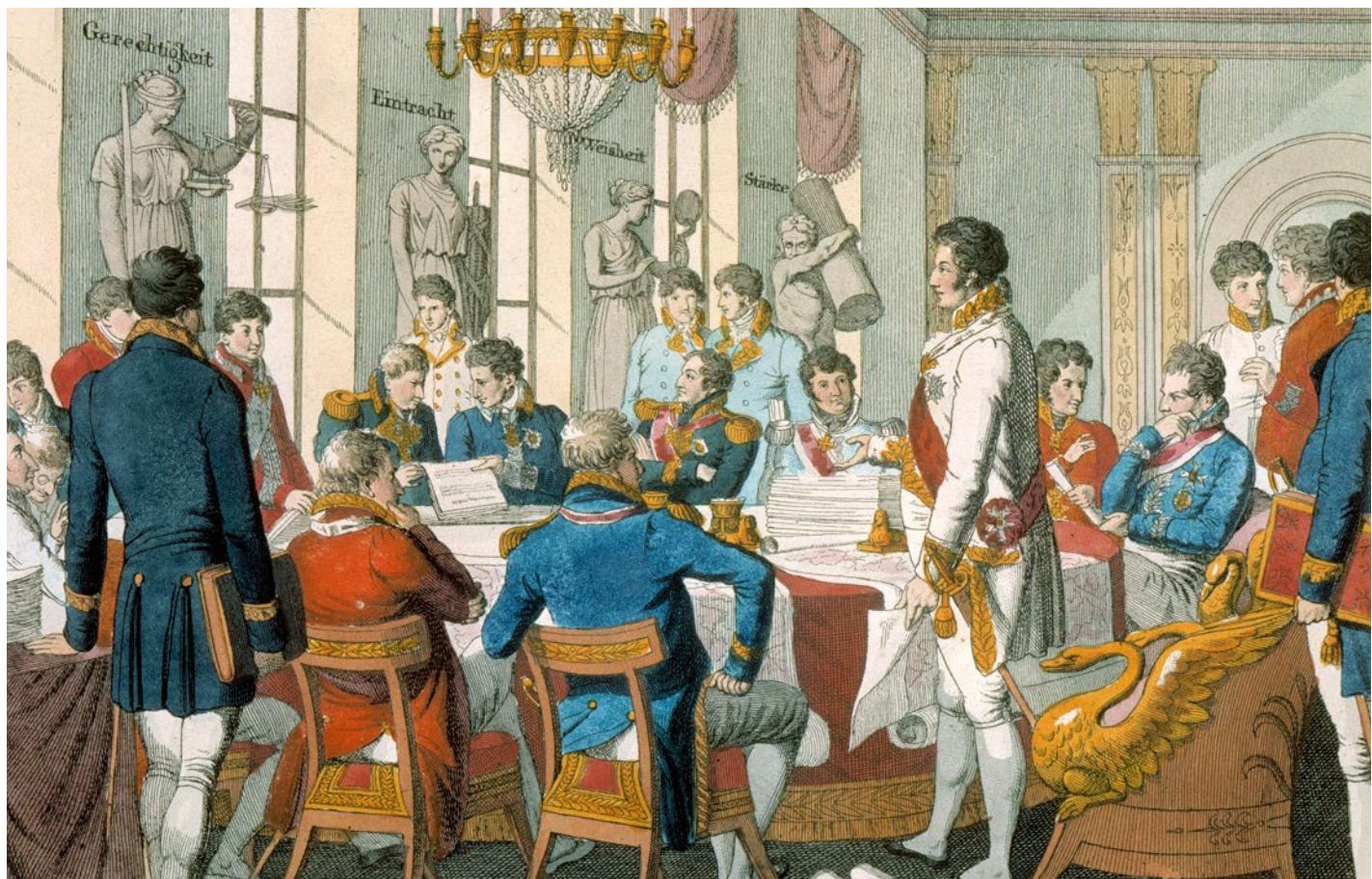


Heute steht das historische Gebäude zwischen der Frankfurter Altstadt und dem Bankenviertel. Außenblick auf die Paulskirche, Frankfurt am Main am 8. November 2023

JÖRN LEONHARD

Vorläufe und Voraussetzungen: Deutschland im Zeitalter der Revolutionen 1789–1847

Die Jahrzehnte vor 1848 waren Zeiten des Umbruchs. Angesichts politischer und sozialer Krisen stellten immer mehr Menschen schließlich die überkommene Ordnung in Frage.



Die Radierung „Deutschlands Hoffnung“ (1816) zeigt eine Versammlung der bevollmächtigten Gesandten aller Staaten im Deutschen Bund im Jahr 1816 in Frankfurt am Main.



Mehr Informationen zur
Französischen Revolution und
zu Napoleons Angriffskriegen:
www.bpb.de/274837

Die Französische Revolution und die Herrschaft Napoleons hatten auch Deutschland zwischen Beginn der Revolution 1789 und der Niederlage des Französischen Kaiserreichs 1815 tiefgreifend verändert. Napoleon, der mit seiner Armee große Teile Europas unter Kontrolle brachte, erzwang in Deutschland zunächst eine territoriale Flurbereinigung. In deren Folge ging im August 1806 mit der Niederlegung der Kaiserkrone durch Kaiser Franz II. unter anderem das Heilige Römische Reich Deutscher

Nation unter. Die Erfahrung der aus Frankreich stammenden fortschrittlichen Prinzipien erweckte bei vielen Deutschen neue politische und nationale Erwartungen. Nach der militärischen Niederlage Preußens gegen Napoleon 1806 nährten vor allem die Anstrengungen preußischer Reformbeamter um den Freiherrn vom Stein und Staatskanzler August von Hardenberg Hoffnungen auf eine zeitgemäße Erneuerung von Staat und Gesellschaft. Auch viele Politiker in dem von Napoleon begründeten

Rheinbund setzten sich intensiv mit aus ihrer Sicht überfälligen Veränderungen auseinander und orientierten sich an Frankreich. Dazu gehörten die Bauernbefreiung, Gewerbefreiheit, Gemeinde- und Verwaltungsreformen, die Einrichtung moderner Geschworenengerichte sowie bürgerliche Rechtsgleichheit und ein Ende ständischer Vorrechte von Adel und Klerus. Nach dem Kriterium von Besitz und Bildung strebte der Rheinbund eine sozial gestaffelte politische Mitsprache durch ein Zensuswahlrecht an, die langfristig in eine geschriebene Verfassung und gewählte Landtage münden sollten. Solche Forderungen entwickelten vor 1815 eine enorme Dynamik, und viele Angehörige des Bürgertums, die sich am Kampf gegen die napoleonische Herrschaft beteiligten, verbanden den „Befreiungskrieg“ gegen die französischen Besatzer mit einem „Freiheitskampf“ für die deutsche Nation. Eine bloße Rückkehr zur Vergangenheit, eine Restauration des Alten Reiches und der ständischen Privilegien von Adel und Fürsten schloss das aus.

Der Deutsche Bund: Ein Staatenbund, kein Bundesstaat

Angesichts dieser weitgespannten Erwartungen waren viele Deutsche enttäuscht vom Deutschen Bund, der 1815 auf dem Wiener Kongress geschaffen wurde. In Wien versuchten europäische Staatsmänner und Diplomaten zwischen September 1814 und Juni 1815, Europa nach der Erfahrung von Revolutionen und Kriegen durch ein Gleichgewicht der Mächte und die Verhinderung neuer Revolutionen neu zu ordnen. Die Politiker und Diplomaten in Wien schufen keinen Bundesstaat als politischen und staatsrechtlichen Rahmen für die deutsche Nation, sondern einen Staatenbund, der die Souveränität von 38 prinzipiell selbstständigen Fürstenstaaten und Stadtrepubliken festschrieb. Damit folgte der Deutsche Bund zunächst der Logik einer europäischen Sicherheitsordnung, die in Wien im Mittelpunkt gestanden hatte. Entsprechend hielt Artikel 2 der Deutschen Bundesakte – der Verfassungsvertrag des Deutschen Bundes – von 1815 als Ziel die „Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen deutschen Staaten“ fest.

Zugleich sollte der Deutsche Bund als innenpolitisches Bollwerk gegen weitergehende politische und konstitutionelle Entwicklungen wirken und einer Wiederholung revolutionärer Anläufe vorbeugen. Zwar formulierte Artikel 13 der Bundesakte, dass „in allen Bundesstaaten ... eine landständische Verfassung stattfinden“ werde. Aber ob mit einem solchen Dokument eine altständische Ordnung, also eine Vertretung privilegierter Stände, oder ein modernes Verständnis von politischer Repräsentation auf der Basis von Wahlen, Landtagen und geschriebenen Verfassungen gemeint war, blieb umstritten.

Während ehemalige Rheinbundstaaten wie Bayern, Baden und Württemberg zu den frühesten

deutschen Staaten mit Verfassungen und Landtagen gehörten und eine restaurative Interpretation des Artikels abwehrten, um ihre eigene Souveränität zu behaupten, setzte die österreichische Regierung unter ihrem Staatskanzler Klemens von Metternich (1773–1859) alles daran, um mit Hilfe des Deutschen Bundes gegen Oppositionsbewegungen vorzugehen.

Im Ergebnis kamen die vor 1815 entwickelten Reformansätze in den deutschen Staaten bald nach 1815 zum Erliegen. Viele Angehörige des Bürgertums verloren das Vertrauen auf politische und nationale Fortschritte an der Seite eines reformorientierten Staates. Nach der Ermordung des unter patriotischen Studenten besonders verhassten Schriftstellers August von Kotzebue am 23. März 1819 durch den Mannheimer Studenten Karl Ludwig Sand, die als ein frühes Beispiel des politischen Terrorismus gilt, verabschiedete der Deutsche Bundestag als Vertretung der deutschen Einzelstaaten 1819 die Karlsbader Beschlüsse. Durch diese wurden Zeitungen, Zeitschriften und Bücher über 20 Druckbögen, das heißt Publikationen mit mehr als circa 320 Seiten, der Vorzensur unterworfen. Studentische Burschenschaften, nach 1815 zu Zentren der Opposition geworden, wurden verboten und Universitäten einer strengen Überwachung unterworfen.

Zudem etablierte Metternich mit der Mainzer Zentraluntersuchungskommission ein gemeinsames Überwachungsorgan des Deutschen Bundes. Schließlich bestimmte die Wiener Schlussakte von 1820, dass die Repräsentanten der Einzelstaaten zwar die bestehenden Verfassungen anerkannten. Aber zugleich schrieb sie das monarchische Prinzip als Grundprinzip politischer Ordnung fest und setzte damit einer künftigen konstitutionellen Fortentwicklung enge Grenzen.

Der Vormärz in Deutschland: Orte und Räume der Politik

Die Jahrzehnte des „Vormärz“, also der Phase vor Ausbruch der Revolution im März 1848, waren nicht durch einen Rückzug ins Private und eine unpolitische Idylle gekennzeichnet. Der bis in die Gegenwart zitierte Begriff des „Biedermeier“ wies insofern in eine falsche Richtung. Denn unter der Oberfläche der nach 1815 von den Behörden erzwungenen Kontrolle entwickelte sich eine dynamische politische Kultur. Viele Angehörige des Bürgertums hatten seit der Aufklärung und der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Französischen Revolution und Napoleons ihren Anspruch formuliert, aktiv am öffentlichen Leben teilzunehmen und Garantien gegen eine fürstliche Willkürherrschaft zu entwickeln.

In den ehemaligen Rheinbundstaaten Baden, Württemberg und Bayern und den anderen frühen Verfassungsstaaten Sachsen-Weimar und Hessen-Nassau mit ihren geschriebenen Verfassungen und gewählten Landtagen entfaltete sich nach 1820

Wiener Kongress: Deutscher Bund und repressive Praxis

Dynamik der politischen Kultur nach 1815



Das um 1840 entstandene Gemälde „Lesekabinett“ von Heinrich Lukas Arnold (1815–1854) zeigt eine bürgerliche Leserunde – ein Spiegel der Lese- und Diskussionskultur im Vormärz, als sich politische Diskussionen in Salons, Cafés und Wirtshäusern konzentrierten und Zeitungen immer stärker die Meinungsbildung prägten.

eine politisch interessierte Öffentlichkeit. Obwohl Preußen nach 1815 keine gesamtstaatliche Verfassung erhielt, wirkten dort die westpreußischen Provinziallandtage als Orte intensiver politischer Diskussionen. Vor allem Universitäten entwickelten sich in allen Einzelstaaten zu wichtigen Kristallisierungsorten der Opposition, ob in Göttingen, Heidelberg oder Freiburg. So reichte die Politisierung weit über die Landtage hinaus und prägte auch diejenigen Staaten, in denen es noch keine Verfassung gab.

Dabei ging es nicht allein um lokale und regionale Aspekte, sondern seit den 1820er-Jahren auch um nationale Themen, so etwa in der Forderung, die deutsche Kleinstaaterei zu überwinden, die der Deutsche Bund in den Augen vieler Zeitgenossen eingefroren hatte. Dazu kam die Forderung, bestehende Verfassungen weiter auszubauen oder Verfassungen in den noch nicht konstitutionalisierten Staaten des Deutschen Bundes einzuführen. Der Blick richtete sich aber auch auf die wirtschaftliche Integration und die Schaffung eines deutschen Binnenmarktes, wie ihn der auf Anregung Preußens 1834 gegründete Deutsche Zollverein in den Blick nahm. Die breite Mobilisierungswirkung und die Konzentration auf das Doppelziel von politischer Freiheit und nationaler Einheit erwiesen sich an den vielen politischen Demonstrationen in der Öffentlichkeit, vom Wartburgfest 1817, über das Hambacher Fest 1832 bis zum Protest gegen die Entlassung oppositioneller Professoren, der „Göttinger Sieben“, 1837 und zum Kölner Domlauf 1842.

Politik erfuhren viele Deutsche seit den 1820er-Jahren vor allem in den zahllosen Assoziationen, Museums- und Lesevereinen, in Casinos sowie in Polen- und Griechenvereinen, die sich zum Ziel

gesetzt hatten, den Kampf staatsloser Nationen um ihre eigene unabhängige Staatlichkeit zu unterstützen. Indem sie sich für die Griechen, Polen oder Italiener in ihrem Freiheitskampf gegen das Osmanische Reich, das Zarenreich oder die Habsburgermonarchie einsetzen, formulierten sie zugleich die unerfüllten nationalen Hoffnungen der Deutschen.

Politik fand auch auf den Germanistentagen statt, wo über die deutsche Sprache und Literatur als kulturelles Kennzeichen einer deutschen Nation diskutiert wurde, sowie in den Kirchenversammlungen der „Deutschkatholiken“ und der reformorientierten „Lichtfreunde“. Während in dieser und anderen protestantischen Reformbewegungen intensiv über die Mitbestimmung von Synoden und Gemeinden diskutiert wurde, verstanden sich die „Deutschkatholiken“ als nationale Gegenkirche zu Rom und dem Papsttum, die von vielen Liberalen und Demokraten unterstützt wurde. Diese Bewegungen wirkten als Labore der Politisierung und „Ersatzparlamente“. Allerdings blieben diese Institutionen von Besitz- und Bildungsbürgern dominiert, die vor 1848 nur einen kleinen Teil der deutschen Gesellschaft bildeten. Die Mitgliedschaft in diesen Vereinen und die Aufnahme in diese persönlichen Netzwerke beschränkte sich auf eine kleine bürgerliche Elite, für die Geselligkeit zur Voraussetzung für eine intensive politische Kommunikation wurde.

Gesellschaftliche Dynamik: Bevölkerungsentwicklung und Protestkultur

Während von einem unpolitischen „Biedermeier“ also keine Rede sein konnte, blieb Deutschland in den Jahrzehnten vor 1848 bis auf wenige, starker industrialisierte Regionen wie Schlesien oder das Rheinland weitgehend agrarisch bestimmt. Dabei traten politische und ökonomische Entwicklung auseinander: Die ehemaligen Rheinbundstaaten in Süddeutschland verfügten über Verfassungen und Landtage, aber die Dominanz der Landwirtschaft und die Zersplitterung des Grundbesitzes führte zu hohen Auswanderungsquoten, weil die wachsende Bevölkerung kein Auskommen fand. Dagegen galt Preußen wirtschaftlich durch die Bauernbefreiung und die Einführung der Gewerbebefreiheit als Vorreiter, während die Generation der Reformbeamten nach 1815 zurückgedrängt wurde. Bis zum Ausbruch der Revolution 1848 erhielten weder Preußen noch Österreich als einflussreichste Einzelstaaten des Deutschen Bundes eine Verfassung.

Doch zugleich veränderte sich die deutsche Gesellschaft in den drei Jahrzehnten seit 1815 tiefgreifend. Starke Geburtenüberschüsse lösten ein dynamisches Bevölkerungswachstum aus, das aber noch nicht – wie später in den 1850er-Jahren – von einer gewerblich-industriellen Entwicklung aufgefangen wurde. Die Folgen zeigten sich an einer hohen Arbeitslosigkeit, Massenverelendung und Auswanderung. Der „Pauperismus“ (lat. pauper = dt. arm),

Politische Freiheit und nationale Einheit als Doppelziel

Der Pauperismus

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts waren Armut und Hunger in Deutschland weit verbreitet. Das enorme Bevölkerungswachstum nach 1815 konnte durch einen nur sehr geringen Produktivitätsanstieg in der Landwirtschaft und der aufkommenden Industrie noch nicht aufgefangen werden. Wiederkehrende Missernten, Hungersnöte und der Niedergang des Heimgewerbes förderten das Aufkommen von Massenarmut. Die Zeitgenossen beschrieben diese Zustände mit dem Begriff „Pauperismus“, abgeleitet vom lateinischen Begriff pauper (dt.: „arm“).

Über die Ursachen des Pauperismus waren sich die Zeitgenossen nicht einig. Ganze Schriften wurden über die möglichen Gründe der Massenarmut verfasst und bildeten den Zweig der „Pauperismusliteratur“. Konservativ-bürgerliche Publizisten sahen die Schuld bei den Armen selbst: Ein Verfall der Sitten, Faulheit und Spielsucht führten aus bürgerlicher Sicht in die Bedürftigkeit. Andere – wie Friedrich Engels – sahen die Gründe in der aufkommenden Industrialisierung, die die Arbeit mechanisierte und den Arbeitern ihre Beschäftigung und damit ihre Lebensgrundlage entzog. Im Bürgertum war die Angst vor einem sich unkontrolliert ausbreitenden Armenheer sehr ausgeprägt. Die Bürgerlichen fürchteten die Verbreitung revolutionärer Ideen unter den Mittellosen, die somit zu einem Träger eines gesellschaftlichen Umsturzes werden könnten.

Die größte Not herrschte in den Gebieten, in denen der Industrialisierungsprozess noch nicht eingesetzt hatte. Südwestdeutschland, Teile Nordwestdeutschlands, Hessen, Preußen und Schlesien waren besonders betroffen und Zentren des Pauperismus. In den zumeist ländlichen Gebieten arbeitete die Bevölkerung nicht in der Fabrik, sondern als Tagelöhner in der Landwirtschaft oder in Heimarbeit. Die Arbeitsbedingungen waren denkbar schlecht: Die Heimarbeiter, auch Frauen und Kinder, produzierten in feuchten, stickigen Kellern mit schlechter Lichtversorgung und unter schlimmsten Hygienebedingungen. Beispielhaft für den Verfall des Heimgewerbes stand der Aufstand der schlesischen Weber, der am 5. Juni 1844 blutig niedergeschlagen wurde.

Missernten und die daraus resultierenden Hungersnöte konnten die Situation der Armen noch erheblich verschärfen. Ein Mangel an Grundnahrungsmitteln trieb deren Preis in die Höhe. Tagelöhner mussten mehr arbeiten, um sich zu ernähren, wodurch es zu einem Mehrangebot an Arbeit kam, das wiederum zu einem Verfall der Löhne führte. Viele waren so trotz schwerster körperlicher Arbeit nicht in der Lage, sich selbst zu versorgen. Auch Krankheit, Unfälle und das Alter konnten die Arbeitsfähigkeit gefährden und die Betroffenen so in die Bedürftigkeit stürzen. In England sprach man von den „labouring poor“, den arbeitenden Armen. Einen Höhepunkt der Armut bildeten die Krisenjahre 1846/1847.

Aus Verzweiflung flüchteten sich viele Arme in die „Notkriminalität“. Durch den Diebstahl von Feldfrüchten und Holz, Wilderei und Schmuggel versuchten die Bedürftigen ihre Situation zu verbessern. Um sich zu betäuben und die Not einen Augenblick zu vergessen, griff die Unterschicht zum Alkohol. In den Zeitungen fanden sich Berichte über die sich ausbreitende „Branntweinwuth“, zur Bekämpfung der Armut forderten die Publizisten eine Beschränkung des

Branntweinbrennens. Auch die Zahl der Bettler und sogenannten Landstreicher stieg vor 1850 rasant an. [...]

Die deutschen Staaten versuchten der Armut mit Bettlerverordnungen oder Eherechtsbeschränkungen, die das Bevölkerungswachstum kontrollieren sollten, entgegenzuwirken. Vermeintlich arbeitsscheue Individuen sollten per Gesetz zur Arbeitsaufnahme gezwungen werden. Zudem wurde auch die Abwanderung in außerdeutsche Gebiete nach anfänglichem Zögern aktiv unterstützt.

Getrieben durch Armut und Hunger suchten viele Menschen ihr Glück in den Städten, um dort von der voranschreitenden Industrialisierung zu profitieren. Die Städte verzeichneten ein enormes Wachstum: Hatte Berlin 1816 noch 200.000 Einwohner, waren es 1849 bereits 450.000. Die Wohnverhältnisse in den Armenvierteln waren dramatisch: Große, kinderreiche Familien lebten zusammen auf engstem Raum. Schmutz und Gestank waren allgegenwärtig. Die mangelnde Hygiene – viele besaßen keine Wechselkleidung – begünstigte die Ausbreitung von Seuchen und Krankheiten wie Ruhr und Typhus.

Die Städte waren mit der wachsenden Armut überfordert. Während der Hungersnot im Krisenwinter von 1816/1817 lebten in der Stadt Köln 18.000 Almosenempfänger bei etwa 49.000 Einwohnern. Ein Drittel der Bevölkerung war also auf Zuwendungen aus der Armenkasse angewiesen. In den 1840er-Jahren war die Einwohnerschaft vieler deutscher Regionen nicht in der Lage, durch eigene Arbeit für ihren Lebensunterhalt aufzukommen.

Viele suchten ihr Heil außerhalb der deutschen Grenzen. In den 1840er Jahren, dem Höhepunkt der Pauperismuskrisse, hatten bereits 418.000 Menschen das Land verlassen. Allein im Jahr 1847 zählte man 80.000 Auswanderer.

Christopher Jütte, „Der Pauperismus“, LeMO und Deutsches Historisches Museum (DHM) vom 30. März 2015. Online: www.dhm.de/lemo/kapitel/vormaerz-und-revolution/alltagsleben/pauperismus



„Die liederliche Wirtschaft“ (1845) von Theodor Hosemann (1807–1875) zeigt eine verarmte Schuhmacherfamilie. Die Lithografie spiegelt die sozialen Folgen der Wirtschaftskrise der 1840er-Jahre wider.

Pauperismus und soziale Instabilität im Vormärz

die von vielen intensiv diskutierte soziale Frage des Vormärz, kennzeichnete eine krisenhafte Übergangsgesellschaft. Bei unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten kam es dabei schnell zu sozial explosiven Krisen, insbesondere wenn infolge von Ernteausfällen die Lebensmittelpreise und die Arbeitslosigkeit in den Städten wie auf dem Land stiegen. Die latente Unruhe der von diesen Entwicklungen Betroffenen, ihre Neigung zu spontanen Protesten, die aus der akuten und alltäglichen Not entstanden, nahm vor allem im Laufe der 1840er-Jahre zu. Genau diese Krisenkonstellation ging dem Ausbruch der Revolution 1848 voran, als es 1846/47 zu Missernten und lokalen Hungerunruhen kam. Diese Entwicklung verunsicherte das um gesetzliche Ordnung und gewaltfreie Reform besorgte Bürgertum, das sich von „Pöbel“ und „Proletariern“ umso deutlicher abzugrenzen suchte.

Vernünftige Freiheit, Reform und konstitutionelle Monarchie: Der Liberalismus vor 1848

In diesem politischen und sozialen Kontext entwickelte sich der frühe Liberalismus als wichtigste Bewegung des politisch sensibilisierten Bürgertums. Als Ausdruck des historischen Fortschritts und mit großem Selbstbewusstsein definierte der Hallenser Student Rudolf Haym (1821–1901) den neuen Begriff „Liberalismus“ Mitte der 1830er-Jahre: „Wir eben sind die Zeit!“ Der Liberalismus, so eine zeitgenössische Auffassung der 1830er-Jahre, schreite „in demselben Maße fort, wie die Zeit selbst, oder ist in dem Maße gehemmt, wie die Vergangenheit noch in die Gegenwart herüber dauer.“

Die Positionen deutscher Liberaler im frühen 19. Jahrhundert verrieten zunächst das Erbe der Aufklärung. So bildeten Immanuel Kant und seine Vernunftethik einen entscheidenden Bezugspunkt. Aber auch die Freiheitstraditionen der Germanen wurden immer wieder zitiert. Nach dem Wiener Kongress und den Karlsbader Beschlüssen von 1819, mit denen die Verwirklichung eines freiheitlichen deutschen Nationalstaates in weite Ferne rückte, wurden die ehemaligen Rheinbundstaaten Baden, Württemberg oder Bayern zu wichtigen regionalen Zentren. Hier entwickelten Liberale in Landtagen und Kommunen, aber auch in Universitäten, Vereinen und Assoziationen ein sichtbares politisches Profil.

Konkret setzten sie darauf, die fürstliche Herrschaft durch geschriebene Verfassungen und gewählte Versammlungen stärker zu kontrollieren und sie rechenschaftspflichtig zu machen. Adlige und feudale Relikte sollten abgeschafft werden, um bürgerliche Rechtsgleichheit durchzusetzen. Während Bildung nur in ständischen Wahlrechten wie in Bayern oder Nassau, und dort auch eher indirekt durch die Zugehörigkeit zur Geistlichkeit bzw. zu Schulen, berücksichtigt wurde, orientierte sich das Wahlrecht zumeist an Besitz und Steuerleistung als Kriterien der politischen Teilhabe. Mit dem Leitbild



In einer Radierung von 1819 stellt der Grafiker Johann Michael Voltz (1784–1858) den „Zeitgeist“ dar, der einen Dolch und eine Fahne mit revolutionären Forderungen in den Händen hält. Seine rote Mütze gilt als Symbol für die Französische Revolution („Jakobinermütze“).

»Wir eben sind die Zeit!«

der konstitutionellen Monarchie setzten die Liberalen auf Erneuerungen an der Seite eines in seiner Beamenschaft fortschrittlichen Staates. Im Ganzen ging es den Liberalen um einen Fortschritt im Namen der Vernunft. Das war ein entscheidendes Erbe der Reformstaaten und seiner politischen Protagonisten, ob Karl August von Hardenberg (1750–1822) als preußischer Staatskanzler, Maximilian von Montgelas (1759–1838) in Bayern oder Sigismund von Reitenstein (1766–1847) in Baden.

Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit einem reformorientierten Staat sollte in den Augen der Liberalen eine Wiederholung der blutigen Exzesse der Französischen Revolution in Deutschland verhindern. Allenfalls die gemäßigte Entwicklung der Revolution bis zur konstitutionellen Monarchie 1791 galt als positiver Bezugspunkt, jedoch stets mit dem Hinweis auf die Gefahr der Radikalisierung ab 1792. Die „rote Revolution“ als Ausdruck für enthemmte Gewalt, soziale Anarchie, Terrorherrschaft und den Übergang der Revolution in die Kriege der Revolutionäre und später Napoleons blieb für die deutschen Liberalen ein Schreckbild.

Im Kontrast zu diesen politischen Positionen blieb das gesellschaftliche Leitbild der Liberalen vor 1848 weitgehend traditional. Sie strebten keine bürgerliche Klassengesellschaft, sondern eine möglichst gleichförmige Staatsbürgergesellschaft aus gebildeten und ökonomisch unabhängigen Männern an, in die Angehörige der klein- und unterbürgerlichen



Dem „Zeitgeist“ gegenüber stellt Johann Michael Voltz den „Anti-Zeitgeist“, der in adeliger Kostümierung und mit einem alten Gesetzesbuch unter dem Arm als Symbol der unterdrückten Revolution auf Jakobinermützen steht.

Schichten erst durch den langfristigen Erwerb von Bildung und wirtschaftlicher Selbständigkeit hineinwachsen sollten. Entsprechend setzten sie nicht auf demokratische Wahlen, sondern auf eine von der Steuerleistung abhängige Teilhabe an der Politik. Politische und gesellschaftliche Emanzipation war also in bewusster Abwehr einer Revolution evolutionär, reformorientiert und langfristig angelegt. Frauen kam in diesem Konzept der Staatsbürgerschaft zunächst keine aktive Rolle zu.

Im Vordergrund der liberalen Agenda stand die Fortentwicklung konstitutioneller Prinzipien. Dabei strebten die meisten Liberalen noch keinen modernen Parlamentarismus an, bei dem eine Regierung aus einer Parlamentsmehrheit hervorging und von ihr abhängig blieb, wie sich dies in Großbritannien abzeichnete. Bestimmend blieb für viele deutsche Liberale lange ein Dualismus, also ein Gegenüber von Kammer und Regierung, in dem die Kammer die Interessen des Staatsbürgertums artikulieren und die Kontrolle der Regierung sicherstellen sollte. Allerdings erwies sich dieses Modell in den 1840er-Jahren als entwicklungsfähig in Richtung eines modernen parlamentarischen Mechanismus, so zum Beispiel bei dem süddeutschen liberalen Staatsrechtler Robert von Mohl (1799–1875). Tatsächlich setzten die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848 die parlamentarische Regierungsweise durch. Die Zielrichtung der meisten Liberalen vor 1848 blieb eine auf Vernunft gründende

allmähliche Reform und zeitgemäße Erneuerung politischer Institutionen wie der Parlamente, Gerichte und Verwaltungen sowie die freie öffentliche Meinung durch Presse- und Versammlungsfreiheit. Dass sie dabei wo immer möglich auf gezielte Zusammenarbeit mit den Regierungen setzten, hatte auch damit zu tun, dass zahlreiche bürgerliche Liberalen selbst Beamte waren, zum Beispiel als Hochschulprofessoren.

Im Gegensatz zu einer modernen Marktgesellschaft mit der Ausdifferenzierung von Produktion und Gewerbe und der Ausbildung überregionaler Märkte im Zeichen von Angebot und Nachfrage, wie sie sich in Großbritannien abzuzeichnen begann, blieb der Horizont der meisten deutschen Liberalen vor der Jahrhundertmitte vor allem lokal und vorindustriell – mit wenigen Ausnahmen, etwa im Wirtschaftsbürgertum des Rheinlandes. Das entsprach einer Gesellschaft, in der trotz des Bevölkerungswachstums noch vieles auf Beharrung deutete, insbesondere im deutschen Südwesten mit seinen weiterhin mächtigen Standesherrn und zahlreichen feudalen Relikten. Doch für die gesellschaftlichen Probleme des „Pauperismus“ fand der konstitutionelle Liberalismus in seiner Konzentration auf Verfassung, Parlament und einen künftigen deutschen Nationalstaat zunächst keine Antwort. Erst allmählich wandelte sich angesichts der sozialen Krisen und des Versagens der staatlichen Behörden in den 1840er-Jahren, die der Aufstand der Schlesischen Weber 1844 exemplarisch demonstrierte, der Blick vieler Liberaler auf die sozialen Probleme ihrer Gegenwart.

Der schlesische Weberaufstand 1844



[...] Da in der preußischen Provinz Schlesien die Bevölkerung von 1815 bis 1844 von rund 1,9 auf knapp 3 Millionen Menschen angewachsen war, hatte sich ein Überangebot an Arbeitskräften herausgebildet. Sinkendes Lohnniveau und steigende Lebensmittelpreise aufgrund von Missernten ließen nicht nur Elend und Verzweiflung gedeihen, sondern auch den Zorn der Weber auf Fabrikanten und Großhändler, die sie für die soziale Not verantwortlich machten. Vom 4. bis 6. Juni 1844 kam es in Peterswaldau und Langenbielau zu einer Revolte von Baumwollwebern, die im Vergleich zu den sehr viel verarmteren Leinenwebern zumeist noch besser gestellt waren: Zu Protest und Aufruhr neigt nicht, wer schon aller Hoffnung beraubt ganz unten ist, sondern wer seine Existenz bedroht sieht und Angst vor weiterem sozialen Abstieg hat. Den weit über die Grenzen Preußens Aufsehen erregenden Weberaufstand ließ die Regierung mit elf Getöteten unverhältnismäßig blutig niederschlagen. Den politisch Verantwortlichen wie dem aufgeschreckten Bürgertum hatten die schlesischen Weber erstmals in Deutschland das Potential eines gewalttätigen Sozialprotests vor Augen geführt. Das Medienecho war enorm, im ganzen Deutschen Bund wurde der unorganisierte Aufstand kontrovers diskutiert und verstärkt auf die Not der Weber und das Problem des Pauperismus hingewiesen. [...]

Arnulf Scriba, „Der schlesische Weberaufstand 1844“, LeMO vom 10. Oktober 2014. Online: www.dhm.de/lemo/kapitel/vormaerz-und-revolution/der-deutsche-bund/weberaufstand-1844

Vielfalt der Opposition: Politisierung und Polarisierung seit 1830

Für den deutschen Vormärz und die Ausdifferenzierung der politischen Oppositionsbewegungen markierte die französische Julirevolution 1830 eine entscheidende Schwelle. Unter dem Eindruck der Ereignisse, die in Frankreich in das „Bürgerkönigtum“ Louis-Philippes mündeten, kam es im Deutschen Bund an vielen Orten zu Volksbewegungen und teils gewaltsamen Protesten, wie dem Sturm auf die Frankfurter Hauptwache im April 1833. Sie lösten eine zweite Welle von Verfassungsgebungen in Sachsen (1831), Kurhessen (1831) und Hannover (1833) aus. Der von Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth begründete „Deutsche Preß- und Vaterlandsverein“ (Preß=Presse) organisierte im Mai 1832 auf dem Hambacher Berg nahe Neustadt eine Versammlung, zu der zwischen 20 000 und 30 000 Menschen zusammenkamen. Die Massenmobilisierung des Hambacher Fests, der größten politischen Demonstration seit dem Ende des Bauernkrieges in Deutschland, hielt aber nur kurz an. Denn der Deutsche Bund drängte unter Metternichs Druck darauf, die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit massiv einzuschränken und die Anführer zu verfolgen, die in die Schweiz oder nach Frankreich flüchteten.

Doch seit Beginn der 1830er-Jahre zeichneten sich auch die Unterschiede innerhalb der politischen Opposition ab. Innerhalb der Volksbewegung galten Wirth und Siebenpfeiffer als eher linke Außenseiter und „Radikale“ – diesen Begriff verwendeten vor

allem die konstitutionellen Liberalen ganz bewusst, um sich von den in ihren Augen sozialrevolutionären Forderungen dieser Oppositiobewegung abzugrenzen. Beide repräsentierten den Übergang zur demokratischen Linken, die sich zum Nationalstaat, zur Volkssouveränität mit republikanischen Untertönen und zugleich zur Solidarität zwischen allen von Monarchen unterdrückten Völkern bekannte. Doch in ihren Forderungen nach sozialen Rechten und ihrer Berufung auf die Volkssouveränität erkannten viele gemäßigte Liberale die Gefahr einer republikanischen und „roten“ Revolution. Viele sogenannte „Kammerliberale“ aus den Landtagen in Baden oder Württemberg grenzten sich von der außerparlamentarischen Volksbewegung ab und sahen daher zum Teil auch das Hambacher Fest kritisch. Der Druck der ungebildeten Massen könne, so ihre Befürchtung, den maßvollen Reformkurs und die Zusammenarbeit mit den Regierungen gefährden.

Doch die Unterdrückung dieser politischen Impulse durch die Behörden zu Beginn der 1830er-Jahre konnte nicht verhindern, dass sich die politische Landschaft in Deutschland seit dem Ende der 1830er-Jahre weiter veränderte. Die bislang noch starke Regionalisierung vieler Oppositioneller in den Staaten des Deutschen Bundes trat nun zurück, und ihre Mitglieder vernetzten sich zunehmend untereinander durch gemeinsame Publikationen und Presseartikel, durch individuelle Kommunikationsnetzwerke über Briefe, Reisen und informelle Treffen. Diese Verdichtung erreichte 1846/47 ihren Höhepunkt, als enge Verbindungen zwischen Liberalen aus dem preußischen Rheinland, Ostpreußen mit Königsberg als Zentrum, und aus Süd- und

Hambacher Fest 1832: Massenmobilisierung und Aufspaltung der Opposition



Eine feiernde Menschenmenge zieht am 27. Mai 1832 zur Ruine des Hambacher Schlosses. Die Fahnen in den Farben der Oppositiobewegung Schwarz-Rot-Gold verweisen auf das Ziel der nationalen Einheit als Bedingung politischer Freiheit.



Friedrich Wilhelm IV. (1795–1861, preußischer König 1840–1861)

Als junger Mann künstlerisch und wissenschaftlich hoch begabt, weckte Friedrich Wilhelm nach seinem Thronantritt 1840 in der deutschen Öffentlichkeit zunächst große Erwartungen. In seiner Zeit als preußischer Kronprinz hatte er bereits als Hoffnungsträger der bürgerlich-liberalen Nationalbewegung gegolten. Zunächst schien er diese Hoffnungen auch zu bestätigen. So ließ er die Preszensur lockern, beendete die sogenannten Demagogenverfolgungen, also die Unterdrückung der liberalen und nationalen Opposition im Deutschen Bund nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819, die sich vor allem gegen Studenten, Professoren und Intellektuelle gerichtet hatten, und engagierte sich auf dem Kölner Dombaufest 1842 für eine stärkere nationalpolitische Rolle Preußens auf dem Weg zu einem deutschen Nationalstaat. Hinzu kam die führende Rolle Preußens bei der wirtschaftlichen Integration Deutschlands seit der Schaffung des 1834 gegründeten Zollvereins. Schließlich weckte auch die Einberufung des Vereinigten Landtages in Preußen 1847 durch den König große Erwartungen auf eine Konstitutionalisierung des Landes. Zwar setzte Friedrich Wilhelm mit diesem Schritt auf wirtschaftlichen Fortschritt durch den Eisenbahnbau, für den er eine Finanzierung suchte. Aber als die Mitglieder des Vereinigten Landtages regelmäßige Wahlen und damit ein echtes Parlament forderten, löste Friedrich Wilhelm die Versammlung lieber auf, als sich auf Kompromisse mit der liberalen Bewegung einzulassen.

Dennoch setzten viele Liberale zu Beginn der Revolution 1848 auf den preußischen König als eine Führungsfigur des monarchischen Deutschlands auf dem Weg zu einem deutschen Nationalstaat. Dafür sprach, dass er unter dem Eindruck der Pariser Februarrevolution liberale Forderungen nach einem gesamtstaatlichen Parlament und einer deutschen Verfassung unterstützte und sich demonstrativ zur deutschen Einheit bekannte. Nach den Berliner Barrikadenkämpfen und der Ehrung der Märzgefallenen legte er bei einem öffentlichen Umritt in der Hauptstadt die schwarz-rot-goldenen Farben als Symbol der deutschen Einheit an und nährte mit seinem Bekennen „Preußen geht fortan in Deutschland auf“ die Hoffnung auf eine starke nationalpolitische Rolle Preußens. Doch stand dahinter ein grundlegendes Missverständnis. Denn Friedrich Wilhelm hielt im Kern an einem monarchischen Selbstbewusstsein fest, das sich an mittelalterlichen Herrschaftsvorstellungen orientierte. Dazu gehörte ein ungebrochener Glaube an die von Gott verliehene Herrschaft des Monarchen, an den christlich-organischen Ständestaat sowie eine direkte Verbindung des Monarchen zum Volk. Die christliche Verpflichtung des Königs brauchte demnach keine anderen Institutionen wie Verfassung und Parlament.

Vor dem Hintergrund der Revolutionsbewegung in Berlin gewann am preußischen Hof schon bald nach dem Frühjahr 1848 eine gegenrevolutionäre Gruppe an Einfluss. Sie verstand sich als Gegengewicht zum preußischen Märzministerium, indem sie offen für eine Gegenrevolution auf der Grundlage einer militärischen Intervention eintrat. Dieser Position folgte Friedrich Wilhelm, als er sich ab Herbst 1848 für den faktischen Staatsstreich, die Verlegung

und schließlich die Auflösung der Preußischen Nationalversammlung entschied. Im April 1849 lehnte Friedrich Wilhelm die ihm von einer Deputation der Frankfurter Nationalversammlung angebotene deutsche Kaiserkrone ab. Der Auflösung der preußischen Nationalversammlung folgte schließlich die zwangsweise Verkündung einer preußischen Verfassung. Obwohl sie den Liberalen entgegenkam, war sie vor allem Ausdruck des monarchischen Prinzips und damit der übergeordneten Machtposition des Königs.

So verkörperte Friedrich Wilhelm eine widersprüchliche politische Praxis. Einerseits entsandte er das preußische Militär zur Niederschlagung der Reichsverfassungskampagne und des letzten badisch-pfälzischen Aufstands und verantwortete maßgeblich die reaktionäre Politik Preußens im Deutschen Bund nach 1850. Andererseits ließ er die preußische Regierung im Herbst 1850 noch einmal das Projekt eines kleindeutschen, preußisch geführten Bundes verfolgen, bevor er unter dem Druck Österreichs und Russlands das Unionsprojekt seines Vertrauten Joseph Maria von Radowitz (1797–1853) beendete. Bis 1858 vertrat Friedrich Wilhelm dann einen reaktionären Kurs, bevor eine schwere Erkrankung die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch seinen Bruder Wilhelm I. (1797–1888) erzwang. Dieser übernahm beim Tod seines Bruders 1861 auch den Thron.



König Friedrich Wilhelm IV. reitet mit schwarz-rot-goldener Fahne am 21. März 1848 durch die Straßen von Berlin und wird als Hoffnungsträger der Nationalbewegung begrüßt. Späterer Holzstich von ca. 1898

Die territoriale Ordnung Europas 1815–1871

Nach den Umwälzungen der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege verfolgten die führenden europäischen Staatsmänner auf dem Wiener Kongress 1814/15 das Ziel, eine stabile europäische Ordnung herzustellen. Die napoleonische Herrschaft hatte Europas Grenzen und Strukturen tiefgreifend verändert. Die Neuordnung der Staaten war komplex. In Deutschland entstand der Deutsche Bund – ein lockerer Staatenbund, der viele Hoffnungen auf nationale Einheit und politische Freiheit unerfüllt ließ und vor

allem der Sicherung der Macht der Fürsten und der Abwehr revolutionärer Bewegungen diente.

Seit den 1820er-Jahren wuchs der Wunsch, aus dem Bund mit 38 Staaten einen Nationalstaat zu formen und bestehende Verfassungen auszubauen bzw. neue einzuführen. Auch die wirtschaftliche Integration rückte in den Fokus – etwa durch den 1834 gegründeten Deutschen Zollverein. Politische Freiheit und nationale Einheit wurden zentrale Forderungen einer immer breiteren Bewegung in der deutschen Öffentlichkeit.

Die territoriale Neuordnung Europas nach dem Wiener Kongress 1815



Quelle: Cornelsen

Deutscher Bund und Deutscher Zollverein



Quelle: Cornelsen

Die Forderungen des Volkes.

Unsere Versammlung von verschiedenen Freunden der Verfassung hat stattgefunden. Niemand kann derselben beigewohnt haben, ohne auf das Beste ergriffen und angestregt worden zu sein. Es war ein Fest männlicher Entschlossenheit, eine Versammlung, welche zu Resultaten führen muss. Jedes Wort, was gesprochen wurde, enthielt den Vorzug und die Aufforderung zu thaktaftigem Handeln. Wie nennen kleine Namen und kleine Zahlen. Diese kann wenig zur Sache. Genug, die Versammlung, welche den weiten Festsaal füllte, eignete sich einstimmig die in folgenden Wörtern zusammengefaßten Besprechungen des Tages an:

Die Forderungen des Volkes in Baden:

I. Wiederherstellung unserer verletzten Verfassung.

Art. 1. Wir verlangen, daß sich unsere Staatsregierung losfaßt von den Karlsbader Beschlüssen vom Jahr 1819, von den Frankfurter Beschlüssen von 1831 und 1832 und von den Wiener Beschlüssen von 1834. Diese Beschlüsse verlegen gleichmäßig unsre unveräußerlichen Menschenrechte wie die deutsche Bundesakte und unsre Landesverfassung.

Art. 2. Wir verlangen Freiheit; das unveräußerliche Recht des menschlichen Geistes, seine Gedanken unverstümmt mitzuheischen, darf uns nicht länger vorerhalten werden.

Art. 3. Wir verlangen Gewissens- und Ehrefreiheit. Die Beziehungen des Menschen zu seinem Gotte gehören seinem innersten Wesen an, und keine äußere Gewalt darf sich annehmen, sie nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Jedes Glaubensbekenntniß hat daher Anspruch auf gleiche Berechtigung im Staate.

Kein Gewalt dränge sich mehr zwischen Lehrer und Lernende. Den Unterricht scheide keine Konfession.

Art. 4. Wir verlangen Befreiung des Militärs auf die Verfassung.

Der Bürger, welchem der Staat die Waffen in die Hand gibt, bekräftige gleich den übrigen Bürgern durch einen Eid seine Verfassungstreue.

Art. 5. Wir verlangen persönliche Freiheit.

Die Polizei höre auf, den Bürger zu beormbunden und zu quälen. Das Vereinrecht, ein frisches Gemeindeleben, das Recht des Volkes sich zu versammeln und zu reden, das Recht des Einzelnen sich zu ernähren, sich zu bewegen und auf dem Boden des deutschen Vaterlandes frei zu verkehren — feien hinsüber ungefähr.

II. Entwicklung unserer Verfassung.

Art. 6. Wir verlangen Vertretung des Volks beim deutschen Bunde.

Dem Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten. Gerechtigkeit und Freiheit im Innern, eine feste Stellung dem Auslande gegenüber gebühren uns als Nation.

Art. 7. Wir verlangen eine volkstümliche Wehrverfassung. Der waffengeübte und bewaffnete Bürger kann allein den Staat schützen.

Man gebe dem Volke Waffen und nehme von ihm die unerschwingliche Last, welche die stehenden Heere ihm auferlegen.

Art. 8. Wir verlangen eine gerechte Besteuerung.

Jeder trage zu den Kosten des Staates nach Kräften bei. An die Stelle der bisherigen Besteuerung trete eine progressive Einkommenssteuer.

Art. 9. Wir verlangen, daß die Bildung durch Unterricht allen gleich zugänglich werde.

Die Mittel dazu hat die Gesamtheit in getreider Verteilung aufzubringen.

Art. 10. Wir verlangen Ausgleich des Wehrverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital.

Die Gesellschaft ist schuldig die Arbeit zu honnen und zu schützen.

Art. 11. Wir verlangen Gesetze, welche freier Bürger würdig sind und deren Anwendung durch Geschworenengerichte.

Der Bürger werde von dem Bürger gerichtet. Die Gerechtigkeitspflege sei Sache des Volkes.

Art. 12. Wir verlangen eine volkstümliche Staatsverwaltung.

Das frische Leben eines Volkes bedarf freier Organe. Nicht aus der Schreibstube lassen sich seine Kräfte regeln und bestimmen. An die Stelle der Bielregierung der Beamten trete die Selbstregierung des Volkes.

Art. 13. Wir verlangen Abschaffung aller Vorrechte.

Jedem sei die Ucht freier Mitbürger einziger Vorzug und Lohn.

Offenburg, 12. September 1847.

Mit den 13 „Forderungen des Volkes“ formuliert die Offenburger Volksversammlung auch soziale Ziele und markiert damit das Profil der demokratischen Opposition.

besonders Südwestdeutschland entstanden. Eine wichtige Rolle spielten dabei verkürzte Kommunikationswege durch den Eisenbahnbau. Er erhöhte zugleich die Nachfrage nach Investitionskapital in der Industrie und zwang viele wirtschaftsbürgerliche Unternehmer dazu, sich überregional zu vernetzen. Dazu kam ein Generationswechsel innerhalb der liberalen Elite, in der neben bildungs-bürgerlichen Gruppen nun auch liberale Vertreter des Wirtschaftsbürgertums ein immer größeres Gewicht erhielten. Eine unübersehbare Dynamik ging schließlich von der Entwicklung in Preußen aus. Hier berief König Friedrich Wilhelm IV. im Frühjahr 1847 den Vereinigten Landtag als Vollversammlung der Provinzialstände aller acht preußischen Provinzen ein. Den Hintergrund dazu bildete der steigende Finanzbedarf des Staates, weil der König von der Versammlung die Bewilligung einer Anleihe von 25 Millionen Talern erwartete, um den Bau der Ostbahn von Berlin nach Königsberg zu finanzieren. Als die Abgeordneten betonten, sie handelten als Repräsentanten des preußischen Volkes und nicht mehr als Vertreter der Stände und

regelmäßige Einberufungen forderten, eskalierte der Konflikt mit dem Monarchen. Nachdem der Vereinigte Landtag die Mittel für den Eisenbahnbau ablehnte, löste Friedrich Wilhelm IV. ihn im Juni 1847 auf. Diese Konflikterfahrung wirkte bis ins Frühjahr 1848 fort, weil sie exemplarisch die Sackgasse im Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft am Ende der 1840er-Jahre beleuchtete.

Die Gründung der „Deutschen Zeitung“ im Juli 1847 in Heidelberg durch führende Liberale aus Südwestdeutschland war vor diesem Hintergrund ein wegweisender Schritt. Stärker noch als das von Carl von Rotteck und Carl-Theodor Welcker herausgegebene und zwischen 1834 und 1843 in 15 Bänden erschienene „Staatslexikon“, das als programmatische Grundschrift des südwestdeutschen Liberalismus galt, war die Gründung der „Deutschen Zeitung“ entscheidend für die politische Positionierung der deutschen Liberalen vor Ausbruch der Revolution. Der Name der Zeitung sollte die Einigung Deutschlands vorwegnehmen, indem die Autoren sich als Sprachrohr des ganzen liberalen Deutschlands verstanden, und tatsächlich fanden sich unter den Abgeordneten der Nationalversammlung 24 Personen, die für die Deutsche Zeitung schrieben. Der regionale konstitutionelle Liberalismus sollte nun konsequent über die Einzelstaaten hinauswachsen. Zugleich trat in den späten 1840er-Jahren die Trennung zwischen konstitutionellen Liberalen und Demokraten, die sich bereits auf dem Hambacher Fest angedeutet hatte, noch deutlicher hervor. So wurde die „Deutsche Zeitung“ von den konstitutionellen Liberalen getragen, die sich klar vom Programm der Demokraten distanzierten. Die Spaltung der vormärzlichen Oppositionslandschaft in einen liberal-gemäßigten und einen demokratisch-radikalen Flügel wurde kurz vor dem Ausbruch der Märzrevolution in zwei getrennten Versammlungen im badischen Offenburg am 12. September und im südhessischen Heppenheim am 10. Oktober 1847 unübersehbar. Beide Lager trennten sich nun auch organisatorisch voneinander.

Die 800 bis 900 Teilnehmenden der Offenburger Volksversammlung im und vor dem Gasthaus „Salmen“ verabschiedeten die 13 „Forderungen des Volkes in Baden“, die ab jetzt die programmatische Basis der demokratischen Bewegung bildeten. Neben der Rücknahme der Karlsbader Beschlüsse forderten die Teilnehmer Presse-, Lehr-, Glaubens- und Gewissensfreiheit, aber auch die Bewaffnung des Volkes und eine Volksvertretung für Deutschland. Wegweisend waren vor allem die sozialen Ziele, zu denen eine gerechte Besteuerung durch eine progressive Einkommenssteuer, ein freier Bildungszugang, der Ausgleich zwischen Arbeit und Kapital und der Schutz der Arbeit gehörten.

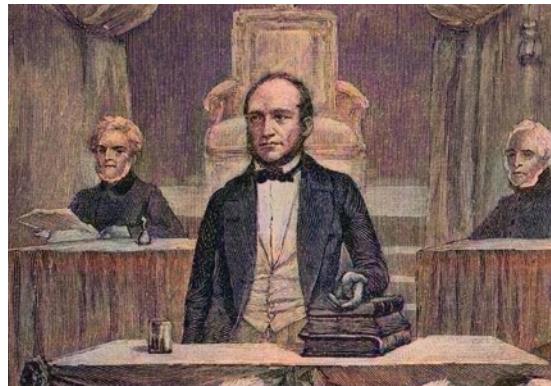
Dagegen fehlten diese sozialen Akzente in dem von dem badischen Journalisten und Politiker Karl Mathy (1807–1868) in Heppenheim festgehaltenen Programm der Liberalen, das zur Grundlage ihrer Forderungen im März 1848 wurde: Pressefreiheit, Reform der Gerichtsverfahren und Unabhängigkeit der Justiz von der Verwaltung, Beseitigung

Generationswechsel in der liberalen Elite

feudal-ständischer Relikte, Abschluss der Bauernbefreiung, größere Rechte für die Gemeinden, Volkswehr, vor allem verfassungsmäßige Mittel zur Durchsetzung der Interessen der Bürgergesellschaft, was auf eine primär parlamentarische Vertretung im Rahmen einer geschriebenen Verfassung für ganz Deutschland hinauslief. Als möglichen Kern einer institutionellen Reform des Deutschen Bundes verwies das Programm auf den Zollverein, der vor allem von Vertretern des Wirtschaftsbürgertums als wichtiger Schritt zur ökonomischen Integration und damit auch als nationalpolitischer Fortschritt unter preußischer Regie aufgefasst wurde. Hier zeigte sich eine entscheidende Kontinuität zwischen den Erfahrungen des Vormärz und dem Beginn der Revolution. Dieses Programm setzte auf Kooperation mit den Regierungen, um eine politische oder gar soziale Revolution und eine Republik zu verhindern.

Am Ende der 1840er-Jahre schien das überkommene Reformideal der Liberalen angesichts des krisenhaften sozialen Wandels, der daraus resultierenden sozialpolitischen Herausforderungen des „Pauperismus“ und des insgesamt erlahmenden Reformimpulses des Staates, wie er zumal in der Bürokratiekritik erkennbar wurde, sowie durch die Enttäuschung steigender nationalpolitischer Erwartungen in eine Krise zu geraten.

Die Hungerunruhen von 1847 wie die Auflösung des Vereinigten Landtags in Preußen im Juni 1847, die Friedrich Wilhelm IV. als Vollversammlung der Provinzialstände aller preußischen Provinzen einberufen hatte, schienen wie ein Alarmsignal für die Legitimationskrise des Staates und den sich zuspitzenden Handlungsdruck. Dennoch hielten viele Liberale zu Beginn der dramatischen Ereignisse im Frühjahr 1848 am Reformideal als Alternative zur Revolution fest und agierten allenfalls als „Revolutionäre wider Willen“. Exemplarisch sollte Friedrich Daniel Bassermann (1811–1855), vor 1848 einer der populärsten liberalen Angeordneten im badischen Landtag und maßgeblich am Weg zum ersten deutschen Parlament beteiligt, 1848 in der Nationalversammlung bekennen: „Wir haben keine tabula rasa in Deutschland, wir haben gegebene Verhältnisse, und es gilt zu reformieren, und nicht zu revolutionieren“.



Friedrich Daniel Bassermann fordert 1844 im badischen Landtag die Einberufung eines gesamtdeutschen Parlaments.

Zeitstrahl 1789–1847

1789	Beginn der Französischen Revolution, George Washington wird erster Präsident der unabhängigen USA
1791–1804	Haitianische Revolution*
1799	Bonaparte übernimmt durch einen Staatsstreich die Macht
1792–1815	Revolutionskriege und Napoleonische Kriege
1803	Reichsdeputationshauptschluss: „Flurbereinigung“
1804	Napoleon wird Kaiser der Franzosen
1806	Gründung des Rheinbundes, Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, Sieg Napoleons über preußische Truppen bei Jena und Auerstedt, Einzug Napoleons in Berlin, Kapitulation Preußens
1809–1825	Unabhängigkeitskämpfe in Südamerika*
1813	Völkerschlacht bei Leipzig
1814	Napoleon wird zur Abdankung gezwungen, Ludwig XVIII. kehrt nach Paris zurück
1814/15	Wiener Kongress mit Gründung des Deutschen Bundes
1815	Gründung der ersten Burschenschaft in Jena, endgültige Niederlage Napoleons bei Waterloo, Gründung der Heiligen Allianz zwischen Russland, Österreich und Preußen (ab 1818 auch Frankreich)
1816	„Jahr ohne Sommer“ nach Ausbruch des Vulkans Tambora 1815 in Indonesien*, Bundestag des Deutschen Bundes nimmt in Frankfurt am Main die Arbeit auf
1817	Wartburgfest
1819	Burschenschafter Karl Ludwig Sand ermordet August von Kotzebue, Hep-Hep-Krawalle, Karlsbader Beschlüsse
1820–1823	Spanische Revolution („Trienio Liberal“)*
1821–1829	Unabhängigkeitskrieg Griechenlands*
1830	Französische Julirevolution, Belgische Revolution und Unabhängigkeit
1830/31	Polnischer Novemberaufstand*
1832	Hambacher Fest
1833	Frankfurter Wachensturm
1834	Gründung des Deutschen Zollvereins
1835	Unabhängigkeitserklärung Neuseelands*
1836	Septemberrevolution in Portugal*
1837	Entlassung der „Göttinger Sieben“
1839–1841	Orientkrisis*
1839–1842	Erster Opiumkrieg zwischen Großbritannien und dem Kaiserreich China, erster Anglo-Afghanischer Krieg*
1842	Erste Deutsche Industrieausstellung, Gründung der Rheinischen Zeitung, Kölner Dombaufest
1844	Schlesischer Weberaufstand
1846–1848	Mexikanisch-Amerikanischer Krieg*
1847	Eröffnung des Ersten Vereinigten Landtags durch Friedrich Wilhelm IV., Proklamation der „Forderungen des Volkes von Baden“ in Offenburg

*Internationaler historischer Kontext zu den Inhalten dieser Ausgabe (Auswahl)

Quelle: Eigene Darstellung nach LeMO und Encyclopædia Britannica

JÖRN LEONHARD

Die Vielfalt der Revolutionsaufbrüche: Die deutsche Erfahrung des Frühjahrs 1848

Im Februar 1848 gingen von Frankreich europaweite revolutionäre Impulse aus. In den deutschen Staaten kam es zu gewaltsamen Konfrontationen und politischen Zugeständnissen der Fürsten.

Revolution in Europa oder europäische Revolutionen?

Im Februar 1848 erfassste eine Welle revolutionärer Erschütterungen ganz Europa. Sie ging nicht zufällig von Paris aus, wo das Experiment einer bürgerlichen Monarchie scheiterte. Im Juli 1830 hatte König Louis-Philippe I. (1773–1850) eine liberale Herrschaft versprochen, sich programmatisch nicht mehr als König von Frankreich, sondern als König der Franzosen präsentiert und die 1815 eingesetzte, von seinem Vorgänger aber seit 1824 immer wieder missachtete französische Verfassung anerkannt. Aus der bourbonischen Nebenlinie des hochadligen Geschlechts Orléans stammend, hatte Louis-Philippe seit 1830 in den Augen weiter Teile der Öffentlichkeit nunmehr selbst seine Legitimation verloren. Große Teile des Bürgertums reagierten enttäuscht auf die seit Jahren immer weitergehende Abschottung des politischen Systems, vor allem durch die zahlreichen Verschärfungen des Zensuswahlrechts.

Zudem war die Unzufriedenheit in den unterbürgerlichen Schichten und bei den städtischen Industriearbeitern gewachsen, weil das Regime auf die sozialen Krisen der 1830er- und 1840er-Jahre vor allem mit Verfolgung und offener Repression reagierte. So hatte sich die Opposition im Verlauf der 1840er-Jahre immer mehr in das außerparlamentarische Vereinswesen verlagert, und diese Entwicklung in Frankreich bestimmte auch die Escalation im Februar 1848. Nachdem der König ein von der politischen Opposition geplantes Bankett verboten hatte, dessen Teilnehmer für eine Reform des Wahlrechts eintraten, kam es seit dem 21. Februar 1848 zu öffentlichen Protesten in Paris. Sie weiteten sich rasch aus und vereinten im Kampf gegen die Monarchie zunächst die Opposition aus Bürgertum, Kleinbürgertum und städtischen Arbeitern. Die in der Hauptstadt aufflammenden heftigen

Barrikadenkämpfe endeten mit dem Rücktritt des französischen Ministerpräsidenten François Guizot (1787–1874). Louis-Philippe dankte am 24. Februar ab und floh nach Großbritannien. Die Einsetzung einer provisorischen Regierung unter dem liberalen Politiker Alphonse de Lamartine (1790–1869) und die Ausrufung der Republik wirkten wie ein Zeichen für mögliche Veränderungen weit über Frankreich hinaus und beschleunigten die Ereignisse an vielen anderen Orten Europas.

Daraus entstand ein gesamteuropäischer Ereigniszusammenhang, weil sich viele Oppositionsgruppen direkt auf die Ereignisse in Frankreich bezogen. Zugleich zeichneten sich aber auch die unterschiedlichen Bedingungen, die je besonderen Voraussetzungen, Krisenerfahrungen und Forderungen im europäischen „Völkerfrühling“ ab. In Frankreich sollte bald nach der Einrichtung der Republik die gemeinsame Opposition zerbrechen, was zu erbitterten Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der neuen demokratischen Republik führte, die im Juni 1848 in einen faktischen Bürgerkrieg zwischen den Anhängern einer weitergehenden Revolution im Namen sozialer Gleichheit und den bürgerlichen Kräften mündete.

Im Gegensatz dazu überlebten Monarchen und Fürsten in den Staaten des Deutschen Bundes den Ausbruch der Revolution. Hier wie auch in Italien trat der Kampf um die nationale Einheit, gegenständische Herrschaftsrelikte und für bürgerliche Freiheitsrechte ins Zentrum. In den Gesellschaften Ost-, Ostmittel- und Südeuropas schließlich prägte der mögliche Austritt aus den multiethnischen Imperien die weitere Entwicklung, wie sich in den Versuchen der Nationalbewegungen in Italien, Ungarn und Polen erwies, eigene Nationalstaaten zu gründen. Das aber berührte unmittelbar auch jene Reiche und Staaten, in denen Italiener, Ungarn und Polen lebten, also unter anderem die Habsburgermonarchie, das Zarenreich und Preußen.

Französische
Februarrevolution
1848 als Krisenimpuls
für ganz Europa

Glaubwürdig-
keitsverlust des
Deutschen Bundes



▼
Die Lithografie (um 1848 entstanden) nach einer Zeichnung von J. Ventadour zeigt den feierlichen Einzug der Abgeordneten des Vorparlaments in die Frankfurter Paulskirche mit Aufstellung von Militär und Turnern am 30. März 1848.

Revolutionär und Protestvielfalt: Der März 1848

Die Entwicklungen in Frankreich lösten in Deutschland innerhalb kurzer Zeit eine ungeheure politische Dynamik aus, in der sich die große, seit Jahren aufgestaute Unzufriedenheit weiter Teile der Gesellschaft mit den politischen und sozialen Zuständen widerspiegelte. Nur fünf Tage nach Ausbruch der Revolution in Paris kam es am 27. Februar in Mannheim zu einer großen Volksversammlung, und bereits am 3. März hob der Deutsche Bund die Pressezensur auf. Als die Revolution Wien erreichte, symbolisierte die Flucht Metternichs aus der Hauptstadt am 13. März 1848 nicht nur das Ende eines autokratischen Regimes. Sie stand zugleich für eine neue revolutionär errungene Handlungsmacht. So rückte damit auch die Frage nach der Zukunft des von ihm wesentlich mit begründeten Deutschen Bundes in den Mittelpunkt. Die Komplexität der folgenden Entwicklungen ergab sich dabei aus unterschiedlichen Handlungsebenen, die auch die folgenden Entwicklungen prägen sollten: Zum einen gab es in den Einzelstaaten des Deutschen Bundes Revolutionen, was den föderativen Charakter der deutschen Revolution unterstrich. Aber die Entwicklungen besaßen mit der Forderung nach

einem deutschen Parlament und einer Verfassung als Basis für einen künftigen Nationalstaat von Anfang an auch einen Zielhorizont, der über die einzelstaatlichen Verhältnisse hinauswies. Parallel dazu versuchten auch die Repräsentanten des Deutschen Bundes, mit eigenen Reforminitiativen auf die Krise zu reagieren.

Zur Wahrnehmung der Ereignisse in Frankreich kam eine durch Missernten ausgelöste Hungerwelle seit 1847, aus der in den kommenden Monaten eine Agrar- und Wirtschaftskrise erwuchs. Anfang 1848 sahen sich viele Fabriken gezwungen, Arbeiter zu entlassen, während sich die Kreditsituation vieler Unternehmen verschlechterte. Die schlechten Ernten, eine um sich greifende Kartoffelfäule und die hohen Lebensmittelpreise verschärften die sozialen Spannungen. Bei regionalen Agrarrevolten im Odenwald, im Elsass und in Baden verbanden Teilnehmer revolutionäre Forderungen mit antisemitischen Positionen, die in Deutschland bereits früher artikuliert worden waren. So hieß es auf einem Plakat in Baden 1847: „Wir wollen nun sagen, weswegen die Revolution vonstatten gehen soll. 1.) Der Adel muss vernichtet werden. 2.) Die Juden müssen aus Deutschland vertrieben werden. 3.) Müssen alle Könige, Herzöge und Fürsten weg und Deutschland ein Freistaat wie Amerika werden. 4.) Müssen alle Beamten gemordet werden. Dann wird es wieder gut in Deutschland.“

1847/48: Von der Wirtschaftskrise zur Krise der politischen Herrschaft



Mehr Informationen gibt es in der Infoaktuell „Jüdisches Leben in Deutschland vor 1945“:
www.bpb.de/344935

Regierungswechsel und Wahlen im Frühjahr 1848

- 22.2. Der französische König Louis-Philippe (1773–1850) dankt nach Protesten in Paris ab
- 24.2. In Frankreich wird die Zweite Republik ausgerufen
- 13.3. Eine Protestbewegung in Wien stürzt Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich (1773–1859)
- 19.3. Der bayrische König Ludwig I. (1786–1868) dankt ab, ihm folgt sein Sohn Maximilian II. (1811–1864)
- 23.4. Wahl zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung in Frankreich
- 1.5. Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung und zur Preußischen Nationalversammlung

Quelle: Eigene Darstellung nach LeMO, Encyclopædia Britannica und www.zeitreisen.de/1848/chronik.htm

Entstehung einer sozialen Protestbewegung außerhalb der Parlamente

Diese verdichteten Krisenanzeichen mobilisierten nicht allein die Mitglieder bestehender Landtage, sondern ließen eine soziale Protestbewegung entstehen, die sich bewusst im öffentlichen Raum konstituierte, auf Plätzen und Straßen agierte und auch die gewaltsame Konfrontation mit der Obrigkeit miteinschloss. Diese unterschiedlichen Handlungsebenen funktionieren nicht getrennt voneinander, sondern wirkten immer wieder unmittelbar aufeinander ein. Auf der Mannheimer Volksversammlung formulierten die Teilnehmer zentrale Positionen, die in den kommenden Wochen als „Märzforderungen“ an vielen Orten übernommen wurden. Dazu zählte die Volksbewaffnung mit der freien Wahl der Offiziere, die Abschaffung der Zensur und die Sicherung der Pressefreiheit, Schwurgerichte nach englischem Vorbild sowie die Wahl zu einem gesamtdeutschen Parlament. Auch das Offenburger Programm vom 19. März 1848 wies in diese Richtung, nahm viele Positionen radikaler Demokraten auf und schlug damit eine Brücke zu den beim Offenburger Treffen proklamierten Forderungen, die bereits ein Jahr zuvor von den Demokraten bestimmt worden waren. Unter dem Eindruck dieser Ereignisse und auch aus Angst vor einer Zuspitzung der Gewalt beriefen zahlreiche Fürsten nun liberale Minister und sogenannte „Märzregierungen“, so etwa in den Königreichen Württemberg und Hannover und auch im Großherzogtum Hessen-Darmstadt. Die „Märzministerien“ kamen den Forderungen der Revolutionäre zunächst weit entgegen. Sie richteten Schwurgerichte ein, die nach französischem Vorbild in den linksrheinischen

Bildung von „Märzministerien“ zur Eindämmung der sozialen Revolution

Gebieten schon lange existierten, verkündeten das Ende der Preszensur, gewährten Versammlungsfreiheit und die Befreiung der Bauern von feudalen Abgaben und Lasten. Dazu kam die Ankündigung, bereits bestehende Verfassungen im liberalen Sinne fortzuentwickeln oder neue Verfassungen auszuarbeiten wie etwa in Preußen und Österreich. Über die Logik der einzelstaatlichen Politik hinaus nahmen die Märzminister schließlich Wahlen zu einem zentralen deutschen Parlament in den Blick, das den Auftrag zur Ausarbeitung einer Verfassung erhalten sollte. Obwohl es in einigen Einzelstaaten lediglich zur Ankündigung solcher Zugeständnisse kam, nahm die Entwicklung in den folgenden Monaten meist einen moderaten Verlauf.

Sahen sich viele Liberale dadurch in ihrem Kurs bestätigt, die Revolution zu kanalisieren, beharrten Vertreter der Demokraten darauf, dass diese Zugeständnisse nicht dem Entgegenkommen der Regierungen zu verdanken seien, sondern der Protestbewegung des Volkes, die sich auf das Prinzip der Volkssouveränität berief und auch mit der „sozialen Republik“ drohte. Dazu kamen die sozialen Forderungen der Demokraten, in denen sich die Krisenerfahrungen der späten 1840er-Jahre spiegelten, so etwa das Ziel, die Abgabenlast der Unterschichten zu senken. Das rief den entschiedenen Widerspruch der konstitutionellen Liberalen hervor. So erklärte Carl Theodor Welcker (1790–1869), einer der einflussreichen Vertreter des badischen Liberalismus, dass jedes republikanische Experiment eine Vereinbarung mit den alten Gewalten verhindere, den möglichen Reformkurs durch die Erinnerung an die radikale Französische Revolution überlagere und damit den Widerstand von Monarchie, Regierung und Armee provozieren müsse.

Vielfalt der Revolutionsorte

In Preußen eskalierte im März 1848 die Konfrontation zwischen Volksbewegung und Staat und unterstrich damit, dass der Weg vom revolutionären Impuls über die Bildung von Märzministerien nicht automatisch in die Frankfurter Nationalversammlung führen musste. Zunächst beschritt Preußen den Weg anderer Einzelstaaten. Unter dem Eindruck der Ereignisse schien der preußische König Friedrich Wilhelm IV. zunächst zu weitreichenden Zugeständnissen bereit, die auf eine Anerkennung der Märzforderungen hinausliefen, also Presse- und Versammlungsfreiheit, die Einberufung eines Landtags, die Aufhebung von Zollschränken und eine umfassende Reform des Deutschen Bundes. Doch am 18. März eskalierte die Gewalt zwischen Demonstrierenden und dem Militär, als Soldaten auf dem Berliner Schlossplatz das Feuer eröffneten und damit erbitterte Barrikadenkämpfe auslösten. Über 250 Menschen wurden getötet und über tausend Personen verletzt.

Der König sah sich zunächst gezwungen, die Truppen aus der Hauptstadt abzuziehen und die aufgebrachten „Märzgefallenen“ am 19. März öffentlich zu

ehren. Sein Konzessionskurs schien sich fortzusetzen, als Friedrich Wilhelm IV. am 21. März bei einem Umritt in Berlin demonstrativ die Farben Schwarz-Rot-Gold als Symbol der Oppositionsbewegung anlegte (↗ S. 15). Noch weiter ging er, als er in einem Aufruf „An mein Volk und an die deutsche Nation“ ankündigte, dass Preußen fortan in Deutschland aufgehe und damit Hoffnungen auf eine aktive nationalpolitische Rolle Preußens nährte. Nur acht Tage später folgte er der Politik anderer deutscher Fürsten, als er auch für Preußen eine liberale Regierung berief. Ihr gehörten mit den aus dem Rheinland stammenden Bankiers Ludolf Camphausen (1803–1890) und David Hansemann (1790–1864) gleich zwei prominente Vertreter des Wirtschaftsbürgertums an. Sie schlugen eine Brücke in die Phase vor 1848, denn beide waren 1847 auch Mitglieder des Vereinigten Landtags gewesen. So provozierte die Entwicklung in Preußen weitreichende Hoffnungen auf dem Weg zu einem deutschen Nationalstaat, und viele Mitglieder des Bürgertums setzten auf Friedrich Wilhelm IV. als Hoffnungssfigur.

Parallel zur Berufung von Märzministerien in den deutschen Einzelstaaten hatte sich seit Februar die Diskussion um den Weg zu einem deutschen Parlament zugespitzt. Bereits am 12. Februar, also noch vor der Escalation der Krise in Frankreich und den Volksbewegungen in Deutschland, hatte Friedrich Daniel Bassermann (1811–1855) als Mitglied der badischen Ständekammer und Vertreter der bürgerlichen Liberalen eine Volksvertretung beim Deutschen Bundestag gefordert. So sollte die Revolution in eine Reform der bestehenden Institutionen überführt werden. Dahinter stand aber auch die Angst vor einem politischen Kontrollverlust unter dem Eindruck der Volksbewegungen auf der Straße. Diese Position sollte sich in den kommenden Wochen und Monaten unter dem Eindruck außerparlamentarischer Bewegungen und Protestformen immer wieder zuspitzen.

Auch die Vertreter der deutschen Einzelstaaten im Frankfurter Bundestag reagierten auf die Märzeereignisse. Nachdem der Bundestag am 3. März die Pressefreiheit zugestanden hatte, versuchten seine Mitglieder auch in die Diskussion um ein deutsches Parlament und eine Verfassung einzugreifen. Um die politische Kontrolle wiederzugewinnen, gestand der Bundestag die notwendige Revision der Bundesakte zu und setzte einen Siebzehnerausschuss ein, der eine neue Verfassung ausarbeiten sollte. Die Zahl der Stimmen ergab sich aus der Zahl der Sitze im engeren Rat der Bundesversammlung, also der Versammlung der deutschen Einzelstaaten beim Deutschen Bund. In diesem Rat saßen die elf größten deutschen Einzelstaaten als ständige Vertreter, während die kleineren Staaten durch sechs Mitglieder vertreten waren. Angesichts der zugespitzten politischen Situation wählten die deutschen Regierungen vor allem gemäßigte Repräsentanten des konstitutionellen Liberalismus als Vertreter aus. Obwohl die Dynamik der Ereignisse über diese Versuche des Bundestages hinweg ging, bewiesen die Reaktionen des preußischen Königs und des



Bei den Berliner Barrikadenkämpfen vom 18. und 19. März 1848 sterben über 250 Menschen. Adolph von Menzel (1815–1905) Gemälde zeigt die öffentliche Aufbahrung der „Märzgefallenen“ auf dem Gendarmenmarkt.

Bundestags, dass die Reformhoffnungen von Anfang an mit nationalpolitischen Erwartungen verbunden waren, indem Preußen und der Bundestag eigene Pläne für eine Bundesreform vorlegten.

Eine kanalisierte Revolution? Der Weg nach Frankfurt

Doch die konkrete Initiative lag jetzt nicht mehr beim Bundestag. Angesichts der Defensive des Bundestags und der Volksbewegungen organisierten süddeutsche Liberale eine Zusammenkunft führender Vertreter des konstitutionellen Liberalismus. Auf der Heidelberger Versammlung, an der am 5. März 1848 51 Männer teilnahmen, beschloss man gegen die Minderheit linker Demokraten um Friedrich Hecker (1811–1881) und Gustav von Struve (1805–1870), auf eine „Versammlung einer in allen deutschen Landen nach der Volkszahl gewählten Nationalversammlung“ hinzuwirken. Diese Grundentscheidung für den parlamentarischen Weg sollte die kommenden Entwicklungen maßgeblich bestimmen, aber sie provozierte auch Widerstand. Die Mehrheit der Liberalen strebte damit eine Zusammenarbeit mit den bestehenden Regierungen an, aber sie nutzte zugleich den Anfang März 1848 durch die Revolutionsbewegungen entstandenen Handlungsimpuls. Er beruhte auf dem Prinzip der Volkssouveränität und immer wieder auch auf der Androhung oder dem Einsatz von Gewalt. Der Zusammenhang zwischen einer revolutionär entstandenen Handlungsmacht und der Reformorientierung bei der bürgerlichen Bewegung war jedenfalls nicht widerspruchsfrei.

Das Ziel der Mehrheit in Heidelberg bestand darin, nach den Ereignissen seit Februar den konsequenten Weg zu einem nationalen Parlament

**Grundentscheidung
für den parlamen-
tarischen Weg auf
der Heidelberger
Versammlung**



Robert Blum (1807–1848)

Als Sohn eines Fassbinders und aus einfachen sozialen Verhältnissen stammend, hatte Robert Blum in seiner Kindheit und Jugend früh die Konsequenzen von Hunger, Armut und Kinderarbeit erfahren. Trotz einer früh erkennbaren Begabung musste er das Gymnasium vorzeitig verlassen, um selbst Geld zu verdienen. Nach einer mehrfach unterbrochenen Lehre und Aufenthalten in München und Wien verdiente er schließlich seinen Lebensunterhalt in einer Laternenfabrik. Zurück in seiner Heimatstadt Köln bildete er sich durch autodidaktische Studien und intensive Lektüren selbst weiter. So gelang es ihm, Kontakte zum Theater zu knüpfen. 1831 wurde er Assistent des Kölner Theaterdirektors Friedrich Sebald Ringelhardt (1785–1855), mit dem zusammen er ein Jahr später zum Stadttheater Leipzig wechselte. Dort war er als Sekretär und Archivar tätig und gab zwischen 1839 und 1842 das mehrbändige „Allgemeine Theaterlexikon“ heraus. Seit den 1830er-Jahren verfasste Blum zahlreiche literarische Arbeiten, von Theaterstücken und Gedichten über Prosastücke bis zu Feuilletonartikeln, die stark von der Revolution 1830 in Frankreich inspiriert waren.

Spätestens ab 1837 war Blum im Hallgarten-Kreis, einem von Johann Adam von Itzstein (1775–1855) auf seinem gleichnamigen Weingut im Rheingau begründeten Netzwerk oppositioneller Politiker, und in Leipziger Oppositionsgruppen politisch aktiv, zunächst bei den Liberalen, dann bei links-liberalen und demokratischen Gruppen. Dabei erwies er sich als effizienter Organisator, bestens vernetzter Brückenbauer zwischen unterschiedlichen Vereinen und begabter Redner. Aus dieser Zeit stammte auch sein Kontakt zu den Deutschkatholiken um Johannes Ronge (1813–1887), an deren Versammlungen Blum mitwirkte. Dabei handelte es sich um eine religiös-politische Bewegung, die sich gegen den von ihren Mitgliedern als reaktionär empfundenen Dogmatismus der etablierten Kirchen richtete und sich für die Ideen des sozialen Liberalismus und die Gründung eines gesamtdeutschen Nationalstaates einsetzte.

Seit den 1840er-Jahren knüpfte Blum Kontakte zur Opposition im sächsischen Landtag in Dresden und bemühte sich, die verschiedenen demokratischen Gruppen in den Staaten des Deutschen Bundes stärker miteinander zu verbinden. Schon vor Ausbruch der Revolution kam Blum eine führende Rolle als Führer des demokratisch-radikalen Flügels der sächsischen Oppositionsbewegung zu. Als 1845 der Protest der städtischen Bevölkerung Leipzigs gegen den sächsischen Thronfolger eskalierte und das lokale Militär eine Demonstration mit Schüssen aufgelöst hatte und Straßenkämpfe drohten, trat Blum als Vermittler zwischen den Behörden und den Oppositionellen auf. Ein Jahr später wurde er sogar unbesoldeter Stadtverordneter von Leipzig. 1847 schließlich kündigte er seine Stellung am Theater, gründete eine eigene Verlagsbuchhandlung und übernahm anonym die Leitung der „Constitutionellen Staatsbürger-Zeitung“.

1848 konnte Robert Blum vor diesem Hintergrund innerhalb kurzer Zeit zu einer der führenden und bekanntesten

Persönlichkeiten der Revolution werden. Die Revolution markierte den Höhepunkt seines Wirkens innerhalb und außerhalb des Parlaments, aber sie verdeutlichte auch seine zunehmend kontrovers beurteilte Position. Zunächst vorgesehen als Mitglied einer liberalen Märzregierung in Sachsen wurde er als Delegierter Zwickaus Vizepräsident des Vorparlaments, Mitglied des von diesem eingesetzten Fünfzigerausschusses, der bis zur Wahl der Nationalversammlung den Bundestag kontrollieren sollte. In der Frankfurter Nationalversammlung vertrat Blum Leipzig und wurde Mitglied im einflussreichen Verfassungsausschuss. Als Führer der demokratischen Linken in der Paulskirche erwies er sich abermals als eindrucksvoller Redner und vielseitig aktiver Publizist, so etwa als Herausgeber der „Deutschen Reichstags-Zeitung“. Seine Bekanntheit und Popularität bezeugten zahlreiche Karikaturen. Zugleich provozierte sein Auftreten auch Kritik. Während seine Anhänger in ihm den Hoffnungsträger demokratischer Prinzipien sahen, erkannten seine konservativen Gegner in ihm das Schreckbild einer sozialen Revolution, und radikale Linke bezichtigten ihn des Verrats. Er erhielt Ehrenbürgerschaften und ebenso Morddrohungen.

Tatsächlich geriet Blum im Verlauf der Revolution immer mehr in die Auseinandersetzungen zwischen Liberalen und Demokraten und wurde von beiden Seiten immer stärker kritisiert. Im Herbst 1848 lehnte er den Waffenstillstand von Malmö ab und setzte sich für eine deutsche Republik auf verfassungsrechtlichem Weg ein. Zudem plädierte er für eine stärkere Kooperation zwischen den Landtagen der einzelnen deutschen Staaten. Den Konservativen erschien er als Wegbereiter einer sozialrevolutionären Republik, während die radikalen Linken seine kompromissbereite Haltung gegenüber den Liberalen kritisierten.

Seine Entscheidung, den aufständischen Revolutionären in Wien im Herbst 1848 persönlich eine Solidaritätserklärung der Frankfurter Demokraten zu überbringen, fiel bereits in eine Phase persönlicher und politischer Krisen. Blums finanzielle Situation war prekär, während sich die Kritik von links und rechts zusetzte. In Wien angekommen, nahm Blum aktiv an den Kämpfen gegen die Truppen des österreichischen Kaisers unter dem Kommando des Fürsten Windisch-Graetz (1787–1862) teil, die zur Niederschlagung der Revolution eingesetzt wurden. Blum trat im Gemeinderat, im Reichstag und bei studentischen Versammlungen auf und schloss sich dem Elitekorps der Aufständischen an. Nachdem er von kaiserlichen Truppen gefangen genommen worden war, wurde er trotz seiner Berufung auf die Immunität als Abgeordneter der Nationalversammlung am 9. November 1848 standrechtlich erschossen. Einerseits demonstrierte dies die Machtlosigkeit der Revolution und die Entschlossenheit der Gegenrevolution. Andererseits wurde Blum so in den kommenden Monaten zum häufig verklärten Märtyrer der Revolution, der Empörung und Solidarisierung provozierte. Neben zahllosen Gedenkreden und Gedichten erbrachte eine Sammlung für die Familie der Witwe mehr als 40 000 Taler.

zu beschreiten. Dazu wählte die Heidelberger Versammlung einen aus sieben Männern bestehenden Siebenerausschuss, der die Aufgabe hatte, eine weitere Versammlung einzuberufen, die dann als Vorparlament die eigentliche Wahl der Nationalversammlung vorbereiten sollte. Tatsächlich lud der Ausschuss am 12. März ausgesuchte Politiker aus deutschen Landtagen, aber auch andere bekannte Persönlichkeiten wie den bekannten demokratischen Publizisten und Verleger Robert Blum (1807–1848) ein. Das Frankfurter Vorparlament entstand also nicht mehr aus der überkommenen Ordnung des Deutschen Bundes, sondern aus der bewussten Entscheidung der Heidelberger Versammlung und entsprach damit einem revolutionären Bruch mit der Vergangenheit – ohne sich mit diesem Schritt zu einer Republik zu bekennen. Vom 31. März bis zum 3. April tagten am Sitz des Bundestages in Frankfurt die insgesamt 574 aus ganz Deutschland berufenen Persönlichkeiten. Weil der Kaisersaal im Römer, dem Frankfurter Rathaus, sich als zu klein erwies, wurde der Sitz dieses Vorparlaments in die nahegelegene Paulskirche verlegt. Wie auf der Heidelberger Versammlung setzte die Mehrheit der gemäßigten Liberalen ihre Hoffnungen auf eine konstitutionelle Monarchie. In einem parlamentarischen Verfassungsstaat sollten nationale Einheit und politische Freiheit verwirklicht werden. Die entschiedenen Demokraten der Linken bildeten im Vorparlament eine Minderheit, die sich in keiner wichtigen Abstimmung durchsetzen konnte. Gegen die Grundentscheidung, die Revolution durch ein Parlament zu legalisieren, appellierte nur eine republikanische Minderheit innerhalb des Lagers der Demokraten an die Bevölkerung, um die Revolutionsbewegung vom März jetzt außerhalb der Parlamente fortzusetzen. Doch der von Friedrich Hecker und Gustav Struve initiierte badische Aufstand wurde militärisch durch Bundesstruppen niedergeschlagen.

Der Gegensatz zwischen diesem Kurs und der von den Liberalen vertretenen Kooperationstaktik gegenüber den Einzelstaaten und ihren Regierungen, der auf die Kontinuität der Institutionen setzte und den revolutionären Bruch verhinderte, zeigte sich Anfang April. Das Vorparlament beschloss, mit dem Deutschen Bund zusammenzuarbeiten und im Sinne einer Verrechtlichung der Revolution gemeinsam die Wahlen zur Nationalversammlung zu organisieren. Um die Bewegung gegenüber dem Bundestag zu repräsentieren, setzte das Vorparlament einen Fünfzigerausschuss ein. Tatsächlich war es formal der Bundestag, der die Staaten des Deutschen Bundes schließlich zur Durchführung der Wahl zur Nationalversammlung aufrief. Im Kern fiel in Heidelberg und im Frankfurter Vorparlament also eine weitreichende Grundentscheidung, die Revolution zu legalisieren, indem man sich auf einen parlamentarisch abgesicherten Kurs der Reform konzentrierte. Doch zugleich geschah dies im Bewusstsein eines Handlungsspielraums, der im März 1848 revolutionär entstanden war. Dieser Widerspruch zeigte sich auch daran, dass die



Eine romantisierte Darstellung der Hinrichtung Robert Blums in Brünnlitz bei Wien am 9. November 1848. Blum wird von vielen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen als Märtyrer der Revolution verehrt. Öl-Gemälde (Ausschnitt) von ca. 1849, dem Maler Carl Steffeck zugeschrieben

Herrschaftsgrundlagen der einzelnen deutschen Staaten letztlich nicht in Frage gestellt wurden, was sich ab dem Herbst 1848 zu einem Einfallstor der Gegenrevolution entwickeln sollte.

Die Mehrheit des Vorparlaments setzte zwar auf allgemeine und gleiche Wahlen zu einer gesamtdeutschen Nationalversammlung. Doch die Antwort auf die Frage, wer genau wählen durfte, blieb vage. Im Protokoll des Vorparlaments wurde dazu auf das Kriterium der „Selbständigkeit“ verwiesen. Bei den anschließenden Wahlen im Mai 1848 galt tatsächlich das allgemeine und gleiche Wahlrecht in 597 Wahlkreisen von jeweils rund 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Für die konkrete Umsetzung waren die Regierungen der deutschen Einzelstaaten verantwortlich, so dass die Wahlregelungen regional unterschiedlich ausfielen. Prinzipiell durften alle volljährige Männer an den Wahlen teilnehmen, die deutschen Staatsangehörige waren und als „selbständig“ galten. Volljährigkeit und Selbständigkeit wurden jedoch regional unterschiedlich definiert: So blieben in Baden circa 25 Prozent der handarbeitenden Klassen ausgeschlossen, in Preußen dagegen höchstens zehn Prozent. In manchen Gebieten wurde öffentlich, in anderen geheim gewählt. Neben der direkten gab es auch indirekte Wahlen von Wahlmännern in sogenannten Urwahlen, die dann in einem zweiten Durchgang den eigentlichen Abgeordneten bestimmten. Theoretisch waren etwa 75 Prozent der volljährigen deutschen Männer wahlberechtigt, wobei Volljährigkeit in der Regel ab dem 25. Lebensjahr begann. In Württemberg fiel die Wahlbeteiligung mit circa 75 Prozent am höchsten aus. Damit verfügte das erste deutsche Parlament über eine für die damalige Zeit und im europäischen Vergleich herausragende demokratische Legitimation. Frauen die Teilnahme an der Wahl zu ermöglichen, lag nicht im Horizont ihrer Zeitgenossen.

Mai 1848: allgemeine und gleiche Wahlen, aber kein Frauen- wahlrecht

Einheit, Freiheit, Handlungsmacht? Die Frankfurter Nationalversamm- lung und ihre Wirkungsgrenzen

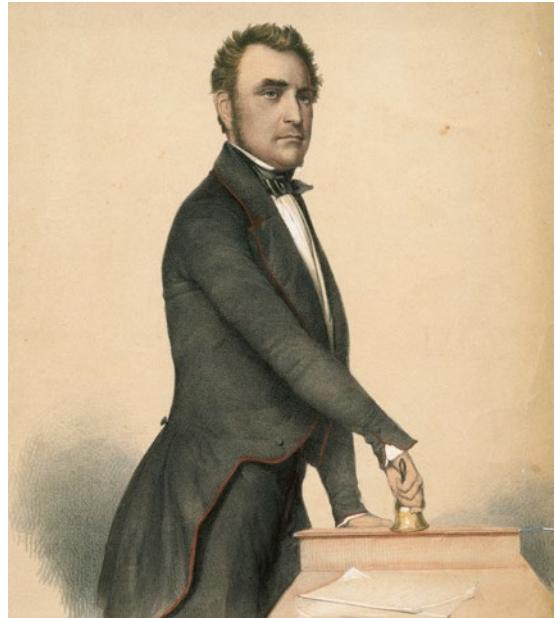
18. Mai 1848: Eröffnung des ersten gewählten gesamtdeutschen Parlaments

Am 18. Mai 1848 zogen die neugewählten Abgeordneten unter „Glockenläuten und Kanonendonner“ vom Frankfurter Römer in die Paulskirche, um sich dort als deutsche Nationalversammlung zu konstituieren. Dieser Tag markiert einen Meilenstein in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. In den Augen vieler Zeitgenossen schien die gewählte Versammlung den revolutionären Aufbruch vom März 1848 im Doppelziel von politischer Freiheit und nationaler Einheit einzuhegen. Zunächst wählten die Parlamentarier den Märzminister und Führer der hessen-darmstädtischen Liberalen, Heinrich Freiherr von Gagern (1799–1880), zum Parlamentspräsidenten. Nach der beruflichen Stellung dominierten in der Paulskirche Staatsbeamte, hinsichtlich der Ausbildung der Abgeordneten überwogen Juristen.

In einer Zeit, in der die Tätigkeit als Parlamentsabgeordneter noch nicht mit förmlichen Diäten vergolten wurde, konnten sich Beamte eine längere Abwesenheit eher leisten als selbständige Unternehmer. Rund 570 Abgeordnete verfügten über einen Universitätsabschluss. Unter den Mitgliedern der Paulskirche fanden sich auch 106 Rechtsanwälte, 35 Kaufleute, 23 Ärzte, 20 Schriftsteller, 14 Fabrikanten, 46 Landwirte, aber lediglich vier Handwerker und Vertreter der Lohnarbeiter suchte man vergebens. Damit spiegelte das Wahlergebnis das Übergewicht des Bildungsbürgertums in der politischen Öffentlichkeit seit den 1830er-Jahren wider, was neben den Handwerkern und Arbeitern auch Angehörige des Adels, Unternehmer und das Kleinbürgertum im Parlament marginalisierte. Die Mehrheit der Juristen und Beamten prägte eine besondere Nähe zum Staat, was sich zunächst auf die Verfassungsverhandlungen, aber auch auf das Ende der Revolution auswirken sollte. Als die einzelstaatlichen Regierungen seit Frühjahr 1849 ihre Abgeordneten aus Frankfurt abberiefen, fühlten sich viele beamtete Parlamentarier eher zur Loyalität gegenüber ihrer Regierung verpflichtet als dazu, die verabschiedete Verfassung zu verteidigen.

Kein „Professoren- parlament“, sondern hohe Professionalität und politisches Selbstbewusstsein

Dennoch war die Frankfurter Nationalversammlung kein bloßes „Professorenparlament“. In dieser bis in die Gegenwart häufig wiederholten Kritik steckte der Vorwurf, die akademisch gebildeten Abgeordneten hätten letztlich weltfremd und politisch naiv gehandelt, was wesentlich zum Scheitern der Revolution beigetragen habe. Dass dieser Vorwurf die konkrete parlamentarische Praxis nicht traf, erwies sich bereits wenige Wochen nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung. Im Blick auf das Doppelziel von nationaler Einheit und politischer Freiheit stellte sich die Frage, was an die Stelle der bisherigen Bundesversammlung treten sollte. Obwohl sich die Abgeordneten mehrheitlich einig darin waren, eine „Provisorische Zentralgewalt“ als eigene Exekutive



Heinrich Freiherr von Gagern in seiner Funktion als Präsident der Frankfurter Nationalversammlung

zu bilden, blieb der Weg dahin umstritten. Plädierten viele Demokraten für einen Exekutivausschuss des Parlaments, forderten Abgeordnete der Liberalen und der gemäßigten Konservativen ein vom Parlament unabhängiges Direktorium.

Hinter dieser Auseinandersetzung schien der Grundsatzkonflikt auf, der die Revolution von Anfang an begleitet hatte: Sollte sich das Parlament auf das Prinzip der im März revolutionär erkämpften Volksouveränität berufen und damit aus eigener Legitimation eine Regierung bilden, oder sollte die Nationalversammlung auf die Kooperation mit den bestehenden Einzelregierungen setzen und die staatsrechtliche Kontinuität betonen? Am Ende schlug Heinrich von Gagern am 24. Juni 1848 in einem „kühnen Griff“ den österreichischen Erzherzog Johann (1782–1859) als Reichsverweser vor, nicht weil, sondern „obgleich er ein Fürst“ sei. Mit 450 zu 100 Stimmen erhielt der populäre Fürst am 29. Juni eine überzeugende Mehrheit der anwesenden Abgeordneten.

Mit der Wahl des Reichsverwesers, der von der Frankfurter Nationalversammlung 1848 bis zur Kaiserwahl bestellt wurde, schuf sich die aus zumeist freien und gleichen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung eine eigene exekutive Zentralgewalt. Ihre Legalität erkannte auch der Bundestag ausdrücklich an, indem er ihm seine bisherigen Kompetenzen übertrug. Nach dem feierlich inszenierten Einzug Erzherzog Johans in Frankfurt am 15. Juli berief er ein eigenes Kabinett. An der Spitze des neu geschaffenen „Reichsministeriums“ stand Fürst Karl zu Leiningen (1804–1856) als Ministerpräsident. Zu den wichtigen Mitgliedern gehörten unter anderem Anton von Schmerling (1805–1893) als Innen- sowie Robert von Mohl (1799–1875) als Justizminister. Mindestens so wichtig wie die Tatsache, dass die Parlamentsmehrheit diesen Schritt

Heinrich von Gagern (1799–1880)

Schon in seiner Kindheit und Jugend war Heinrich von Gagern mit den politischen Themen seiner Zeit konfrontiert worden. Sein Vater Hans Christoph Freiherr von Gagern (1766–1852), seit 1788 leitender Minister des Fürsten von Nassau-Weilburg (1768–1816), hatte sich während der Rheinbundzeit zusammen mit dem preußischen Reformer Freiherr vom Stein (1757–1831) gegen die französische Herrschaft Napoleons gewandt. Aufgrund seines Engagements für die deutsche Einheit war er nach dem Wiener Kongress auf Drängen des österreichischen Staatskanzlers Metternich entlassen worden. Sein Sohn Heinrich nahm an den antinapoleonischen Kriegen teil und wurde 1815 in der Schlacht von Waterloo verwundet. Während seines Jura-Studiums in Heidelberg, Göttingen und Jena gehörte er zu den Mitbegründern der Allgemeinen Deutschen Burschenschaft. 1820 trat Gagern in den Justiz- und Verwaltungsdienst des Großherzogtums Hessen-Darmstadt ein und setzte sich für Reformen im Innen- und Justizministerium ein. Doch seine politische Haltung als Abgeordneter der zweiten Kammer des großherzoglichen Landtags führte 1833 zu seiner Entlassung aus dem Staatsdienst. 1836 verzichtete er auf eine erneute Landtagskandidatur und zog sich zunächst ins Privatleben zurück, blieb aber weiterhin politisch sehr aktiv und intensivierte den Kontakt zu Vertretern der liberalen Opposition im deutschen Westen und Süden.

1847 wurde Gagern erneut Mitglied im Darmstädter Landtag. Als Sprecher der liberalen Opposition stieg er noch vor Ausbruch der Revolution zu einer überregional bekannten Figur des konstitutionellen Liberalismus auf. Seine schnelle Karriere seit Frühjahr 1848 wäre ohne diese Position und seine Erfahrungen im Vormärz kaum denkbar gewesen. Im März 1848 kurzzeitig zum leitenden Minister der großherzoglich-hessischen Regierung berufen, verkörperte er das typische Programm der neuen Märzminister, strebte aber bald nach Frankfurt und damit auf die nationale Bühne der deutschen Politik. So wurde Gagern Mitglied des Vorparlaments und der Frankfurter Nationalversammlung, deren Abgeordnete ihn am 19. Mai 1848 zum Präsidenten wählten.

Als Sprecher der gemäßigten liberalen Mehrheit trat Gagern für einen gesamtdeutschen Bundesstaat mit monarchischer Staatsspitze ein. Als Zeichen des politischen Selbstbewusstseins der Nationalversammlung und aus Enttäuschung über das Verhalten der deutschen Fürsten setzte er am 29. Juni 1848 die Wahl des Erzherzogs Johann (1782–1859) zum Reichsverweser durch, so dass in Frankfurt eine provisorische Exekutive eingerichtet wurde. Zum Reichsminister ernannte Johann den österreichischen Politiker und Juristen Anton Ritter von Schmerling (1805–1893), der seinerseits für eine groß-deutsche Lösung eintrat, welche

die deutschen Gebiete Österreichs in einen deutschen Nationalstaat eingeschlossen hätte. Nachdem diese Lösung am Widerstand des österreichischen Ministerpräsidenten Felix zu Schwarzenberg (1800–1852) gescheitert war und sich die Frankfurter Abgeordneten für eine kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung und unter Ausschluss Österreichs entschieden hatten, erklärte Schmerling im Dezember 1848 seinen Rücktritt. Neuer Reichsministerpräsident wurde nun Heinrich von Gagern, der so zu Schmerlings kleindeutschem Gegenspieler wurde.

Gagern hatte sich zunächst für das Konzept eines „engeren im weiteren Bund“ zur Lösung der deutschen Frage eingesetzt. Danach sollte Preußen mit den deutschen Mittel- und Kleinstaaten einen „engeren Bund“ bilden, dem sich Österreich später zu einem „weiteren Bund“ anschließen sollte. Nachdem dieser Idee durch die erfolgreiche Gegenrevolution in Wien und Berlin die Grundlage entzogen worden war, forcierte Gagern in der Frankfurter Nationalversammlung ein Bündnis mit der Gruppe der Erbkaiserlichen, um die kleindeutsche Lösung unter Führung Preußens durchzusetzen. Der von ihm ausgearbeitete Kompromiss mit der demokratischen Linken mündete schließlich in der Wahl Friedrich Wilhelms IV. von Preußen zum „Kaiser der Deutschen“ am 28. März 1849.

Doch nachdem der preußische Monarch die ihm angebotene Kaiserkrone im April 1849 abgelehnt hatte, schloss sich Gagern nicht der Reichsverfassungskampagne an, sondern erklärte am 21. Mai 1849 seinen Rücktritt aus der Nationalversammlung. Durchaus typisch für große Teile der konstitutionellen Liberalen, war Gagern letztlich nicht bereit, die verabschiedete Verfassung mit revolutionären Mitteln zu verteidigen. Nach dem Ende der Paulskirche und der militärischen Niederschlagung der Reichsverfassungskampagne setzte er sich im Herbst 1850 noch einmal für die Verwirklichung der preußischen Unionspläne ein, um so das politische Ziel eines deutschen Nationalstaats doch noch zu erreichen. Nach dem Scheitern des Unionsprojekts zog sich Gagern ins Privatleben zurück und ging aus Enttäuschung über seine Erfahrungen mit der Berliner Politik zwischen 1848 und 1850 immer mehr auf Distanz zu Preußen. Seine pro-österreichische Orientierung zeigte sich 1862, als er zu den Mitbegründern des großdeutsch orientierten Deutschen Reformvereins gehörte. Als hessischer Gesandter in Wien zwischen 1863 und 1872 unterstützte er die Wiener Pläne zur Reform des Deutschen Bundes. Dennoch begrüßte er die sich seit dem Sieg Preußens über Österreich 1866 abzeichnende kleindeutsche Reichseinigung unter Bismarcks Führung als Weg zu dem von ihm so lange erhofften deutschen Nationalstaat.

zur Bildung einer eigenen Regierung ging, war die Grundentscheidung für das parlamentarische Regierungsprinzip, das bis zum Ende der Frankfurter Nationalversammlung gültig blieb. Denn das vom Reichsverweser berufene Kabinett war der Nationalversammlung gegenüber verantwortlich und zudem in der Praxis von der Unterstützung durch die Mehrheit der Abgeordneten abhängig. Doch weder Preußen noch Österreich erkannten als

einflussreichste deutsche Einzelstaaten den Reichsverweser als obersten Kriegsherrn an. So blieb in den militärisch wichtigsten Staaten die Verfügungsgewalt über das Militär und damit über die entscheidende Institution staatlicher Gewaltanwendung bei den einzelstaatlichen Regierungen. Der Fortgang in Frankfurt hing also unmittelbar von der weiteren Entwicklung in Österreich und Preußen ab.

JÖRN LEONHARD

Akteure und Arenen: Parlemente und Vereine, Fraktionen und Redaktionen, Männer und Frauen, Petitionen und Barrikaden

Die Revolution ermöglichte neue Erfahrungen politischer Teilhabe. Diese Entwicklung ging weit über Wahlen und Parlemente hinaus und wirkte so als Impuls für eine langfristig wirkende Politisierung.

Institutionalisierte Politik: Parlemente und Fraktionen

Auf einer ersten Ebene bildete die Frankfurter Nationalversammlung mit der Provisorischen Zentralgewalt nicht nur eine eigene Exekutive. Ihre Abgeordneten entwickelten auch in kurzer Zeit eine beeindruckende Fähigkeit, die parlamentarische Arbeit selbstständig zu organisieren. Bereits die unmittelbare Publikation der stenographischen Berichte aller Parlamentsdebatten in einem unzensierten Volltext in den deutschen Staaten stellte eine grundlegende Innovation dar. Druck und Verbreitung der stenographischen Berichte ließen aus den parlamentarischen Debatten Tagesereignisse werden, die politische Diskussionen auch außerhalb der Parlemente stimulierten.

Den Abgeordneten in Frankfurt kam zugute, dass viele von ihnen Erfahrungen aus den einzelstaatlichen Landtagen des Vormärz mitbrachten. Obwohl es bis 1848 noch keine fest organisierten Parteien im modernen Sinne gab, schlossen sich die meisten Abgeordneten in der Paulskirche bald entsprechend ihrer politischen Grundanschauungen zusammen und bildeten Fraktionen, die den Geschäftsablauf in der Nationalversammlung bestimmten. Die Fraktionen in der Frankfurter Paulskirche bezeichneten sich zunächst ganz pragmatisch nach ihren städtischen Tagungslokalen: die konservative Rechte nach dem „Café Milani“, die konstitutionellen Liberalen nach dem „Casino“, dem „Landsberg“ und dem „Augsburger Hof“, die parlamentarische Linke nach dem „Württemberger Hof“ und dem „Westendhall“, die demokratische Linke schließlich nach dem „Deutschen Hof“ und dem „Donnersberg“.

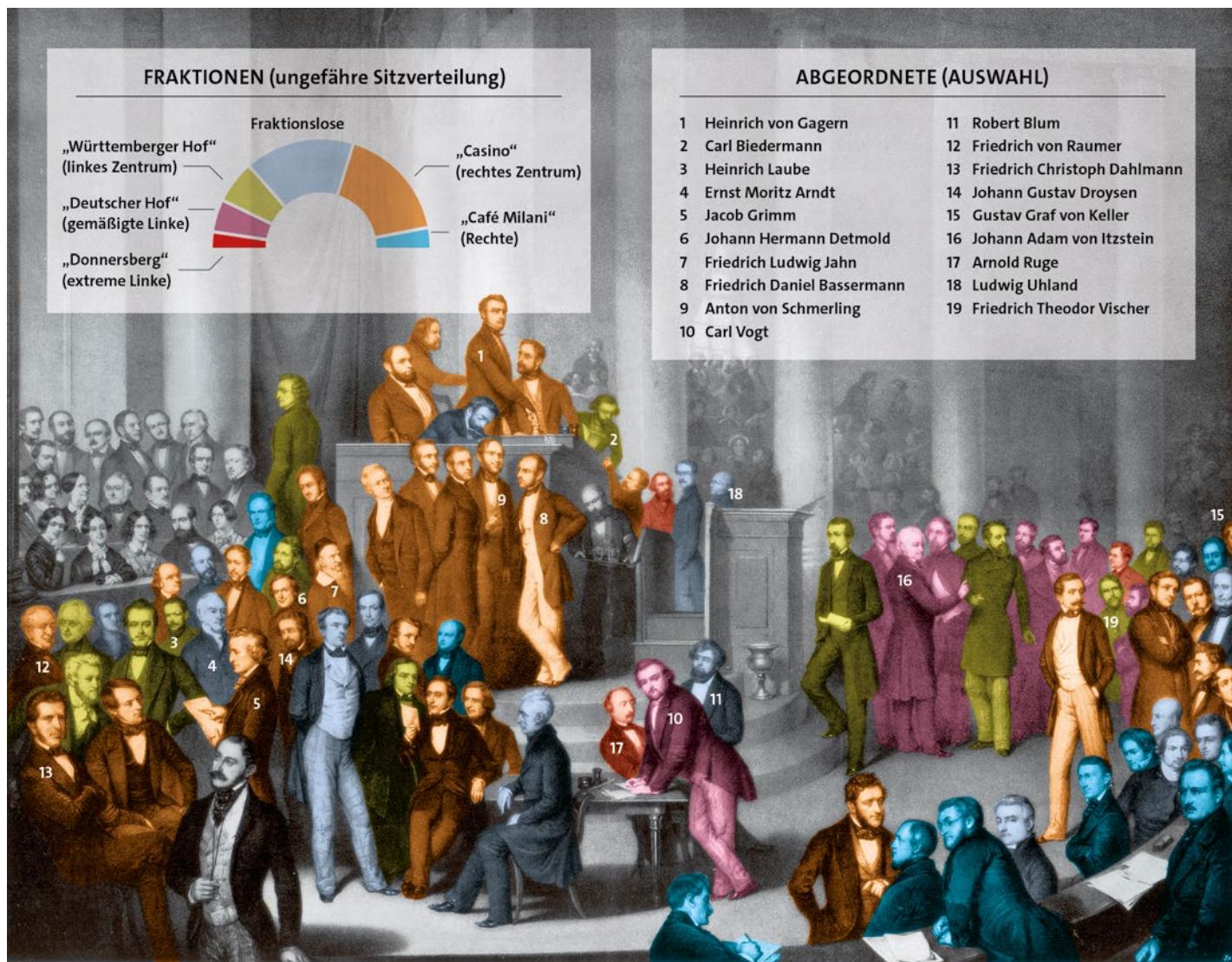
Bildung von Fraktionen

Durch Abstimmungsdisziplin und Koalitionsbildungen trugen sie wesentlich dazu bei, in kurzer Zeit ein funktionsfähiges Parlament zu entwickeln, zu dem bald auch eine funktionale Ausdifferenzierung durch Ausschüsse gehörte, etwa zur Ausarbeitung der Grundrechte der künftigen Verfassung oder zu volkswirtschaftlichen Themen. Häufige Fraktionswechsel und zahlreiche unabhängige Abgeordnete machten Voraussagen über konkrete Abstimmungsergebnisse allerdings unsicher.

Private Zirkel, Salons und Lesehallen ließen auch außerhalb der Paulskirche einen Raum politischer Debatten entstehen, der für den persönlichen Kontakt zwischen Parlamentariern über die Fraktionsgrenzen hinaus und zwischen Abgeordneten und Journalisten große Bedeutung hatte. Zum Parlamentsalltag gehörte also von Anfang an die intensive Beteiligung der Öffentlichkeit an den Debatten, so dass eine intensive Interaktion zwischen dem Parlament und dem außerparlamentarischen Raum entstand. Dazu trugen die publizierten Parlamentsprotokolle bei. Hinzu kamen zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften sowie die sogenannten „Interpellationen“ der Abgeordneten über die ihnen aus den Wahlkreisen zugetragenen Probleme und Reaktionen der Bevölkerung. Ebenso wichtig wurden die zahlreichen „Petitionen“, die jeden Tag aus allen Teilen Deutschlands in Frankfurt eingingen und einen Eindruck von den Konflikten und Debatten in ganz unterschiedlichen Teilen der deutschen Gesellschaft vermittelte.

Den Alltag des einzelnen Abgeordneten bestimmten daher nicht allein die Plenarsitzungen, sondern ebenso die Arbeit in der Fraktion oder in einem der Ausschüsse, die Mitgliedschaft in einem der zahlreichen Vereine und der tägliche Meinungsaustausch in den über Frankfurt verteilten Clubs.

Faktionen und Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung 1848



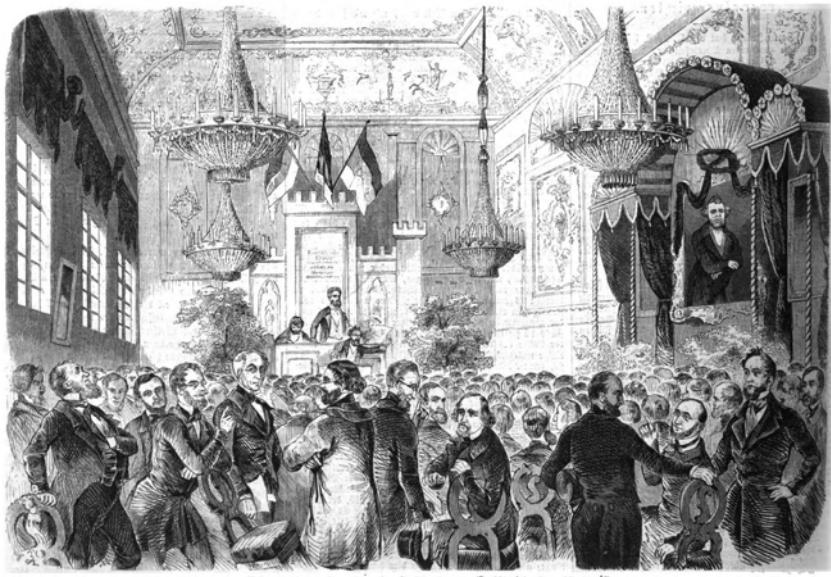
Quelle: Eigene Darstellung nach © Deutsches Historisches Museum, Lithografie nach Paul Bürde

Viele Parlamentarier verfassten nicht nur Artikel für die politische Presse, sondern eigene Rechenschaftsberichte für ihre Wahlkreise. All das trug entscheidend zu einer über die Nationalversammlung hinausweisenden gesamtgesellschaftlichen Politisierung und Bewusstseinsbildung bei.

Wandzeitungen, Flugschriften, Karikaturen, Satiiren und Lieder ließen Nachrichten, Kommentare und Meinungen auch über die städtischen Zentren hinauswirken. So konnten seit März 1848 viele Männer und Frauen auch jenseits der bürgerlichen Eliten die Ereignisse verfolgen und eigene Meinungen formulieren. Wahllokal, Parlamentsplenum, Redaktion und Straße waren keine voneinander getrennten Räume der Revolution, sondern vielfältig miteinander verknüpft. Seit März 1848 entwickelte sich in wenigen Monaten in Ansätzen ein nationaler Raum der Politik, der die Grenzen der politischen Kulturen der Einzelstaaten vielfach überwand.

Kommunikation und Selbstorganisation: Vereine und Medien, Stadt und Land

Politik war also nicht allein eine Sache der Parlemente in Frankfurt, Berlin, Wien oder anderen deutschen Hauptstädten. Schon die Berliner Märzkämpfe hatten die Auseinandersetzung zwischen Staat, Militär und Gesellschaft im öffentlichen Raum demonstriert. Die im Volkspark Friedrichshain bestatteten Märzgefallenen bewiesen, dass die Revolution nicht in einer parlamentarischen Legalisierung aufging. Die Opfer der Straßenrevolution waren Männer, Frauen und Jugendliche, Gesellen und Lehrlinge, Handwerker, kleine Selbständige, Arbeiter und Bauern, Anwälte, Lehrer und Journalisten. In der nachträglichen konservativen Deutung von 1848/49 erschien die Revolution



Eine Sitzung des „Centralmärzvereins“ am 6. Mai 1849 in Frankfurt am Main. Der Verein dient als Dachorganisation demokratischer Vereine und nimmt viele Funktionen einer modernen Partei vorweg.

mit Blick auf diese Auseinandersetzungen als „tolles Jahr“. Doch unterschlug diese Formulierung die Vielfalt der Orte und Medien der Revolution und reduzierte sie auf eine von Gewalt geprägte Ausnahmesituation. Nach deren Ende gelte es, die demagogisch verführten Volksmassen wieder in die Normalität eines politischen Ausgangszustands zurückzuführen.

Im Gegensatz zu dieser Deutung bedeutete die Revolution aber eine neuartige Erfahrung des Politischen, die nicht in regierungsamtlicher Staatskunst und Polizeiaktionen gegen angeblich undisziplinierte Volksmassen aufging. Seit März 1848 hatten viele Deutsche gerade auch in spontanen Protesten und organisierten Volksversammlungen erlebt, wie sich der „Volkswille“ und der Anspruch auf Volkssovereinheit artikulieren ließ. Das setzte sich in zahlreichen Vereinen, persönlichen Netzwerken und einer Welle von Petitionen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln fort. 1848/49 erscheint vor diesem Hintergrund als entscheidender Impuls für die Entwicklung lokaler Organisationen, von Vorformen von Parteien, Gewerkschaften und Berufsverbänden. Die Erfahrung, eigene politische und soziale Interessen selbstständig organisieren zu können, prägte die Demokratisierungserfahrung im Alltag. Dazu gehörte auch die Drohung radikaler Demokraten mit der Einführung der Republik oder der möglichen Gewaltanwendung. Dennoch lässt sich diese Politisierung nicht allein auf Gewalt reduzieren, wie das viele Liberale in ihrer Angst vor einer Entgleisung der Revolution immer wieder taten.

Eine entscheidende Rolle für diese Politisierung außerhalb der Parlamente spielte die Vereinskultur, die sich bereits im Vormärz ausdifferenziert hatte und die durch die seit März 1848 gewährte Versammlungsfreiheit einen enormen Schub erfuhr. Das galt ganz besonders für Frauen, auf die sich die gewährte Versammlungsfreiheit im politischen

Raum ausdrücklich auch erstreckte. So konnten sie außerhalb der Parlamente, die für sie verschlossen blieben, wichtige politische Erfahrungen sammeln. Doch zugleich vertiefte dieser Prozess auch die ideologischen Spannungen. Das zeigte sich beim Blick auf die Unterschiede zwischen Stadt und Land. Häufig übersehen, spielten Bauern in vielen deutschen Regionen im Frühjahr 1848 eine sehr aktive Rolle. Sie wandten sich gegen die letzten feudalen Relikte aus der „alten“ Welt der mittelalterlichen Ständesellschaft. Ihre kollektiven Protestformen waren häufig vormodern und oft regional oder lokal begrenzt. Für die Agrargesellschaft bedeutete die Revolution zunächst einen großen Erfolg, da die Bauern nun persönlich frei wurden. So schloss die Revolution die vielerorts noch unvollkommene Bauernbefreiung ab, traditionelle Abgaben und adlige Privilegien etwa bei Jagd und Waldnutzung wurden abgeschafft.

Der Beginn der Revolution demonstrierte aber auch die Unterschiede zwischen Bauern und bürgerlichen Oppositionellen. Im Frühjahr 1848 verstanden die Odenwälder Bauern unter der „Pressfreiheit“ das Ende feudaler Strukturen, während die Heidelberger Studenten damit die Aufhebung der Pressezensur verbanden. Nachdem sie ihre wichtigsten Ziele erreicht hatten, zogen sich die Bauern nicht einfach aus der Revolution zurück, aber die bäuerliche Opposition und die Volksbewegungen in den Städten blieben doch weitgehend getrennt voneinander. Dabei spielten unterschiedliche Vorstellungen von Gesellschaftsordnungen eine entscheidende Rolle, weil die Landbevölkerung zumeist konservativer eingestellt war als die Bevölkerung in größeren Städten.

In den urbanen Zentren – vor allem in den Residenzstädten mit ihrer politischen Infrastruktur aus Parlamenten, Universitäten, Bibliotheken und Redaktionen – differenzierte sich das politische Spektrum nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch aus. Bereits die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen nutzten zur Orientierung das Schema von links und rechts entsprechend der Sitzordnung der Abgeordneten im parlamentarischen Plenum. Auf der äußersten Linken markierten 1848/49 die Anfänge der Arbeiterbewegung. Für sie spielten Gesellenvereine eine große Rolle, weil junge Männer in ihnen ohne eigene parlamentarische Vertretung und relativ isoliert von anderen politischen Gruppen ihre Interessen artikulieren konnten.

Eine besonders intensive Kooperation zwischen parlamentarischen Fraktionen und der außerparlamentarischen Öffentlichkeit entwickelte sich bei den Demokraten durch den „Centralmärzverein“ als Dachorganisation aller demokratischen Vereine. Er erfüllte bereits viele Funktionen einer modernen Partei, indem seine Mitglieder erstmals eine Koordinationsstruktur auf nationaler Ebene schufen. Neben die bürgerlichen Demokraten, die sich in einen gemäßigten und einen radikal republikanischen Flügel aufteilten, traten auf dem rechten Spektrum konstitutionelle Liberale, Vertreter des politischen Katholizismus und Konservative. Gerade

Neuartige Erfahrung des Politischen

Ausdifferenzierung der Vereinskultur

dem politischen Katholizismus und dem Konservatismus gelang es, den Impuls der Revolutionsjahre zu nutzen, um professionelle Organisationsstrukturen aufzubauen. Besonders in Preußen konnten die Konservativen die ländlichen Regionen zu politischen Bastionen ausbauen.

Interessen zu formulieren und durchzusetzen bedeutete häufig, die eigenen Forderungen national einzurahmen. So organisierten sowohl die Anhänger des Freihandels als auch die Fürsprecher von Schutzzöllen nationale Kongresse. Auch Katholikentage und das „Junkerparlament“, die permanent tagende Generalversammlung des konservativen „Vereins zur Wahrung der Interessen des Grundbesitzes und zur Förderung des Wohlstands aller Klassen“ in Preußen, wiesen in diese Richtung.

Widersprüchliche Emanzipationserfahrungen marginalisierter Gruppen

Für zwei Gruppen wurde die Revolution von 1848/49 zu einer entscheidenden Wegscheide für ihre aktive politische Teilnahme in der Öffentlichkeit. Angehörige der jüdischen Bevölkerung und Frauen, die in den Jahrzehnten bis 1848 sozial und politisch weitgehend marginalisiert waren, erfuhren die Revolution als Chance, um ihre Handlungsspielräume zu erweitern – auch wenn diese Erfahrung widersprüchlich blieb.

Einige Jüdinnen und Juden erlebten die Revolution zunächst als eine zwiespältige Erfahrung. So kam es im Frühjahr 1848 zeitlich parallel zu den politischen Aufbrüchen zu einer Welle antisemitischer Vorfälle. In einzelnen süddeutschen Gemeinden wie Tauberbischofsheim wurden Jüdinnen und Juden gezwungen, ihr Ortsbürgersrecht aufzugeben. Anderorts kam es zu Plünderungen jüdischer Häuser und Betriebe. Diese Vorfälle standen in der Tradition früherer antisemitischer Ausschreitungen wie der „Hep-Hep-Krawalle“ von 1819 oder einer Reihe von Pogromen 1830.

Gleichzeitig enthielten die Märzforderungen 1848 das Ziel, alle Religionsgemeinschaften gleichzustellen. Entsprechend erhielten jüdische Männer das Wahlrecht für die deutsche Nationalversammlung, und die meisten deutschen Staaten führten die Gleichstellung der jüdischen, männlichen Bevölkerung schrittweise ein. Entsprechend traten Juden in der Revolution als aktiv Handelnde und oft auch als politische Führer auf. Nicht weniger als 19 Abgeordnete der Paulskirche waren jüdischer Abstammung, davon 11 Getaufte. Auch ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Märzgefallenen in Berlin und in der Führung der Wiener Revolution waren Juden. Mit dem Kölner Sozialisten Andreas Gottschalk (1815–1849) und dem Arbeiterführer Stephan Born (1824–1898) übernahmen zwei prominente Juden auf der Seite der radikalen Demokraten wichtige Funktionen. Obwohl die meisten dieser Maßnahmen zur Judenemanzipation zu Beginn der

sogenannten Reaktionszeit, in der nach der Niederschlagung der Revolution von 1848/49 die nationale Bewegung unterdrückt und politische Rechte zurückgenommen wurden, zum Opfer fallen sollten, wirkte die Erfahrung der aktiven Teilnahme fort. So schuf die Revolution so zuvor nicht existierende Handlungsspielräume für die jüdische Bevölkerung. Das galt vor allem für die Städte, während sich in vielen ländlichen Regionen antisemitische Vorfälle fortsetzen.

Auch Frauen konnten sich im Zuge der Revolution eigene Handlungsräume schaffen, was sich unter anderem an ihrer Teilnahme an politischen Versammlungen, Demonstrationen in der Öffentlichkeit und in politischen Vereinen zeigte. Das demokratische Wahlrecht verstand die weit überwiegende Mehrheit der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen jedoch als reines Männerwahlrecht und das Frankfurter Vorparlament schloss Frauen sogar demonstrativ als Zuschauerinnen aus. Die einzige weibliche Figur in der Frankfurter Paulskirche war die überlebensgroße Skulptur einer Germania an der Stirnseite des Plenums. Der demokratische Volksverein von Heidelberg stellte immerhin eigene Tribünen für Besucherinnen auf, und in vielen Sälen von Kommunalräten traten im Zuge der Revolution erstmals Frauen auf.

Die Revolution mochte den Frauen keine eigenen Rechte bringen, aber sie öffnete doch zumindest teilweise den bislang männlich dominierten Raum. So spielten Frauen in Umzügen eine aktive Rolle, etwa wenn zeitgenössisch so bezeichnete „Ehrenjungfrauen“ als Ehrengäste für einen besonderen Gast mit schwarz-rot-goldenen Schärpen auftraten oder Frauen selbstgestickte Banner an die Einheiten von Bürgerwehren überreichten. Aktiv wurden Frauen etwa bei der Organisation von Einkaufsboykotten, um deutsche Gewerbe vor Importwaren zu schützen. Schon im April 1848 wurde in Karlsruhe ein „Frauenverein zur Unterstützung des deutschen Gewerbefleißes“ gegründet, der Geld für den Aufbau einer deutschen Flotte sammelte.

»**Vergessen Sie bei der Organisation der Arbeit die Frauen nicht!**«
(↗ s. 38)

i Frauen, Fahnen und Bürgerwehren

[...] Eine weitere Möglichkeit, sich für die Revolution zu engagieren und das bestehende Geschlechterverhältnis zu akzeptieren, boten die ausgesprochen beliebten Fahnenweihen. Dabei stckten die meist bürgerlichen Frauen für die überall entstehenden Bürgerwehren Fahnen, die diesen dann in feierlichen Prozessionen überreicht wurden. Die Organisation lag dabei vollständig in den Händen von Frauen, wobei sich ihnen „für ein paar Stunden Türen zu Räumen [öffneten], die lange der bürgerlich-männlichen Öffentlichkeit vorbehalten gewesen waren“, etwa Rathäuser oder Bürgergesellschaften. Auch hierbei lernten Frauen das Agieren in der Öffentlichkeit kennen und schätzen. Zusätzlich konnten sie sich mit Schwestern im Geiste vernetzen und damit die Grundvoraussetzung für weitere politische Frauenarbeit schaffen. [...]

Kerstin Wolff, „Frauen und die Revolution. 1848 als Frauenaufbruch“, Aus Politik und Zeitgeschichte, „1848/49“ (7–9/2023). Online: www.bpb.de/518140.

Frauen und die Revolution von 1848/49

„Aber als Schmach empfand ich es doch, daß Frauen nach wie vor von politischen Versammlungen ausgeschlossen waren“, schrieb die Schriftstellerin und Lyrikerin Louise Otto 1848 über die Damengalerie in der Paulskirche, von der aus Frauen die Parlamentssitzungen verfolgen durften. Die Enttäuschung saß tief: Sie konnte weder einen Abgeordneten für die Paulskirche wählen noch konnte sie selbst als Abgeordnete einziehen.

Bis heute wird die Geschichte der Demokratie, die zu Recht auch mit der Revolution von 1848 verknüpft wird, häufig auf mutige Männer und ihre Taten verkürzt. Es sind vorzugsweise Revolutionäre, Parlamentarier und angehende Politiker, an die erinnert wird, wenn es um die Demokratiegeschichte im 19. Jahrhundert geht. Die „Männerzentriertheit“ von Revolutions- und Demokratieerzählungen beschränkt sich allerdings nicht auf die Ereignisse um 1848. Die Historikerin Hedwig Richter hat darauf hingewiesen, dass auch und gerade demokratische Staaten dazu neigen, alle Revolutionen als ihr Erbe zu zelebrieren. „Der zentrale Topos eines globalen Demokratienarrativs lautet: Demokratiegeschichte ist ein revolutionärer Kampf von unten gegen oben, und es liegt auf der Hand, dass diese Geschichte in aller Regel eine Männergeschichte ist.“ [...]

Der Barrikadenkampf scheint ein typisch männlicher Revolutionsort zu sein. Schließlich wird hier mit Waffengewalt verteidigt, und Waffen gelten als ein männliches Werkzeug. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich aber, dass auch Frauen auf den Barrikaden waren. So kämpften Frauen auf den Barrikaden in Dresden und Berlin, und auch die Festung in Rastatt wurde gemeinsam von Männern und Frauen verteidigt. [...]

Besonders „aufregend“ und grenzensprengend waren Frauen, die sich entschlossen, mitzukämpfen oder Kampfhandlungen zu unterstützen. So beteiligte sich in Baden etwa Amalie Struve am sogenannten Heckerzug und erlebte auch das Gefecht auf der Scheideck bei Kandern. Sie versuchte zusammen mit ihrem Mann Gustav, beim sogenannten Struve-Putsch eine Republik auszurufen, was misslang, wurde verhaftet und musste im Freiburger Turm einsitzen. Das hielt sie allerdings nicht davon ab, sich 1849 der badischen Revolutionsarmee anzuschließen, die vom preußischen Militär aufgerieben und in der Festung Rastatt eingeschlossen wurde, wo sie schließlich am 23. Juli 1849 kapitulieren musste. Es waren nicht viele Frauen, die sich Kampfhandlungen zutrauten, und auf ihre Sonderposition innerhalb der Revolution ist immer wieder hingewiesen worden. [...]

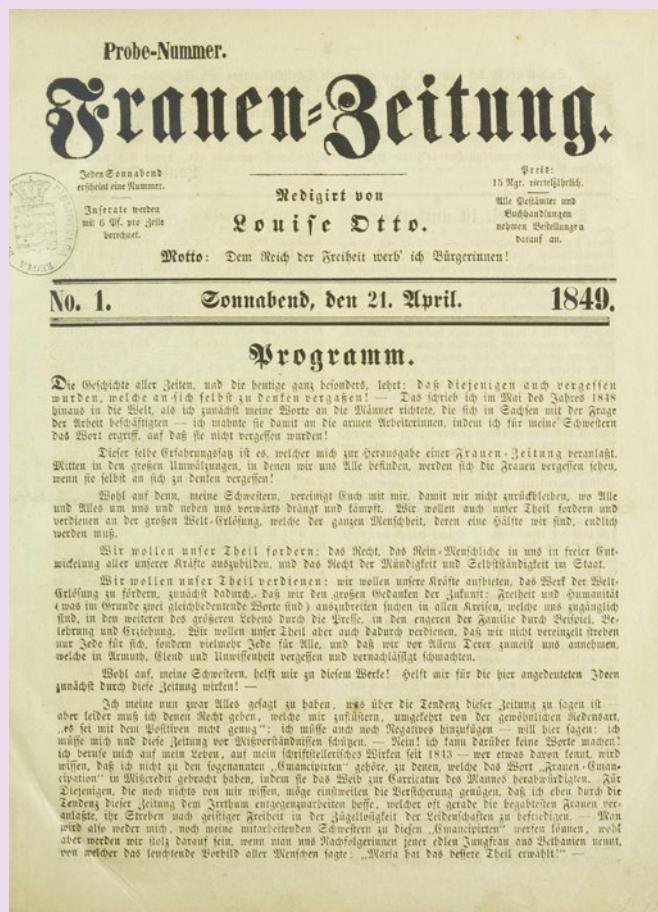
Obwohl diese Frauen Ausnahmen waren, sollte ihre Bedeutung für die revolutionären Ereignisse auf einer symbolischen Ebene nicht unterschätzt werden. Ihre Handlungen dienten auf der einen Seite der Reaktion als warnendes Beispiel dafür, dass eine Frau durch die Beschäftigung mit Politik für ihren angestammten Beruf, nämlich Ehefrau und Mutter zu sein, nicht mehr infrage komme. Auf der anderen Seite befeuerten solche Aktivitäten aber auch die Hoffnungen bei denen, die sich nicht nur eine Veränderung der Staatsform wünschten, sondern auch andere Geschlechterrollen. Dazu gehörten durchaus auch manche Männer. [...]

Vereine, gesellschaftliche Zusammenschlüsse und Parteien waren sowohl im Vorfeld als auch während und nach

der Revolution wichtige politische Orte. Deshalb ist es nicht weiter erstaunlich, dass auch Frauen während der Revolution Vereine gründeten. Einer der wichtigsten und bekanntesten dürfte der von Kathinka Zitz gegründete Mainzer Frauenverein Humania gewesen sein. Der Verein wollte politisch Verfolgte unterstützen, Verwundete pflegen und Geld sammeln, um weitere Waffen zu kaufen. Trotz und vielleicht auch gerade wegen dieses klar politischen Programms war die Beteiligung an der Gründungsversammlung am 17. Mai 1848 enorm. Viele Frauen fühlten sich angesprochen, vermutlich auch deshalb, weil Zitz es verstand, ihnen eine Möglichkeit aufzuzeigen, die Revolution zu unterstützen, ohne ihren angestammten Platz in der Gesellschaft völlig aufgeben zu müssen, da die Ziele des Vereins mit der bürgerlichen Frauenrolle in Einklang zu bringen waren. [...]

Durch diese Vereinsgründungen eroberten Frauen den öffentlichen Raum. Sie überschritten damit die ihnen zugesprochene Sphäre und begannen, als Staatsbürgerinnen zu handeln. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass diese Erfahrung bei einigen der Frauen dazu führte, dass sie sich auch in den zahlreichen Frauenvereinen engagierten, die ab den 1860er Jahren entstanden. [...]

Die revolutionären Erhebungen der 1830er und vor allem der 1840er Jahre sind ohne die Entwicklung einer freieren



Titelblatt der ersten Ausgabe der „Frauen-Zeitung“, 21. April 1849. Ihre Herausgeberin Louise Otto ruft im ersten Leitartikel zur aktiven Mitwirkung auf.



Die Aktivität von Frauen in den Parlamenten und politischen Clubs (den Vorformen der heutigen Parteien) ist auf das Zuschauen und Kommentieren von der Galerie aus beschränkt, hier in der Darstellung befindet sich die „Frauengalerie“ oben rechts.

Presselandschaft nicht denkbar. Und so steht neben der Forderung nach einer Verfassung, nach Vereins- und Versammlungsfreiheit vor allem die Idee der Pressefreiheit. [...]

In dieser Medienrevolution kam es sowohl zum Aufbruch von Frauen als Herausgeberinnen eigener Zeitungen als auch zu Debatten um die Frauenfrage in der allgemeinen Presse. Das bekannteste Beispiel einer solchen Debatte ist in den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ nachzulesen. 1843 reagierte die damals bereits bekannte Louise Otto auf einen dort erschienenen Artikel des Demokraten und Publizisten Robert Blum, der in seinem Beitrag „Über die Theilnahme der weiblichen Welt am Staatsleben“ nach der politischen Partizipation von Frauen fragte und sich von seinen Lesern und Leserinnen wünschte, darüber in der Zeitschrift zu debattieren. Neben Louise Otto, die sich für eine selbstverständliche Teilnahme von Frauen am Staatsleben aussprach und damit auch das Frauenwahlrecht meinte, antworteten noch andere Frauen und ein Mann, meist anonym, die sich ebenfalls für ein politisches Engagement von Frauen aussprachen. Daraus ist zu folgern, „daß Frauen die politische Aufbruchstimmung im Vormärz nutzten und sich in den öffentlichen Kommunikationsprozeß einmischten“.

Noch deutlicher wird diese weibliche Einmischung, wenn man die vier eigenständigen Frauenzeitschriften dieser Zeit bedenkt. Diese waren die „Frauen-Zeitung“ von Mathilde Franziska Anneke, die im September 1848 das erste Mal erschien und nur zwei Nummern umfasste; ferner „Der Freischärler“, herausgegeben von Louise Aston, der es 1848 immerhin auf sechs Nummern brachte; die „Soziale Reform“ von Louise Dittmar, die zwischen Januar und April 1849 erschien; und schließlich die „Frauen-Zeitung“ von Louise Otto, die zwischen 1849 und 1852 erscheinen konnte. In Letzterer publizierten übrigens auch Männer. Louise Otto begründete dies damit, dass es nicht darum gehen könne, ein Blatt nur für Schriftstellerinnen aufzubauen. Vielmehr gelte es,

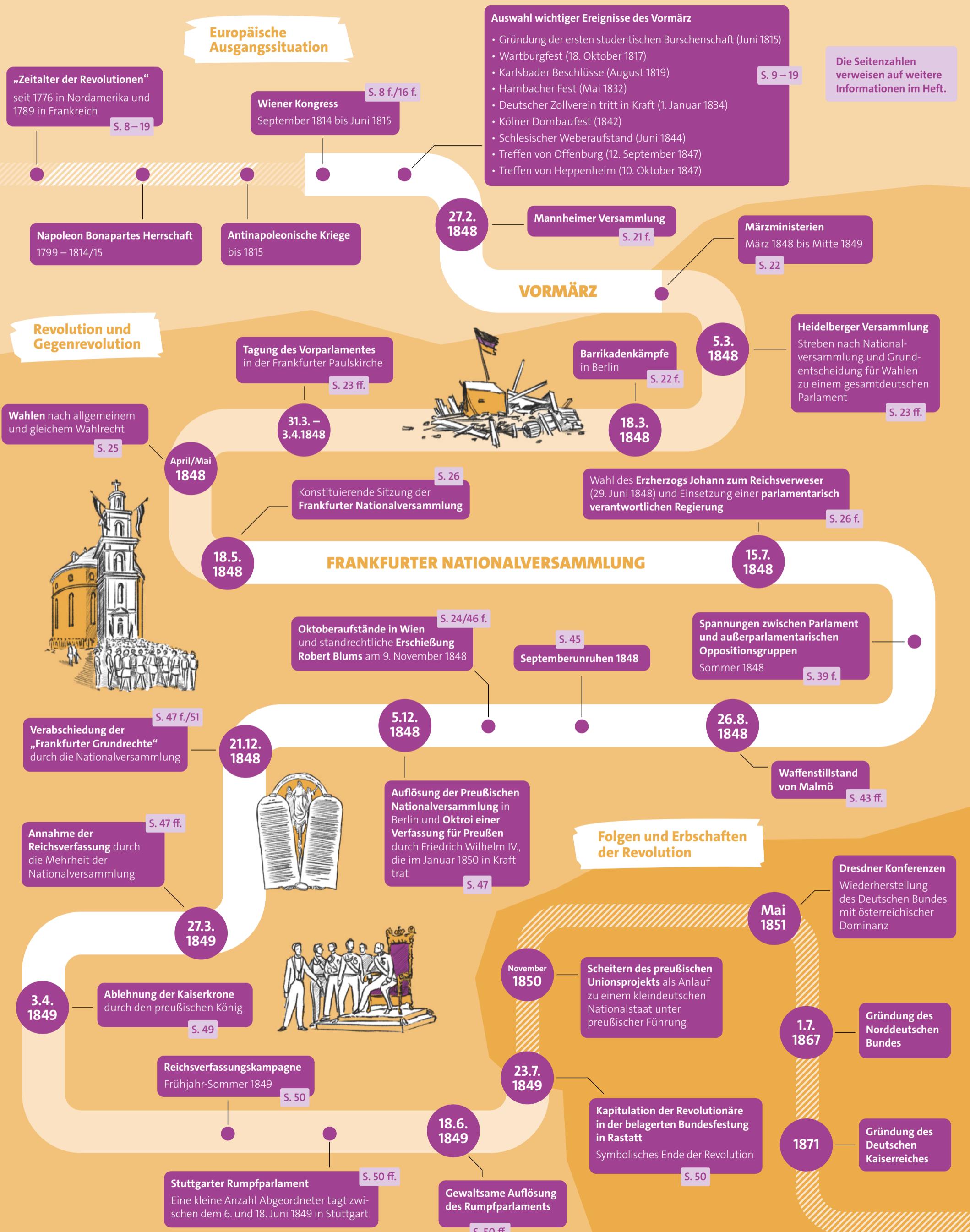
Frauenrechte zu verteidigen, und dies könne tun, „wer es will und kann“. [...] Sie setzte zuversichtlich auf die Unterstützung von liberalen und fortschrittlichen Männern – eine Unterstützung, die jedoch nicht immer gewährt wurde.

Die Frauenzeitungen der 1840er und beginnenden 1850er Jahre wurden alle verboten. Bis auf die „Frauen-Zeitung“ von Louise Otto konnten sie nur wenige Nummern lang erscheinen, bevor sie eingestellt werden mussten oder die Herausgeberinnen durch Ausweisung oder Flucht an der weiteren Veröffentlichung gehindert wurden. Trotzdem sind diese Publikationen wichtige Zeugnisse eines erwachenden weiblichen politischen Bewusstseins. [...]

Nicht viele Frauen standen 1848 auf den Barrikaden, nahmen ein Gewehr in die Hand oder schwangen den Regenschirm. Nicht viele gaben Zeitungen heraus, schrieben Erinnerungen oder beteiligten sich am Briefnetzwerk der Achtundvierziger. Und auch nicht alle gründeten Vereine, sammelten Geld für die Hinterbliebenen oder stickten Fahnen für den Freiheitszug. Aber es gab sie, sie waren öffentlich wahrnehmbar, über sie wurde – bewundernd oder ablehnend – gesprochen, und sie zeigten deutlich auf, dass es viele Wege gab, sich politisch zu engagieren. Die Erfahrungen, die diese Frauen in der Revolution von 1848 machten, trugen reichlich Früchte. Denn in den 1860er Jahren gründete die ehemalige Revolutionärin Louise Otto-Peters in Leipzig den Allgemeinen Deutschen Frauenverein und stieß damit die organisatorische Phase der bürgerlich-liberalen Frauenbewegung an. Überspitzt gesagt: Das vielfältige weibliche Engagement in den 1840er Jahren hatte die Gründung der Frauenbewegung vorbereitet – der Kampf um die weibliche Seite der Demokratie ging in eine neue Runde.

Kerstin Wolff, „Frauen und die Revolution. 1848 als Frauenauftakt“, Aus Politik und Zeitgeschichte, „1848/49“ (7–9/2023). Online: www.bpb.de/518140.

Die Revolution von 1848/49



Antijüdische Gewalt und „Hep-Hep-Krawalle“ 1815–1820

Es war das Jahr 1815, der Wiener Kongress war gerade zu Ende gegangen. Die Erinnerung an die Schrecken der Französischen Revolution und der napoleonischen Kriege waren noch nicht verblasst, doch die Fürsten Europas hatten die alte monarchische Ordnung wiederhergestellt – so auch die Machthaber im Deutschen Bund. Alle nationalen, liberalen und demokratischen Ideen sollten künftig im Keim erstickt werden. [...]

Die Unruhen begannen am 2. August 1819 in Würzburg. Ein Mob jagte jüdische Mitbürger durch die Straßen, plünderte und zerstörte deren Geschäfte und Wohnungen. Dabei stachelten die Gewalttäter mit dem Hetzruf »Hep, Hep« die Stimmung an. Es dauerte mehrere Tage, bis das bayerische Militär die Lage in den Griff bekam. Viele jüdische Familien waren inzwischen aus der Stadt geflohen.

Die Ausschreitungen in Würzburg waren nur der Anfang. In den nächsten Wochen sprangen die Unruhen auf weitere Städte des Deutschen Bundes über. Es gibt Berichte über Pogrome in Frankfurt am Main, Graz, Wien und Prag. Ende August erreichten die so genannten Hep-Hep-Krawalle auch Hamburg, Kopenhagen und Amsterdam. Die Gewalttaten gingen einher mit der Verbreitung von antisemitischen Schriften und Flugblättern.

Zum ersten Mal seit dem Mittelalter wurden Jüdinnen und Juden in überregionalen Unruhen gewaltsam verfolgt. Aber warum gerade 1819? Wenige Jahre zuvor waren Gesetze erlassen worden, die so genannten Judenedikte. Sie entstanden aus den Maximen der Französischen Revolution, in deren Folge die Juden immer mehr als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt wurden. Nun sollten ihnen auch per Gesetz die Gewerbefreiheit, Niederlassungsfreiheit und das Wahlrecht gewährt werden.

Es war denn auch das Bayerische Judenedikt von 1813, das die Unruhen in Würzburg entzündete. Die Stadt am Main war lange ein Fürstbistum, in dem es Juden bis Anfang des 19. Jahrhunderts verboten war, sich niederzulassen. Als Würzburg 1814 seine Eigenständigkeit verlor und die Stadt zu Bayern kam, galt nun auch dort das Bayerische Judenedikt. Sehr zum Missfallen der christlichen Kaufleute und Würzburger Bürger, die gezielt antijüdische Stimmungsmache betrieben. Mit den Hep-Hep-Unruhen – nicht nur in Würzburg – wollten die Stadtbürger also den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der jüdischen Bevölkerung und deren politische Gleichberechtigung bekämpfen.

Noch im August trafen sich Diplomaten und Minister der Staaten des Deutschen Bundes zu Beratungen im böhmischen Karlsbad. Sie nutzten die Gewaltausbrüche, um im Eilverfahren ein riesiges Überwachungspaket zu verabschieden: die Karlsbader Beschlüsse. Obwohl sich die Pogrome nicht gegen die staatlichen Instanzen richteten, wurden sie als Begründung vorgeschenken, dass eine mögliche Revolte gegen den Staat verhindert werden müsse.

Kurz darauf fanden die Hep-Hep-Unruhen ein Ende – und mit ihnen stagnierte die Emancipation und rechtliche Beserstellung der jüdischen Bevölkerung für einige Jahrzehnte. Langfristig änderte sich das erst wieder in der zweiten Hälfte

des 19. Jahrhunderts, etwa als es 1867 zum Ausgleich der Habsburger Monarchie mit Ungarn kam und die Doppelmonarchie gegründet wurde. Ebenso wurde erst mit der deutschen Reichsgründung 1871 die Gleichstellung der Juden gesetzlich verankert.

Statt den Status der Juden im Deutschen Bund zu stärken, hatten die Machthaber die unübersichtliche Lage genutzt, um die monarchische Ordnung zu festigen. Die Hep-Hep-Unruhen von 1819 bereiteten zudem den Boden für den ausgeprägten Antisemitismus des 19. Jahrhunderts in Deutschland. „Hep, Hep“ – wofür diese Worte stehen, ist unklar. Es wird vermutet, dass es sich um eine verkürzte Kreuzfahrtparole oder eine Abkürzung für »Hebräer« handelt. Das grimmische Wörterbuch liefert die Erklärung, dass mit dem Ruf Zugtiere angetrieben wurden. Sicher ist: „Hep, Hep“ ist keine harmlose Äußerung, sondern ein Spott- und Hetzruf gegen die jüdische Bevölkerung während der Verfolgungen von 1819.

Richard Hemmer und Daniel Meßner, „Kleine Geschichte des Hep-Hep-Pogroms, das zur Unfreiheit aller führte“, Spektrum der Wissenschaft vom 30. Juni 2021. Online: www.spektrum.de/kolumne/hemmer-und-messner-erzaehlen-ueber-die-hep-hep-unruhen/1889914



Zeitungsbereich über die Ereignisse in Heidelberg vom 31. August 1819

[...] Zwischen 7 und 8 Uhr des Abends zogen Schaaren von Hepmännern gegen die Judenwohnungen, durchbrachen mit Aexten, Brecheisen und ähnlichen Instrumenten bewaffnet, an mehreren derselben die Fenster, Läden und Thüren, und drangen so, da sie zu dieser Operation fast drei Stunden lang vollkommen Muße hatten, in die Häuser selbst, wo sie alles, was sie vorfanden, plünderten oder zerschlugen, alles in verschlossenen Pulten vorräthige Geld raubten, Papiere zerrissen, Bette zerschnitten und eine solche Zerstörung anrichteten, daß fast die ganze Straße von Bettfedern, Trümmern der Möbeln und dergleichen gefüllt war. Keine verhindernde Maaßregel von Seiten der Polizey oder der noch dazu gerade bewaffneten Bürgergarde war bis nach gestilltem Lärm im entferntesten zu sehen und so hätten denn sicher alle jüdischen Häuser ein gleiches Schicksal tragen müssen, wäre nicht plötzlich, als bereits drey ausgeplündert und bey einem vierten der Versuch gemacht worden, eine ungewöhnliche Hülfe gekommen. Die Studierenden der hiesigen Universität waren es nämlich, welche bewaffnet mit Hiebern, Säbeln oder Rapieren [Hieber und Rapiere sind spezielle Fechtwaffen], die Räuber augenblicklich zerstreuten, diejenigen, deren sie habhaft werden konnten, der städtischen Behörde überliefernten und so die Juden vor fernerer Mißhandlung, die Bürger vor größerer Schande, den Magistraten vor höherer Verantwortlichkeit sicherstellten.

Rheinische Blätter Nr. 139 vom 31. August 1819, S. 579. Online: digipress.digitale-sammlungen.de/view/bsb10502384_00173_u001?page=2,3

Über die politische Prägung traditioneller Wohlthätigkeit wie Handarbeiten, Schmuckspenden und Geldsammlungen hinaus bot die Revolution noch andere Möglichkeiten der politischen Aktivität jenseits der Parlamente, so etwa durch die demonstrative Unterstützung von Revolutionsflüchtlingen und Kämpfern. Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür bot die Biographie von Emma Herwegh (1817–1904). Als im März 1848 in Deutschland die Revolution ausbrach, beteiligte sie sich an der von ihrem Ehemann, dem Dichter Georg Herwegh (1817–1875), aufgestellten Pariser Deutschen Legion. Sie wirkte als Kundschafterin und reiste mehrfach aus dem Elsass nach Baden, um dort die Unterstützung der badischen Aufständischen zu organisieren.

Eine weit über 1848/49 hinausweisende Rolle spielten Frauen in der Publizistik. Viele Frauen publizierten Artikel, entwickelten über private Korrespondenzen eigene persönliche Netzwerke und beteiligten sich an Petitionen. Mathilde Anneke (1817–1884) trat nach ihrer als Demütigung empfundenen Scheidung von ihrem ersten Mann in den Jahren vor 1848 als politische Publizistin auf. Nach der Heirat mit dem radikalen Demokraten Fritz Anneke (1818–1872) warb sie bereits 1847 in der Schrift „Das Weib im Konflikt mit den sozialen Verhältnissen“ für die konsequente Gleichberechtigung. 1848 gab sie zunächst zusammen mit ihrem Mann die „Neue Kölnische Zeitung“ und die „Frauenzeitung“

heraus. Ebenfalls gemeinsam mit ihrem Mann nahm sie 1849 am badischen Aufstand teil und floh mit ihm aus der belagerten Festung Rastatt in die Vereinigten Staaten, wo sie weiter als Journalistin arbeitete.

Auch Louise Otto-Peters' (1819–1895) Wirken gehörte in diesen Zusammenhang. Durch ihre Publikationen war sie bereits vor 1848 für viele Demokraten und Arbeiter zu einer bekannten Publizistin geworden. In ihrer 1847 veröffentlichten Gedichtsammlung „Lieder eines deutschen Mädchens“ widmete sie sich sozialkritischen Themen und der Hoffnung auf einen politischen und sozialen Aufbruch der demokratischen Bewegung des Vormärz. In einem 1847 von Robert Blum herausgegebenen „Volkstaschenbuch“ forderte sie die aktive Teilnahme von Frauen an der Politik und formulierte konkrete Ziele für eine selbst organisierte Frauenbewegung, zu der die politische und soziale Gleichberechtigung und der bessere Zugang von Mädchen und Frauen zu Erziehung und Bildung gehörten. Während der Revolution selbst organisierte Louise Otto-Peters Versammlungen, in denen sie über die soziale Situation von Arbeiterinnen aufklärte. 1849 gab sie die „Frauen-Zeitung“ heraus, die unter dem Motto „Dem Reich der Freiheit werb ich Bürgerinnen!“ stand. Obwohl ihre Arbeit durch Zensur und Hausdurchsuchungen immer stärker behindert wurde, wirkte der Aufbruch von 1848/49 weiter.

Frauen in der politischen Kultur 1848/49



Als „Hep-Hep-Krawalle“ werden die antijüdischen Ausschreitungen der Jahre 1815 bis 1820 bezeichnet.
Diese Radierung von 1819 zeigt Übergriffe in Frankfurt am Main.



Adresse eines Mädchens, an den hochverehrten Herrn Minister Oberländer, an die durch ihn berufene Arbeiter-Commission und an alle Arbeiter



Ein späteres Porträt der Schriftstellerin und Frauenrechtlerin
Louise Otto-Peters (geb. Otto), 1883

[...] Meine Herren! mißverstehen Sie mich nicht: ich schreibe diese Adresse nicht trotzdem, daß ich ein schwaches Weib bin – ich schreibe sie, weil ich es bin. Ja, ich erkenne es als meine heiligste Pflicht, der Sache derer, welche nicht den Muth haben, sich selbst zu vertreten, vor Ihnen meine Stimme zu leihen! Sie werden mich auch deshalb keiner Anmaßung zeihen können, denn die Geschichte aller Zeiten hat es gelehrt und die heutige ganz besonders, daß diejenigen, welche selbst an ihre Rechte zu denken vergaßen, auch vergessen wurden. Darum will ich Sie an meine armen Schwestern, an die armen Arbeiterinnen mahnen!

Meine Herren – wenn Sie sich mit der großen Aufgabe unsrer Zeit: mit der Organisation der Arbeit beschäftigen, so wollen Sie nicht vergessen, daß es nicht genug ist, wenn Sie die Arbeit für die Männer organisiren, sondern daß Sie dieselbe auch für die Frauen organisiren müssen.

Sie wissen es alle, daß unter den vorzugsweise sogenannten arbeitenden Klassen die Frauen so gut wie die Männer für das tägliche Brod arbeiten müssen. Ich will mich hier nicht dabei aufzuhalten, nachzuweisen, wie, weil die Frauen nur zu wenig Arten von Arbeiten zugelassen sind, die Concurrenz in

denselben die Löhne so herabgedrückt hat, daß wenn man das Ganze im Auge behält, das Loos der Arbeiterinnen noch ein viel elenderes ist als das der Arbeiter. Sie werden es Alle wissen, daß es so ist, und wenn Sie es noch nicht wissen, so setzen Sie Commissionen auch dafür ein, die es Ihnen werden bestätigen müssen. Nun kann man zwar sagen: wenn die Männer künftig besser als jetzt bezahlt werden, so können sie auch besser für ihre Frauen sorgen und diese sich der Pflege ihrer Kinder widmen, statt für Andere zu arbeiten. Einmal fürcht' ich, wird das Loos der arbeitenden Klassen nicht gleich in diesem Maße verbessert werden können und dann bleibt immer noch die große Schaar der Wittwen und Waisen, auch der erwachsenen Mädchen überhaupt, selbst wenn wir die Frauen und Mütter ausnehmen. Ferner heißt dies aber auch, die eine Hälfte der Menschen für Unmündige und Kinder erklären und von der andern gänzlich nur abhängig machen. Es heißt dies, um es gelind herauszusagen, die Sittenlosigkeit, das Verbrechen begünstigen: Ein Mädchen, das ihr Dasein als Arbeiterin nur kümmerlich fristen kann, wird ihr ganzes Bestreben darauf richten, einen Mann zu bekommen, durch den sie dieser Sorgen enthoben wird – ist sie schon verderbt, so giebt sie sich aus Berechnung dem ersten besten Mann hin, damit er sie, wenn auch nicht um ihrer selbst, doch um ihres Kindes willen heirathe – oder wenn sie auch nicht so tief gesunken, heirathet sie doch den ersten besten, gleichviel ob sie ihn liebt oder sie zueinander passen. – Auf alle Fälle wird die Zahl der unglücklichen, unmoralisch, leichtsinnig geschlossenen Ehen, der unglücklichen Kinder und der unglücklichsten Proletarierfamilien auf eine bedenkliche Weise gerade dadurch vermehrt, daß das Loos der alleinstehenden Arbeiterinnen ein so trauriges ist. [...]

Meine Herren! im Namen der Moralität, im Namen des Vaterlands, im Namen der Humanität fordere ich Sie auf: Vergessen Sie bei der Organisation der Arbeit die Frauen nicht! [...]

Vergessen Sie auch die Fabrikarbeiterinnen, die Tagelöherinnen, die Klöpplerinnen, die Strickerinnen und Näherrinnen u. s. w. nicht – fragen Sie auch nach ihrem Verdienst, nach dem Druck, unter dem sie schmachten, und Sie werden finden, wie nötig hier Ihre Hilfe ist. [...]

Denken Sie nicht nur daran, wie Sie sich selbst, sondern auch wie Sie Ihren Frauen und Töchtern Brod verschaffen können! – Ich bin gewiß, meine armen Schwestern theilen meine Gefühle, aber ihre Tage gehen so in Not und Stumpfheit dahin, daß sie nicht wagen – wie es die Männer thun – ihre Bitten und Wünsche öffentlich auszusprechen. So habe ich dies allein für sie zu thun gewagt, durch das einzige Mittel, durch das es mir möglich ist, eine Wirkung für das Allgemeine wenigstens zu versuchen – durch die Presse. Ist es mir gelungen, Ihre Aufmerksamkeit auf die Lage der armen Arbeiterinnen gelenkt zu haben, so ist der Zweck dieser Zeilen erreicht.

Louise Otto, „Adresse eines Mädchens“, Der Volksfreund Nr. 70 vom 7. Juni 1848, S. 75–77. Online: www.louiseottopeters-gesellschaft.de/adresse-eines-maedchens



Frédéric Sorrieu (1807–1887) Lithografie „Der Vertrag“ („Le Pacte“, 1848) gehört zu einer Serie mit dem Titel „Die demokratische und soziale Weltrepublik“ und zeigt einen Zug von Menschen unterschiedlicher Nationen, die sich gemeinsam an einem roten Seil als Symbol der „sozialen Republik“ festhalten. Doch gerade die Entwicklung in Frankreich wird für viele bürgerliche Liberale in Deutschland zum Schreckensszenario für eine unkontrollierte sozialrevolutionäre Gewalt.

So gehörte sie 1865 zu den Gründerinnen des Leipziger Frauenbildungsvereins, organisierte die erste deutsche Frauenkonferenz in Leipzig und gründete schließlich den Allgemeinen Deutschen Frauenverein. Er wurde zur ersten wichtigen Frauenrechtsorganisation im Deutschen Reich und setzte sich für das Recht der Frauen auf Bildung, Erwerbsarbeit und den Zugang zur Universität ein.

Ideologische Differenzierungen: Liberale und Demokraten

Der Anspruch, die Rolle des unmündig-passiven Untertanen zugunsten des mündigen Staatsbürgers zu überwinden war eine entscheidende Erfahrung seit März 1848. Hatte der gemeinsame Widerstand gegen die alte Ordnung zunächst die bürgerliche Protestbewegung trotz erkennbarer Spannungen noch zusammengehalten, spaltete sich dieses Lager der Opposition seit dem Frühjahr immer stärker auf. Zumeist aus dem Wirtschafts- und Bildungsbürgertum rekrutiert, setzten sich die Liberalen zwar für bürgerliche Rechtsgleichheit ein, aber im Gegensatz zu Frankreich oder Großbritannien stand für sie nicht ein bürgerlich-kapitalistisches Klassenideal im Vordergrund, sondern das im Vormärz entwickelten Konzept einer letztlich sozialharmonischen Gesellschaft, in der ein Klassenkampf verhindert werden sollte. Die unterbürgerlichen Schichten sollten nicht revolutionär, sondern langfristig durch den Erwerb von Besitz,

Bildung und damit Selbständigkeit in diese Staatsbürgerschaft hineinwachsen. Staatsbürgerliche Rechte durften demnach nicht egalitär und unmittelbar für alle gelten, sondern entsprechend dieser Kriterien nur gestuft. Darüber hinaus traten die Liberalen für einen deutschen Nationalstaat in der Form einer konstitutionellen Monarchie ein. Aus dem Vormärz übernahmen sie trotz der Krisenerfahrungen auch die Hoffnung, mit einem reformbereiten Staat und den Fürsten zusammenzuarbeiten. Dahinter stand das anhaltende, im Verlauf der Revolution immer wieder verstärkte Gefühl vieler Liberaler, von einer Revolution der Straße, sozialer Anarchie und Bürgerkriegsgefahr bedroht zu sein.

Der Schlüsselbegriff der „sozialen Republik“ fasste diese Ängste wirkungsvoll zusammen. Hier wirkte der Blick auf den Terror in Frankreich in den 1790er-Jahren fort. Aber auch der Aufstand der städtischen Arbeiter und Kleinbürger in Paris im Juni 1848 schien wie ein dramatisches Zeichen für die sozialrevolutionären Gefährdungen.

Die Demokraten repräsentierten ein breiteres soziales Spektrum vom Bürgertum bis zu kleinbürgerlichen und proletarischen Gruppen ab. Ihre Mehrheit lehnte eine radikale soziale Revolution unter Anwendung von Gewalt ab, die in den Bedrohungsszenarien der bürgerlichen Liberalen und Konservativen so präsent war. Für viele Demokraten drückte der Begriff der „Republik“ aus, dass politische Herrschaft im Kern durch die Volkssouveränität begründet war und nicht mehr durch den Rückgriff auf einen Primat von Monarchen oder gar das Gottesgnadentum. Politische Mündigkeit und soziale Gleichheit

Beginn der organisierten Frauenbewegung in Deutschland

Ausdifferenzierung des politischen Spektrums



Der Sturm auf das Berliner Zeughaus am 14. Juni 1848 ist ein Ausdruck der Unzufriedenheit insbesondere der Arbeiter und Handwerker mit der politischen Ausrichtung der preußischen Nationalversammlung.

der Staatsbürger waren für sie kein Zukunftsziel, sondern Ausgangspunkt für die Forderung nach einem demokratischen Wahlrecht und einem parlamentarischen System, in dem eine Regierung von der Mehrheit im Parlament abhängig sein sollte und nicht mehr lediglich vom Vertrauen des Fürsten.

Parlamentarische Kompromissbereitschaft und außerparlamentarische Proteste

Einerseits bewies der Verlauf der Revolution, dass die Mehrheit der demokratischen Abgeordneten in der Paulskirche zu weitgehenden Kompromissen fähig war, wie sie in der Arbeit an der Verfassung deutlich wurden. Andererseits nahm außerhalb der Parlamente ab Sommer 1848 die Kritik am Mehrheitskurs der Nationalversammlung zu und eskalierte immer wieder in einzelnen Gewaltaktionen. In Berlin kam es im Sommer 1848 vor dem Hintergrund der Beratungen der Berliner Nationalversammlung für eine eigene preußische Verfassung zu gewaltsamen Widerstandsaktionen gegen die Regierung von Ludolf Camphausen, der von März bis Juli 1848 als preußischer Ministerpräsident amtierte. Die Unruhen gipfelten am 15. Juni im Sturm auf das Berliner Zeughaus, welches das Militär als Depot für Waffen und Munition nutzte. Dahinter stand ein grundsätzlicher Konflikt zwischen der Vereinbarung mit der Krone und dem Prinzip der Volkssouveränität, für das sich insbesondere die Vereine radikaler Demokraten und vor allem die organisierten Arbeiter und Handwerker

stark machten. Auf dem Frankfurter Demokratenkongress vom Juni 1848 erhoben viele Teilnehmer die Forderung nach einer deutschen Republik, verbunden mit der Erwartung, dass diese Variante einer „sozialen Republik“ auch die konkrete Situation der unterbürgerlichen Schichten verbessern werde. Zudem beschlossen die Teilnehmer, einen fünfköpfigen Zentralausschuss in Berlin einzurichten, der als erste Zentrale einer politischen Partei gelten kann. Aus eingezogenen Mitgliedsbeiträgen wurden zum ersten Mal hauptamtliche Funktionäre bezahlt.

Auch der „Handwerker- und Gewerbekongress“, der im Juli und August 1848 tagte, beschäftigte sich intensiv mit der sozialen Frage, auch wenn seine Forderungen deutlich konservativer ausfielen, indem der Kongress den wirtschaftsliberalen Akzenten der Nationalversammlung das Ideal der traditionellen Zünfte entgegenhielt. Der „Allgemeine deutsche Arbeiterkongress“ forderte demgegenüber konkrete Verbesserungen für die Lohnarbeiter durch einen Zehnstdentag, Freizügigkeit, verbesserte Schulbildung sowie durch eine soziale Absicherung gegen Krankheit und Arbeitsunfähigkeit. Die Kontroversen um die Möglichkeit und die Ausgestaltung einer „sozialen Republik“, wie sie in diesen außerparlamentarischen Initiativen und Organisationen erkennbar wurden, verstärkten die Spannungen zwischen der Parlamentsmehrheit und einer außerparlamentarischen Protestbewegung, die zunehmend kritisch auf den nach ihrer Ansicht enttäuschenden Fortgang der Revolution blickte. Diese Entwicklungen zeichneten sich bereits im Sommer 1848 ab, aber sie entwickelten eine konkrete Sprengkraft erst, als die Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung daran gingen, die Forderung nach einem freiheitlich verfassten deutschen Nationalstaat in die Wirklichkeit umzusetzen.



Der preußische Ministerpräsident Ludolf Camphausen im Jahr 1848.



Exkurs: Der deutsche Bauernkrieg

Am 15. Mai 1525 vernichteten fürstliche Heere den von Thomas Müntzer angeführten Bauernaufstand in Bad Frankenhausen. Während Müntzer, ein begabter Redner, noch predigte, brach das kurfürstliche Söldnerheer den vereinbarten Waffenstillstand. Am Abend waren sechs Söldner tot – und 6.000 Bauern ermordet. Martin Luther, Begründer des deutschen Protestantismus, hatte sich auf die Seite der Macht geschlagen und gefordert, dass die Fürsten die Aufständischen „zerschmeißen, würgen, stechen und wie einen tollen Hund erschlagen“.

Bad Frankenhausen gilt gemeinhin als Ende des Bauernaufstands. Aber drei Tage nach dem Massaker in Thüringen eroberte ein großer Bauernaufstand Freiburg. Die Bauernkriege waren dezentral, sie erstreckten sich über zwei Jahre und reichten von Mitteldeutschland über den Bodensee bis Tirol. Die Aufstände hatten keine Anführer – oder eben sehr viele. Sie brachen spontan aus, sie organisierten sich selbstständig, ohne Oberkommando und Zentralkomitee. 300.000 Bauern verließen ihre Höfe und bewaffneten sich. Die Bauernkriege waren die größte Revolte in Europa vor 1789. [...]

Zum Aufstand führten zwei parallele Umwälzungen: die Reformation und der Buchdruck, jene Gutenberg-Revolution, die die Gesellschaft so tief umpflegte, wie es die Digitalisierung im 21. Jahrhundert tut. Die Publikation des von Luther übersetzten Neuen Testaments 1522 auf Deutsch war der erste Bestseller der deutschen Geschichte. Die Luther-Bibel kodifizierte die deutsche Sprache, definierte Deutschland als kulturellen Raum, und demokratisierte ein Herrschaftsinstrument. Die Bauernbewegung, samt ein paar Pfarrern, Handwerkern und Minenarbeitern, schuf 1525 etwas unerhört Neues: eine politische Öffentlichkeit. In diesem für fast alle (Männer) zugänglichen Raum war jener herrschaftsfreie Diskurs möglich, der auch für moderne Demokratien fundamental ist.

[...] Die zwölf Artikel der Bauernbewegung, die unter anderem die freie Wahl der Pfarrer, die Abschaffung der Leib-eigenschaft, Jagdrecht und niedrigere Steuern forderten, wurden zum medialen Ereignis. 25.000 Exemplare wurden in kürzester Zeit gedruckt und in Gasthäusern und auf

Märkten vorgelesen. In einer Gesellschaft mit 90 Prozent Analphabeten war das spektakulär. Wissen wurde demokratisiert, die Zahl der Flugschriften wuchs rasant.

Der Bauernaufstand, so der Kirchenhistoriker Thomas Kaufmann, war „das erste medial angetriebene militärische und politische Großereignis der europäischen Geschichte“. Gewissermaßen – der erste Medienkrieg. Die Rache war extrem blutig. Erzherzog Ferdinand, Bruder des Kaisers, forderte, die Aufständischen „zu erwürgen, zu erstechen, zu verbrennen“, ihre „Höfe und Häuser zu verheeren und verderben“ und „ihre Weiber und Kinder zu vertreiben“. Ungefähr 100.000 Bauern wurden getötet, weniger in Schlachten als beim Abschlachten von Wehrlosen und Zivilisten. Nach der Niederlage zogen Exekutionskommandos durch das Land. Wer rebelliert hatte, musste extrem hohe Abgaben zahlen. Auch wenn diese Repressionen nicht die kalte Systematik des organisierten Massenterrors stalinistischer oder faschistischer Regime hatten – sie verströmten die gleiche, angsteinflößende Botschaft.

Wie die Bauernbewegung den Wechsel von dem euphorischen Bewusstsein, Autor der eigenen Geschichte werden zu können, zu Terror und blutigem Untergang erlebte, wissen wir nicht. Die bäuerliche Kultur war weitgehend schriftlos. Gerichtsdokumente Ende des 16. Jahrhunderts zeigen aber, dass der Bauernkrieg auch Generationen später in der orale Überlieferung ein Davor und ein Danach markierte. Die blutige Lektion, so kann man vermuten, hinterließ eine albraumhafte Erinnerung an die gnadenlose Wucht, mit der das Aufbegehren niedergewalzt worden war. Die Bauernkriege begannen als Aufstand des „gemeinen Mannes“ in Deutschland – und endeten in seiner Verwandlung in einen stummen, verängstigten Untertan.

Es dauert mehr als 300 Jahre, bis sich 1848 in Deutschland eine Bewegung mit einem verwandten Impuls formierte. [...]

Stefan Reinecke, „Die erste mediale Revolution“, Die Tageszeitung vom 4. Mai 2025. Online: [taz.de/Der-Bauernkrieg-und-die-Gegenwart/!6081579](http://taz.de/Der-Bauernkrieg-und-die-Gegenwart/)



Das Gemälde „Der deutsche Bauernkrieg“ von Max Lingner aus dem Jahr 1955 (DHM, Berlin) zeigt die Aufstände der Bauern vor 500 Jahren. Trotz der Niederlage der Aufständischen gilt der Bauernkrieg heute als wichtiger Teil der deutschen Demokriegeschichte.



Die Lithografie zeigt Kämpfe zwischen dänischen Truppen, preußischen Truppen und deutschen Freischaren im Krieg um Schleswig Holstein, Frühjahr 1848.

JÖRN LEONHARD

Dynamik und Machtlosigkeit der Revolution: Nation und Verfassung, Polarisierung und Gewalt

Die Konflikte um die künftigen Grenzen eines deutschen Nationalstaats offenbarten die Handlungsgrenzen der Revolution. Zugleich spitzten sich die Konflikte um den weiteren Weg der Revolution zu.

Wenn es ein Thema gab, in dem sich die Probleme der Revolution von 1848/49 bündelten, also das Verhältnis zwischen politischen Erwartungen und konkreten Erfahrungen wie zwischen Handlungsmacht und Handlungsgrenzen, dann war es der Weg zu einem deutschen Nationalstaat. Die Abgeordneten sollten dafür nicht allein eine Verfassung ausarbeiten, sondern sie mussten auch die präzisen Grenzen eines künftigen Nationalstaates bestimmen. Genau hier berührte die deutsche Frage gesamteuropäische Interessen. Denn die auf dem

Wiener Kongress 1815 gefundene Machtbalance hatte ganz wesentlich auf einem Bund souveräner Staaten in Mitteleuropa beruht, der eben kein föderal organisierter Bundesstaat war. Der Vorstellung eines Nationalstaates widersprach auch, dass der Deutsche Bund durch Personalunionen mit anderen europäischen Staaten verknüpft war. Eine Personalunion bedeutete, dass verschiedene selbständige Staaten unter einem Monarchen oder einer Monarchin miteinander verbunden waren. So wurde das Königreich Hannover nach 1815 in

Personalunion mit dem englischen Thron verbunden, während der dänische König zugleich als Herzog von Schleswig und Graf von Holstein regierte. Vor allem die Zukunft der Habsburgermonarchie erschien unsicher. Denn hier ging es nicht allein um politische Freiheit, sondern für Italiener und Ungarn auch um das Ziel, aus dem Verband der Monarchie auszutreten und eigenständige Nationalstaaten zu bilden. Das warf die Frage auf, welche Teile der Monarchie überhaupt in einen künftigen deutschen Nationalstaat integriert werden sollten: nur diejenigen Regionen, die zum Deutschen Bund gehörten, oder auch die mehrheitlich von anderen Bevölkerungen bewohnten Gebiete? Und was würde das für die Zukunft der Gesamtmonarchie bedeuten?

Der Testfall für den Weg zum deutschen Nationalstaat: Die Krise um Schleswig-Holstein

Während die Regierungen in London und Paris die Bildung eines deutschen Nationalstaates nicht von vornherein ablehnten, blickten der Zar und die russische Diplomatie kritisch auf die Anläufe zu neuen Nationalstaaten. Denn sie sahen damit das monarchische Prinzip als entscheidende Grundlage politischer Ordnung in Frage gestellt, zu dessen Garantie sich das Zarenreich auf dem Wiener Kongress bekannt hatte. Zudem fürchteten die politischen Eliten des Zarenreichs nationale Unabhängigkeitsbewegungen, vor allem durch die Polen. Aber erst als die teils aggressiven nationalen Forderungen in Deutschland die Interessen der europäischen Großmächte direkt berührten, entstand daraus eine Belastung für den Fortgang der Revolution.

Seit dem Zusammentritt der Nationalversammlung war die Konkurrenz zwischen den nationalen Ansprüchen nicht-deutscher Bevölkerungsgruppen, vor allem der Polen in Posen, der Böhmen, Ungarn und der Italiener in der Habsburgermonarchie, und dem Ziel eines deutschen Nationalstaates immer mehr hervorgetreten. Ost- und Westpreußen, Schleswig und schließlich Posen wurden im Verlauf des April 1848 Teile des Deutschen Bundes und waren entsprechend auch in der Nationalversammlung vertreten. In den Debatten begründeten viele Abgeordnete die kontroversen Ansprüche auf Posen mit einer angeblich wirtschaftlichen und kulturellen Überlegenheit Deutschlands gegenüber den Polen.

Nur wenige Monate nach der ersten Plenarsitzung in der Paulskirche, im Sommer 1848, geriet Schleswig-Holstein als Krisenzone in den Fokus und wurde zum Testfall für die Handlungsfähigkeit der Frankfurter Zentralgewalt. Seit dem Ende des 18. Jahrhunderts hatten Schleswig und Holstein zusammen mit Dänemark einen „Gesamtstaat“ gebildet. Als die Diplomaten auf dem Wiener Kongress Holstein dann zu einem Glied des Deutschen Bundes machten, nicht aber Schleswig, verstärkten

sich die Versuche der dänischen Politik, die historische und staatsrechtliche Verbindung der beiden Herzogtümer aufzulösen und Schleswig stärker an die dänische Monarchie zu binden. Als der dänische König Friedrich VII. (1808–1863) am 21. März 1848 schließlich ankündigte, das Herzogtum Schleswig der dänischen Monarchie einzuverleiben, eskalierte die Krise.

Sein Schritt provozierte eine Empörungswelle in der deutschen Öffentlichkeit, die eine militärische Aktion gegen diese als Annexionsversuch wahrgenommene Politik forderte. Aus einem national-deutschen Aufstand war in Kiel bereits im März 1848 eine „Provisorische Regierung“ für Schleswig und Holstein hervorgegangen. Wahlen zur Nationalversammlung wurden demonstrativ auch in Schleswig organisiert, um dessen Zugehörigkeit zum Deutschen Bund zu reklamieren. Nach einem entsprechenden Beschluss des Bundestages und der Nationalversammlung entsandte die preußische Regierung im Auftrag des Deutschen Bundes schließlich eigenes Militär gegen Dänemark. Schleswig mit militärischer Gewalt in einen entstehenden deutschen Nationalstaat zu integrieren, bedeutete eine faktische Expansion über die Grenzen des Deutschen Bundes hinaus und provozierte den entschiedenen Widerstand Russlands. Demgegenüber suchte die britische Regierung zunächst nach einem Kompromiss, favorisierte dazu eine Teilung des zwischen Deutschen und Dänen umstrittenen Herzogtums entlang einer Sprachgrenze.

Zunächst führte die Krise den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen vor Augen, dass sich die Zentralgewalt in Frankfurt im Krieg gegen Dänemark auf preußische Truppen stützen musste. Ohne eigene militärische Kontingente blieb sie von den Einzelstaaten abhängig, weil der fürstliche Oberbefehl seit Frühjahr 1848 zu keinem Zeitpunkt in Frage gestellt worden war. Als auch die britische Regierung das europäische Mächtigkeitsgleichgewicht gefährdet sah, zwangen Petersburg und London Preußen am 26. August 1848 dazu, den Waffenstillstand von

Nationaler Krieg und künftige Grenzen eines deutschen Nationalstaates



Friedrich VII., König von Dänemark, reitet am 25. April 1848 in Flensburg ein. Sein Versuch, Schleswig zu annexieren, löst in der deutschen Öffentlichkeit Empörung aus.



Generalmajor Hans von Auerswald und Felix Fürst von Lichnowsky, zwei konservative Abgeordnete der Nationalversammlung, werden am 18. September 1848 bei Frankfurt am Main von Aufständischen ermordet. Beide setzen sich für die Annahme des Waffenstillstands von Malmö ein.

Außenpolitische und militärische Handlungsgrenzen der Zentralgewalt und der Nationalversammlung

Malmö zu unterzeichnen. Dass dies gegen den ausdrücklichen Willen der Mehrheit der Nationalversammlung geschah, demonstrierte für die deutsche Öffentlichkeit die militärische und außenpolitische Machtlosigkeit der Frankfurter Zentralgewalt. Ohne die Abgeordneten oder das Reichsministerium zu konsultieren, zog Preußen seine im Auftrag des Bundes entsandten Truppen zurück und räumte die Herzogtümer Schleswig und Holstein. Die „Provisorische Regierung“ wurde durch eine gemeinsame Verwaltung ersetzt, wobei wiederum weder die Zentralgewalt noch die Nationalversammlung involviert waren. Der 1850 abgeschlossene Frieden von Berlin überließ zunächst Schleswig und ab 1852 auch Holstein der dänischen Monarchie, während die Erbfolge in beiden Herzogtümern gemeinsam von den europäischen Großmächten 1852 im Londoner Vertrag geregelt wurde.

Der Konflikt um die Annahme des Waffenstillstands von Malmö markierte einen entscheidenden Krisenmoment der Revolution. Er bewies die weitreichenden internationalen Konsequenzen, die aus dem Versuch resultierten, die Grenzen eines künftigen deutschen Nationalstaates zu bestimmen. Jetzt zeigte sich, dass die eindrucksvolle Dynamik vom

Frühjahr und Frühsommer 1848 von der Etablierung der Nationalversammlung bis zur Einrichtung der Zentralgewalt nichts über die konkrete Handlungsmacht dieser Institutionen aussagte. Schließlich unterstrich das Vorgehen Preußens die ungeborene Machtposition der Einzelstaaten, denn der militärische Oberbefehl lag weiterhin bei deren Fürsten. Friedrich Wilhelm IV. verstand sich zu keinem Zeitpunkt als Instrument der Frankfurter Nationalversammlung.

Militärisch erwiesen sich die preußischen Truppen den dänischen Kontingenten zwar als überlegen, aber die dänische Seeblockade führte den Abgeordneten und der deutschen Öffentlichkeit vor Augen, was das Fehlen einer eigenen Bundesflotte bedeutete. Als Reaktion darauf forderten zahlreiche Artikel in der Öffentlichkeit und Abgeordnete in der Paulskirche in einem teils aggressiv-nationalistischen Tonfall den Bau einer eigenen deutschen Kriegsflotte. In einer Hinsicht allerdings bewies die Krise, wie stabil die neuen parlamentarischen Errungenschaften bereits waren. Die Nationalversammlung lehnte am 5. September den Waffenstillstand von Malmö zunächst ab, bevor er dann doch noch mit knapper Mehrheit angenommen wurde. In beiden Fällen

funktionierte das parlamentarische Prinzip: Nach den Abstimmungen wurden jeweils neue Kabinette auf der Grundlage der entsprechenden Mehrheiten in der Nationalversammlung gebildet.

Von der äußeren zur inneren Krise: Der Herbst 1848

Die Krise führte zu einer nach dem Frühjahr 1848 zweiten gewaltsamen Eskalation, durch die sich die politische Polarisierung zwischen Parlament und außerparlamentarischem Raum sowie zwischen den politischen Lagern innerhalb der Nationalversammlung vertiefte. Das hatte wesentlich mit der Angst vieler linker Demokraten zu tun, das durch den preußischen Truppenrückzug verfügbare Militär könne gegen die Oppositionsbewegung und die Frankfurter Nationalversammlung eingesetzt werden. Sie deuteten die Entscheidung der Mehrheit der Nationalversammlung für eine Annahme des Waffenstillstands als Verrat an der Revolution. Die Konzessionen der Liberalen und Konservativen gegenüber den regierenden Fürsten im März schien sich jetzt in ihren Augen in ihrer Bereitschaft fortzusetzen, sich einseitig auf die Politik der preußischen Regierung einzulassen und den Primat der Nationalversammlung und Zentralgewalt gegenüber den Einzelstaaten zu opfern.

Wie in der Frühphase vollzog sich auch die Krise seit Sommer 1848 auf einer europäischen Ebene und innerhalb Deutschlands in unterschiedlichen regionalen und lokalen Varianten, und wie im März 1848 waren die politischen Ereignisse erneut vielfältig miteinander verflochten. In Paris führten Arbeiterdemonstrationen im Juni 1848 zu bürgerkriegsartiger Gewalt, als General Louis-Eugène Cavaignac (1802–1857) mit massiver Gewalt gegen die Aufständischen vorging, die Tausende Opfer forderte. In Prag schlug österreichisches Militär eine proslawische Volksbewegung nieder.

Diese Entwicklungen schürten die Angst vor einer allgemeinen Gegenrevolution und dem Einsatz des Militärs. In Frankfurt selbst löste die Annahme des Waffenstillstandes von Malmö am 16. September 1848 einen gewaltsamen Aufstand aus. Das auf der von 15 000 Menschen besuchten Pfingstweiderversammlung verabschiedete Manifest lehnte die wahrgenommene Kapitulation des Parlaments gegenüber Preußen ab. Die Teilnehmer appellierten erneut an die Bevölkerung, die Revolution fortzusetzen. Es kam zu Barrikadenkämpfen zwischen Aufständischen und aus Mainz herbeigerufenen preußischen und österreichischen Bundesstruppen. Diese Eskalation rief bei vielen Abgeordneten Erinnerungen an den nach den Jakobinern als den Mitgliedern des radikalsten und wichtigsten politischen Klubs während der Französischen Revolution benannten Terror wach. In ihren Augen drohte jetzt ein offener Aufstand gegen das Parlament und eine unkontrollierte soziale Revolution – erst recht, nachdem mit Generalmajor Hans von Auerswald (1792–1848) und

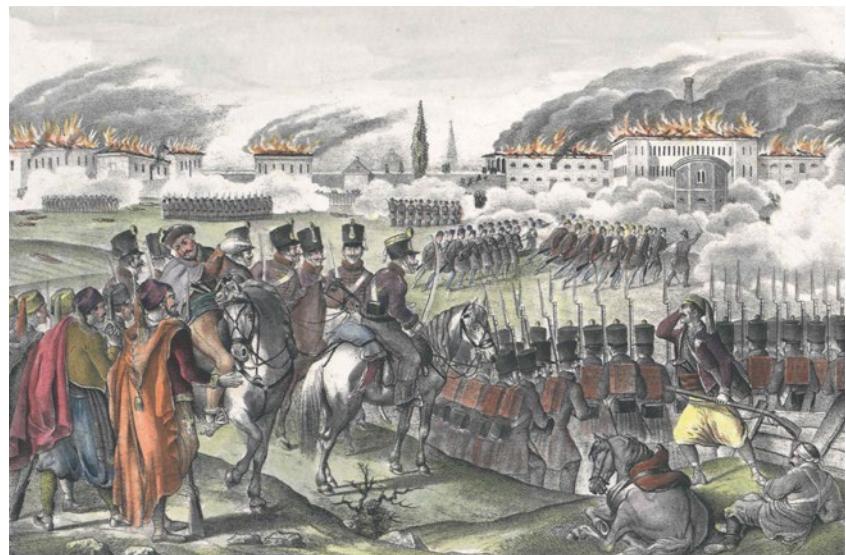
Felix Fürst von Lichnowsky (1814–1848) zwei Abgeordnete der Nationalversammlung, die sich für die Annahme des Waffenstillstands ausgesprochen hatten, bei einem Umritt in Frankfurt von Aufständischen ermordet wurden. Auch an anderen Orten Deutschlands fand die Krise ein Echo. Wie im März und April 1848 wurde Baden ein weiteres Mal zum Ausgangspunkt für eine demokratisch-republikanische Volksbewegung. Sie gipfelte in der Proklamation einer deutschen Republik durch Gustav Struve in Lörrach am 21. September 1848, bevor badische Truppen die Unruhen niederschlugen.

Der Septemberaufstand bildete einen entscheidenden Einschnitt in der Entwicklung der Revolution. Obwohl sich die demokratische Linke in der Nationalversammlung dezidiert von der Gewalteskalation distanzierte, vertiefte sich in der Wahrnehmung eines Großteils des Bürgertums die Kluft zwischen der demokratisch-republikanischen Linken und dem konstitutionellen Lager. Eine wichtige Konsequenz bestand darin, den Zeitgenossinnen und Zeitgenossen die engen Handlungsspielräume der Frankfurter Institutionen vorzuführen, außenpolitisch und militärisch durch den Ausgang des Krieges mit Dänemark, innenpolitisch, weil man die im September um sich greifenden Aufstände nicht aus eigener Kraft bekämpfen konnte, sondern auch hier auf die militärische Macht der Einzelstaaten angewiesen war.

In Deutschland und anderen Teilen Europas ging ab dem Spätsommer 1848 das politische Momentum auf die gegenrevolutionären Mächte über. Tatsächlich waren ab Oktober weder die Regierungen Preußens noch Österreichs daran interessiert, mit der Nationalversammlung oder der Zentralgewalt zusammenzuarbeiten. Bei der Niederschlagung der Oktoberaufstände in Wien und beim Vorgehen der Berliner Regierung gegen die Preußische Nationalversammlung nahm in Wien und Berlin niemand mehr Rücksicht auf die Frankfurter Institutionen.

Innenpolitische Eskalation: Septemberunruhen

Erstarken der gegenrevolutionären Kräfte



Eine Kampfszene aus dem Wiener Oktoberaufstand: Österreichische und kroatische Truppen schlagen den Aufstand nieder, Lithografie von 1848.

JÖRN LEONHARD

Von der Krise zum Revolutionsende: Die Veränderung der Handlungsspiel- räume seit dem Herbst 1848

Parallel zu der Krise um die Annahme des Waffenstillstands von Malmö erstarkten seit dem Spätsommer 1848 in Österreich und Preußen die gegenrevolutionären Gewalten.



Die Lithografie zeigt die Entwaffnung einer Bürgerwehr durch preußische Truppen unter General F. H. von Wrangel auf dem Berliner Gendarmenmarkt am 12. November 1848.

Die Gegenrevolution in Österreich und Preußen

Eine besondere Dynamik gewann die Entwicklung in Wien, wo die Revolutionäre im Sommer 1848 vorerst die Macht hatten erringen können und versuchten, die neue Ordnung zunächst auch mit militärischer Macht zu sichern. Vor allem Wien wurde zu einer Bastion der revolutionären Errungenschaften.

Wie im März 1848 waren die Zentren der Revolution auch im Sommer und Herbst 1848 miteinander verbunden. Um die Wiener Revolutionäre zu unterstützen, schalteten sich als Vertreter der Frankfurter Demokraten die Abgeordneten Robert Blum und Julius Fröbel (1805–1893) in die Ereignisse ein. Als die Regierung in Wien am 6. Oktober 1848 österreichische Truppen gegen die aufständischen Ungarn mobilisierte, kam es zu Solidarisierungen zwischen Wiener Arbeitern, Studenten

und meuternden Soldaten, die mit dem Unabhängigkeitskampf der Ungarn sympathisierten. Als sie versuchten, den Abmarsch der Truppen zu verhindern, eskalierte der Konflikt. Bei Straßenkämpfen wurde der in der Bevölkerung verhasste Kriegsminister Theodor Baillet de Latour (1780–1848) von einer Menge gelyncht. Der kaiserliche Hof sah sich gezwungen, nach Olmütz zu fliehen, und der Reichstag wurde Ende Oktober nach Kremsier verlegt. Diese dramatische Entwicklung provozierte schließlich eine gewaltsame Intervention. Das Vorgehen des Feldmarschalls Alfred Fürst zu Windisch-Graetz (1787–1862) gegen die Aufständischen forderte über 2000 Zivilopfer. Mit der Ernennung von Felix Fürst zu Schwarzenberg (1800–1852) zum Ministerpräsidenten sanken gleichzeitig die Chancen, die deutsch-österreichischen Gebiete noch in einen künftigen deutschen Nationalstaat zu integrieren. Ein weiteres Mal innerhalb weniger Monate wurde die Schwäche der Frankfurter Institutionen gegenüber den dominierenden Einzelstaaten unübersehbar, als Robert Blum unter bewusster Missachtung seines Immunitätsschutzes als Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung am 9. November 1848 standrechtlich erschossen wurde. Blum war zuvor von der demokratischen Fraktion der Frankfurter Nationalversammlung zum Leiter einer Delegation ernannt worden, die am 13. Oktober 1848 nach Wien gereist war, um durch eine schriftliche Sympathieadresse die Solidarität der Frankfurter Linken mit der Wiener Aufstandsbewegung auszudrücken.

Parallel zu diesen Entwicklungen geriet im Herbst 1848 die Preußische Nationalversammlung in Berlin in die Defensive, was massive Folgen für den Fortgang der Ereignisse in ganz Deutschland haben sollte. Im September trat die parlamentarisch gebildete Regierung in Berlin zurück, während die Preußische Nationalversammlung ihren entschiedenen Reformprozess zunächst versuchte fortzusetzen. Anlass für das Vorgehen der Regierung in Berlin war der sogenannte „Antireaktionserlass“, mit dem die Preußische Nationalversammlung das Militär an die neue konstitutionelle Ordnung binden wollte. Als es im Oktober dann in Berlin zu Unruhen unter Arbeitern und Demokraten kam, bot dies den Anlass für das direkte Eingreifen des Königs. Friedrich Wilhelm IV. setzte eine neue Regierung mit einem bewusst gegenrevolutionären Programm ein und erzwang die Rücknahme der parlamentarischen Entscheidung. Dann vertagte er – dem Vorgehen der Regierung in Österreich bei der Verlegung des Reichstags nach Kremsier folgend – die Nationalversammlung zunächst und verlegte sie dann in die brandenburgische Provinz, um durch diese Dezentralisierung der Machtzentren die Kräfte der Revolution zu schwächen. Ganz offen verriet der König am Hof, dass er nach seinen Signalen vom März 1848 (*↗ S. 23*) „nun ... wieder ehrlich“ sei. In Berlin entwaffneten Behörden und Militär die Berliner Bürgerwehren, sodass die Revolutionäre und die Nationalversammlung über keine eigenen Machtmittel mehr verfügten.

Nun zeigte sich jedoch, wie stark das Bewusstsein für die politischen Errungenschaften seit März

1848 geworden war, die man jetzt verteidigen wollte. Ein Teil der Abgeordneten der Preußischen Nationalversammlung war jedenfalls nicht bereit, ohne Widerstand aufzugeben. 227 Parlamentarier riefen gegen das Vorgehen des Königs zum Steuerstreik auf, „solange die Nationalversammlung nicht ungestört in Berlin ihre Beratungen fortzusetzen vermag“. Das Echo auf diesen Aufruf blieb zwar gespalten, aber es demonstrierte doch, wie weit die politische Bewegung über das Berliner Parlament hinausreichte. Während sich in der Rheinprovinz Einheiten der Landwehr dem Widerstand anschlossen und die Bürgerwehren gegen das Vorgehen der Behörden mobilisierten, erwiesen sich das Offizierskorps und die Linientruppen am Ende als verlässliche Stützen der Monarchie. Obwohl der Aufruf zur Steuerverweigerung Reaktionen in ganz Preußen auslöste, war das verlegte Rumpfparlament kaum mehr handlungsfähig, auch wegen der politischen Gegensätze zwischen den verbliebenen Abgeordneten.

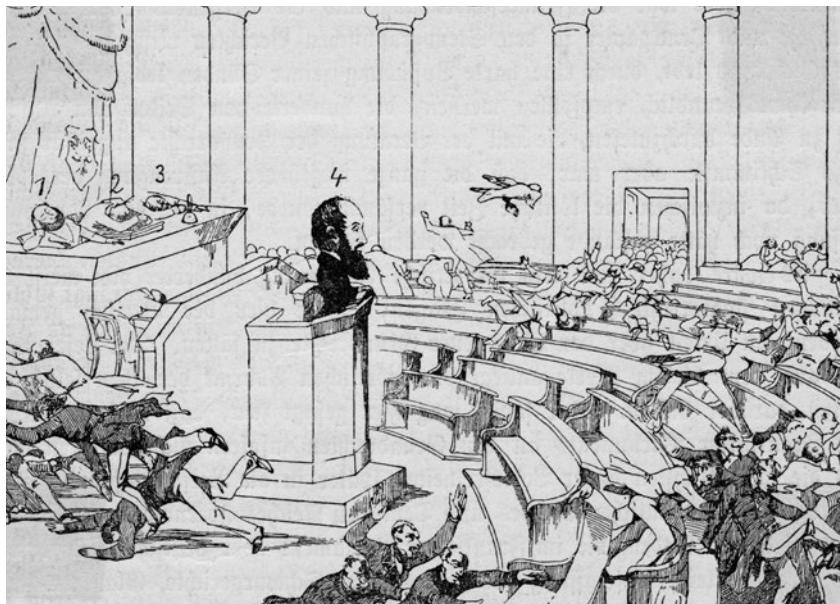
Gegen Ende des Jahres schloss ein faktischer Staatsstreich die Gegenrevolution in Preußen ab. Flankiert durch den Einmarsch preußischer Truppen unter General Friedrich von Wrangel (1784–1877) in Berlin und einen über alle preußischen Städte verhängten Ausnahmezustand löste Friedrich Wilhelm IV. am 5. Dezember die Preußische Nationalversammlung auf. Doch zugleich kam es zum „Oktroy“ einer Verfassung, also einer aufgezwungenen, nicht vom Parlament verabschiedeten Verfassung für Preußen, die das Ende der Revolution überdauern sollte. Weil sie zudem wichtige Positionen der Liberalen übernahm, setzten auch in Frankfurt viele Abgeordnete weiter auf den preußischen König.

Auflösung der Preußischen Nationalversammlung

Verfassungsgebung unter poli- tischem und zeitlichem Druck: Die Nationalversammlung seit Herbst 1848

Angesichts dieser offensiven Aktionen in Österreich und Preußen nahm der Druck auf die Frankfurter Nationalversammlung zu, als die Parlamentarier ihre Beratungen über die Verfassung fortsetzten. Von zentraler Bedeutung war für sie zunächst die Ausarbeitung der Grundrechte gewesen, die man seit Sommer intensiv diskutiert hatte und die am 27. Dezember 1848 nach oftmals kontroversen Debatten als Reichsgesetz in Kraft traten. Diese „Frankfurter Grundrechte“ gingen im März 1849 auch in die Reichsverfassung ein. Die Grundrechte des Staatsbürgers, vor allem individuelle Freiheitsrechte wie die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie bürgerliche Eigentumsrechte, standen nach den Erfahrungen des Vormärz im Zentrum. Altständische Relikte des Feudalismus wie Lehensrechte, grundherrliche Polizeigewalt und Frondienste wurden abgeschafft. Mit diesem Grundrechtskatalog sollte die Wirtschafts-,

„Frankfurter Grund- rechte“ als Grundlage der Reichsverfassung



Die zeitgenössische Karikatur „Fortlaufender Beifall“ kritisiert die angeblich langwierigen und scheinbar ergebnislosen Debatten um die Grundrechte und die Verfassung in der Nationalversammlung. Der Berliner Abgeordnete Carl Nauwerck (4), ein gefürchteter Redner, steht am Rednerpult. Das Präsidium (1–3) ist eingeschlafen und die Abgeordneten ergreifen die Flucht.



Mehr zu den Grundrechten in der Bundesrepublik gibt es in der IzpB „Grundrechte“: www.bpb.de/550819



Sozial- und Rechtsverfassung Deutschlands vereinheitlicht werden. Soziale Grundrechte, wie sie von vielen Demokraten nach den Erfahrungen sozialer Krisen in den 1840er-Jahren gefordert worden waren, wie etwa das Recht auf Arbeit oder das Prinzip einer gerechten Besteuerung, suchte man dagegen vergebens. Die Parlamentarier leiteten die Grundrechte zudem nicht aus unveräußerlichen Menschenrechten ab, sondern definierten sie im Hinblick auf die Rolle des Staates als Rechtsstaat, was einen eigenen Notstandsartikel einschloss.

In der Rückschau auf die Arbeit der Verfassung erhoben viele Kritiker nach 1850 den Vorwurf, die Abgeordneten hätten mit langwierigen und akademischen Debatten um die Grundrechte wertvolle Zeit verloren, was am Ende der Gegenrevolution genutzt habe und ein Grund für das Scheitern der Revolution gewesen sei. Doch die Parlamentarier erkannten aufgrund ihrer Erfahrungen der Jahre vor 1848 gerade in der Sicherung der Grundrechte die entscheidende Garantie gegen monarchische Willkür und staatliche Repression. Hier spielte auch der Blick auf den Beginn der Französischen Revolution 1789 eine wichtige Rolle.

Im September 1848 begannen auch die Beratungen über den institutionellen Teil der Verfassung. Im Blick auf den Staatsaufbau gelang den Abgeordneten am Ende trotz der großen Interessengegensätze und auch angesichts der abnehmenden Handlungsspielräume der Frankfurter Nationalversammlung ein eindrucksvoller Kompromiss. Der künftige Nationalstaat sollte als eine konstitutionelle Monarchie mit starker Reichsgewalt organisiert sein, und die dadurch stark unitarischen, das heißt einheitsstaatlichen, Züge durch ein föderales Element ausgeglichen werden.

Die Verfassung sah daher ein direkt gewähltes Volkshaus und ein von den Regierungen und Parlamenten der Einzelstaaten entsandtes Staatenhaus vor. Die personale Staatsspitze als Gegengewicht bildete ein erblicher Kaiser, der aber Beschlüsse des Parlaments nicht verhindern, sondern lediglich durch ein suspensives Veto aufschieben konnte. Die Abgeordneten der Nationalversammlung sahen auch ein eigenes Reichsverfassungsgericht vor, um die Unabhängigkeit der Judikative zu sichern. In den Debatten um das Wahlrecht schließlich setzten sich die Demokraten durch. Am Ende griff man nicht auf die Praxis des Vormärz und Beschränkungen durch einen speziellen Zensus zurück, sondern entschied sich für das allgemeine Männerwahlrecht bei der Wahl des Volkshauses.

Die 197 Artikel der Paulskirchenverfassung schlossen die „Grundrechte des deutschen Volkes“ mit ein. Zu ihnen zählten neben dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht auch die Abschaffung des Adels als Stand, das Verbot der Todesstrafe, die Freiheit der Berufswahl sowie die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die Verfassungsgebung unter wachsendem Zeitdruck und vor dem Hintergrund der doppelten Herausforderung von politischer Freiheit und nationaler Einheit stellte eine herausragende Leistung der Frankfurter Nationalversammlung dar. Am 18. Mai 1849 förmlich in Kraft getreten, konnte die Verfassung zwar nicht mehr durchgesetzt werden, aber sie wirkte für künftige deutsche Verfassungen als direktes Vorbild. Vor allem mit dem Grundrechtskatalog gelang es, an die westeuropäische und transatlantische Verfassungsentwicklung anzuschließen. Der 1848/49 definierte Grundrechtskatalog sollte die Weimarer Reichsverfassung von 1919 und das Bonner Grundgesetz von 1949 nachhaltig beeinflussen.

Im Gegensatz zur Diskussion um den Grundrechtskatalog und den Staatsaufbau löste die Frage nach den konkreten Grenzen des künftigen Nationalstaates massive Konflikte aus. Als die Offensive der Gegenrevolution in Berlin und Wien bereits lief, diskutierte man in Frankfurt den Umfang des Deutschen Reichs: unter Einschluss der deutsch-österreichischen Gebiete oder gar einschließlich aller, auch der nicht-deutschen Teile der Habsburgermonarchie oder in Beschränkung auf Kleindeutschland, also die deutschen Bundesstaaten unter preußischer Führung und unter Ausschluss Österreichs. Die Diskussion der groß- und kleindeutschen Lösungen ließen ein Grundproblem der deutschen Nationsbildung hervortreten. Denn der Deutsche Bund war seit 1815 ein Staatenbund, aber kein Bundesstaat als Gehäuse der Nation gewesen, an das man nun bei der Schaffung eines deutschen Nationalstaates hätte anknüpfen können.

Im Oktober 1848 beschlossen die Abgeordneten, die deutsch-österreichischen Gebiete der Habsburgermonarchie nur unter der Bedingung in einen neu entstehenden Nationalstaat einzugliedern, dass die deutschen von den nicht-deutschen Teilen der Habsburgermonarchie abgetrennt würden. Dagegen drängte die Regierung in Wien darauf, eine

Das Verfassungswerk: Grundrechte, Staatsaufbau und die kontroverse Frage nach den künftigen Grenzen Deutschlands

Abtrennung seiner deutschstämmigen Gebiete unter allen Umständen zu verhindern. Eine großdeutsche Lösung hätte eine solche Teilung zwischen reichsdeutschen Gebieten, die staatsrechtlich zum deutschen Nationalstaat gehört hätten, und nichtreichsdeutschen Gebiete, die lediglich in Personalunion mit Habsburg gestanden hätten, notwendig gemacht. Die territoriale Integration der Habsburgermonarchie hätte dies in Frage gestellt, und ihr Zusammenhalt wäre nur noch über eine dynastische Personalunion möglich gewesen.

Politische Ordnung, Grundrechte und Grenzen: Das Kompromisswerk der Reichsverfassung im Frühjahr 1849

Politisch entschieden am Ende nicht die Abgeordneten über die Grenzen eines deutschen Nationalstaates, sondern die Ereignisse in Wien und das Erstarken der gegenrevolutionären Kräfte in Österreich seit Herbst 1848. Nach dem Sieg der Gegenrevolution in Wien sanken die Chancen, die deutsch-österreichischen Gebiete der Habsburgermonarchie noch einzugliedern. Der neue Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg formulierte als Grundsatz seiner Politik, dass „Österreichs Fortbestand in staatlicher Einheit“ ein „deutsches wie europäisches Bedürfnis“ darstelle. Im März 1848 forderte er schließlich, die gesamte Habsburgermonarchie in einen deutschen Staatenbund aufzunehmen. So wäre in der Mitte Europas ein Reich mit 70 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und zahlreichen nicht-deutschen Bevölkerungen entstanden.

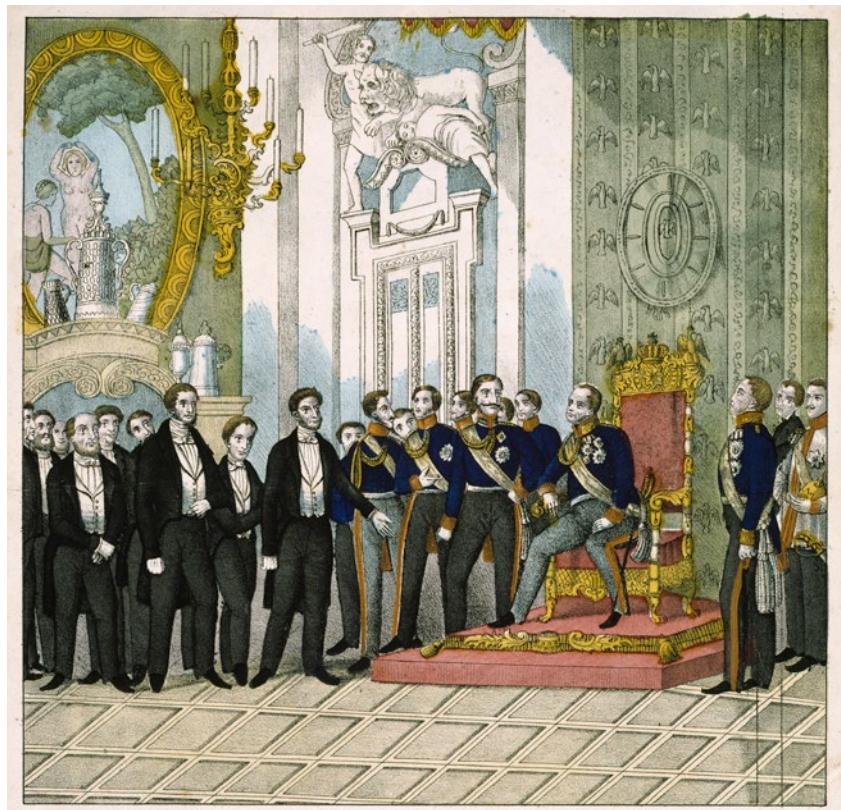
Heinrich von Gagern setzte sich daraufhin für den kleindeutschen Kompromiss mit einem übergeordneten deutsch-österreichischen Bündnis ein. Die Liberalen und ein Teil der linken Abgeordneten stimmten dieser Lösung unter preußischer Staatsführung zu. Die Gruppe der sogenannten „Erbkaiserlichen“ setzte ihre Hoffnungen trotz der Maßnahmen gegen die Preußische Nationalversammlung auf ein preußisches Reichsoberhaupt. Sie knüpfte damit bewusst an die Rolle Preußens in den „Befreiungskriegen“ gegen Napoleon und vor allem an die nationalpolitische Haltung Friedrich Wilhelms IV. im März 1848 an, als er erklärt hatte, Preußen gehe nunmehr „in Deutschland auf“. Eine Mehrheit für die kleindeutsche Lösung war im Frankfurter Parlament allerdings erst erreichbar, als ein Teil der großdeutschen Partei umschwenkte, nachdem die österreichische Regierung ultimativ die Anerkennung der Integrität der Habsburgermonarchie gefordert hatte. Am 27. März 1849 setzte das Parlament die Erblichkeit der Kaiserwürde durch, wählte am darauffolgenden Tag Friedrich Wilhelm IV. zum „Kaiser der Deutschen“ und nahm die Reichsverfassung an.

Doch die Kaiserdeputation von 32 Frankfurter Abgeordneten in Berlin blieb ohne Erfolg, als sie Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone persönlich

anbot. Der König wich aus und wies demonstrativ auf das notwendige „freie Einverständnis der gekrönten Häupter, der Fürsten und der freien Städte“ hin. Der Hoffnungsträger entpuppte sich zuletzt als Anhänger eines romantisch verklärten Gottesgnadentums, nach dem zwischen seinem Thron und dem Volk weder Verfassung noch Parlament stehen durften. In diesem Moment scheiterte nicht allein das kleindeutsch-preußische Projekt, sondern letztlich das gesamte Verfassungswerk, weil es den Nationalstaat mit einer erblichen Monarchie voraussetzte. Zugleich offenbarte dieser Moment noch einmal den Grundkonflikt, der die Revolution seit dem Frühjahr 1848 begleitet hatte.

In dem denkwürdigen Treffen des Monarchen mit den Abgeordneten trafen trotz aller Vermittlungsversuche zwei unterschiedliche Modelle aufeinander, politische Herrschaft zu rechtfertigen. Einerseits standen die Abgeordneten und die von ihnen verabschiedete Verfassung für das Prinzip der Volkssouveränität und damit auch für den Weg aus dem Revolutionsimpuls im März 1848 zu einem gewählten Parlament und der Zentralgewalt. Andererseits bemühten sich die Parlamentarier darum, das Projekt des freiheitlichen Nationalstaats mit den Interessen der Fürsten zu verbinden. Der preußische König stand dabei für den Anspruch auf das letztlich entscheidende Vorrecht der Monarchen. In dem Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone ablehnte, bezog er sich demonstrativ auf das für ihn durch keine Revolution und keinen parlamentarischen Prozess eingeschränkte monarchische Prinzip.

Enttäuschte Hoffnungen: Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.



Die Kaiserdeputation unter Führung von Eduard Simson bietet König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen am 3. April 1849 die Würde eines Kaisers der Deutschen an, Friedrich Wilhelm lehnt ab.



Gewaltsame Auflösung des Rumpfparlaments am 18. Juni 1849 in Stuttgart: Württembergische Dragoner treiben die Demonstration der zuvor ausgesperrten Abgeordneten auseinander.

Die Konstitution mit revolutionären Mitteln verteidigen? Der Kampf um die Durchsetzung der Reichsverfassung

Doch auch mit diesem Schritt war die Revolution noch nicht zu Ende. Denn immerhin 28 Staaten des Deutschen Bundes erkannten die neue Reichsverfassung an, zu denen im Rahmen der Volksbewegung zur Durchsetzung der Verfassung schließlich auch noch das Königreich Württemberg kam. Die im Frühjahr 1849 anlaufende Reichsverfassungskampagne unterstrich noch einmal, dass die Revolution und das Frankfurter Verfassungswerk regional noch immer große Resonanz mobilisieren konnten. Die treibenden Kräfte der Kampagne, die sich in Aufständen vor allem in Sachsen, in der Rheinpfalz und in Baden formierten, sahen sich selbst als Verteidiger einer neuen Ordnung auf der Basis der rechtmäßig verabschiedeten Verfassung. Nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König gelte es nun, die Reichsverfassung als legitimen staatsrechtlichen Rahmen gegen reaktionäre Fürsten zu verteidigen, die entsprechend als Verfassungsbrecher erschienen. Die soziale Basis der Bewegung bestand vor allem aus bürgerlichen Demokraten und Arbeitern. Bürgerliche Liberale tolerierten die Kampagne, aber sie hielten sich angesichts der teilweise gewaltsamen Eskalation mit entschiedener Unterstützung zurück.

Einerseits demonstrierte die Kampagne mit erneut mobilisierten Bürgerwehren und Volksversammlungen, wie populär der Kampf um die Verfassung an bestimmten Orten war. Das galt vor allem für Baden, das nach dem Frühjahr und dem Herbst 1848 nun eine dritte Phase demokratischer Mobilisierung erlebte. Nachdem Friedrich Hecker

und Gustav Struve im April 1848 von Konstanz aus und Struve dann noch einmal im September 1848 von Lörrach aus eine Republik proklamiert hatten, kam es im Sommer 1849 im Zuge des Kampfs um die Durchsetzung der Reichsverfassungskampagne noch einmal zu einem Anlauf zur Republik mit eigenen Plänen für eine verfassgebende Versammlung.

Andererseits ging von der Reichsverfassungskampagne anders als im März 1848 kein Fanal für die Wiederaufnahme der Revolution in ganz Deutschland aus. Der Bewegung schlossen sich weder die Mehrheit der Nationalversammlung noch die Zentralgewalt an. Die meisten Abgeordneten, die an der Ausarbeitung der Verfassung beteiligt gewesen waren und sie verabschiedet hatten, waren am Ende nicht bereit, sich auf ihre entschiedene Verteidigung einzulassen. Sie hielten nach der Ablehnung der Kaiserkrone durch den preußischen König daran fest, politische Reformen im Zweifel durch Vereinbarungen mit den fürstlichen Regierungen der Einzelstaaten zu erreichen. In dem Moment, in dem deutlich wurde, dass diesem Kurs letztlich die Basis fehlte, schreckten sie vor dem Appell an die Wiederaufnahme der Revolution zurück und gaben das Verfassungswerk auf. Für viele bürgerliche Liberale wirkte die Gewaltbereitschaft von Teilnehmern der Reichsverfassungskampagne noch einmal wie die Androhung eines möglichen Bürgerkrieges. Zudem riefen viele Regierungen ihre Beamten aus Frankfurt zurück, wo sie als Abgeordnete gewirkt hatten, so dass die Nationalversammlung als zentrale Koordinationsinstanz zerfiel. Das schließlich in Stuttgart zusammengetretene Rumpfparlament konnte diese Funktion nicht mehr erfüllen.

Blickt man auf die konkreten Ereignisse, dann gab es im Frühjahr 1849 keine Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende sozialrevolutionäre Eskalation in ganz Deutschland. Es kam vielmehr zu einzelnen regionalen und lokalen Aufständen. Am stärksten war die Resonanz wiederum in Baden, wo das Scheitern der Frankfurter Nationalversammlung im Mai und Juni 1849 den großen badischen Aufstand auslöste. An ihm beteiligten sich auch militärische Einheiten, so dass der Großherzog im Zusammenhang mit der Bildung einer badischen Revolutionsregierung schließlich ins Ausland flüchtete. Doch die preußische Armee warf den Aufstand schließlich nieder.

Am 18. Juni 1849 wurde das Stuttgarter Rumpfparlament von württembergischen Truppen gewaltsam aufgelöst. Vielen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen schien es, als ende die Revolution symbolisch mit der Kapitulation der letzten Teilnehmer der Reichsverfassungskampagne und standrechtlichen Erschießungen in der Bundesfestung von Rastatt im Juli 1849. Nach den Erfahrungen vom April und September 1848 und dem Sommer 1849 fürchteten die Behörden neue Unruhen, und so wurde Baden bis 1851 von Bundesstruppen besetzt. Tausende Anhänger der demokratischen und republikanischen Bewegung wanderten in europäische Nachbarstaaten, vor allem aber auch nach Süd- und



Die Grundrechte in der Verfassung der Frankfurter Nationalversammlung

Gesetz, betreffend die Grundrechte des deutschen Volks (27. Dezember 1848)

Der Reichsverweser, in Ausführung des Beschlusses der Reichsversammlung vom 21. Dezember 1848, verkündet als Gesetz:

I. Grundrechte des deutschen Volks

Dem deutschen Volke sollen die nachstehenden Grundrechte gewährleistet sein. Sie sollen den Verfassungen der deutschen Einzelstaaten zur Norm dienen, und keine Verfassung oder Gesetzgebung eines deutschen Einzelstaates soll dieselben je aufheben oder beschränken können.

Artikel 1

§ 1 Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden.

§ 2 Jeder Deutsche hat das deutsche Reichsbürgerrecht. [...]

Artikel 2

§ 7 [...] (3) Die Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. [...]

Artikel 3

§ 8 (1) Die Freiheit der Person ist unverletzlich. [...]

§ 9 Die Todesstrafe [...] so wie die Strafen des Prängers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung, sind abgeschafft.

§ 10 (1) Die Wohnung ist unverletzlich. [...]

§ 12 (1) Das Briefgeheimnis ist gewährleistet. [...]

Artikel 4

§ 13 (1) Jeder Deutsche hat das Recht, [...] seine Meinung frei zu äußern. (2) Die Pressefreiheit darf unter keinen Umständen und in keiner Weise [...] beschränkt, suspendiert oder aufgehoben werden. [...]

Artikel 5

§ 14 (1) Jeder Deutsche hat volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. [...]

§ 15 (1) Jeder Deutsche ist unbeschränkt in der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Übung seiner Religion. [...]

§ 17 [...] (2) Keine Religionsgemeinschaft genießt vor andere Vorrechte durch den Staat; es besteht fernerhin keine Staatskirche. [...]

Artikel 6

§ 22 Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei.

§ 23 Das Unterrichts- und Erziehungswesen steht unter der Oberaufsicht des Staats [...].

§ 25 (1) Für die Bildung der deutschen Jugend soll durch öffentliche Schulen überall genügend gesorgt werden. (2) Eltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegebefohlenen nicht ohne den Unterricht lassen, welcher für die unteren Volksschulen vorgeschrieben ist. [...]

§ 28 Es steht einem Jeden frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, wie und wo er will.

Artikel 7

§ 29 (1) Die Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln [...].

§ 30 Die Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. [...]

Artikel 8

§ 32 (1) Das Eigentum ist unverletzlich. [...]

Artikel 9

§ 41 Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. [...]

§ 42 (1) Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten geübt. [...]

§ 44 (1) Kein Richter darf, außer durch Urteil und Recht, von seinem Amte entfernt, oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. [...]

§ 48 (1) Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt und voneinander unabhängig sein. [...]

Frankfurt, 27. Dezember 1848

Der Reichsverweser

Erzherzog Johann.

Die Reichsminister

H. v. Gagern, v. Peucker, v. Beckerath, Duckwitz, R. Mohl.

Die Grundrechte in der Verfassung der Frankfurter Nationalversammlung, in: Jörg Bong (Hg.), „Forderungen des Volkes. Frühe demokratische Programme“, Köln 2023, S. 149–161.



Eine zeitgenössische Darstellung der von der Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte. In der Mitte steht die personifizierte Germania als Symbol der Einheit der Nation.

Nordamerika aus. Manche kehrten in den 1860er-Jahren zurück nach Deutschland. Andere blieben im Exil politisch aktiv, so wie der entschiedene Demokrat Carl Schurz (1829–1906) als „Forty-Eighter“ in den Vereinigten Staaten, wo er zwischen 1877 und 1881 Innenminister war.

Alternative Wege zum Nationalstaat: Das preußische Unionsprojekt

Mochte mit den dramatischen Ereignissen im Sommer 1849 der letzte Versuch scheitern, sich noch einmal demonstrativ auf das Prinzip der Volkssouveränität zu beziehen und daraus die Notwendigkeit abzuleiten, die Verfassung als wichtigste Errungenschaft der Frankfurter Nationalversammlung zu retten, so endete im Juli 1849 keinesfalls die Wirkung der Revolution. Das zeigte der Unterschied zwischen der weiteren Entwicklung der Habsburgermonarchie und Preußen.

In Österreich hatte der nach Kremsier verlegte Reichstag einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der für alle Nationalitäten der Monarchie die gleichen Rechte vorsah. Doch im Gegensatz zur Frankfurter Nationalversammlung wurde dieser Entwurf niemals verabschiedet. Stattdessen oktroyierte die Monarchie nach dem Erfolg der Gegenrevolution in Österreich im März 1849 eine Verfassung. Wie im Falle der von Friedrich Wilhelm IV. aufgezwungenen preußischen Verfassung nahm auch dieses Dokument einige Aspekte der revolutionären Errungenschaften auf und kam den Interessen der bürgerlichen Liberalen und Bauern entgegen. Auch wurde Ungarn in die angestrebte staatsrechtliche Ordnung der Gesamtmonarchie einbezogen. Den nicht zur ethnischen Gruppe der Ungarn zählenden Bevölkerungssteilen, zum Beispiel den Kroaten, Serben, Slowenen und Siebenbürgern, wurden weitgehende Autonomierechte in Aussicht gestellt.

Doch diese Verfassung wurde nicht umgesetzt und schließlich nach zwei Jahren auch formal aufgehoben. Damit blieb die Habsburgermonarchie auch nach 1850 ohne geschriebene Verfassung und einen entsprechenden staatsrechtlichen Rahmen für ihre multiethnische Struktur. Die sich dort in den 1850er-Jahren entwickelnde neoabsolutistische Praxis und die fehlende Perspektive für eine Integration in einen künftigen deutschen Nationalstaat erklärten, warum ein Teil des deutschen Bürgertums, der Nationalbewegung und des Liberalismus in den kommenden Jahren trotz der Erfahrung mit der Gegenrevolution und der Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV. eher auf Preußen als künftig entscheidende Macht in Deutschland blickte.

Denn obwohl es sich um eine oktroyierte Verfassung handelte, ging Preußen im Unterschied zur Habsburgermonarchie als Verfassungsstaat aus der Revolution hervor. Und es schien trotz der gescheiterten Schaffung eines deutschen Nationalstaates durch die Frankfurter Nationalversammlung

zunächst auch seine Rolle als Verfechter eines eigenen Einigungsprojekts weiter zu verfolgen. Nachdem er die ihm angebotene Kaiserkrone im April 1849 abgelehnt hatte, bemühte sich Friedrich Wilhelm IV. bereits während der Niederschlagung der Reichsverfassungskampagne darum, ein kleindeutsches Reich unter preußischer Führung durch die souveränen Fürsten der deutschen Einzelstaaten zu bilden. Auf Initiative von Joseph Maria von Radowitz (1797–1853), eines engen Beraters des preußischen Königs, schlossen Preußen, Hannover und Sachsen Ende Mai 1849 das sogenannte Dreikönigsbündnis.

Die von den drei Königreichen verabschiedete Unionsverfassung lehnte sich zwar an die von der Frankfurter Nationalversammlung verabschiedete Reichsverfassung an. Aber das Reichsoberhaupt sollte danach ein absolutes Veto besitzen, die Wahlen nach dem Dreiklassenwahlrecht erfolgen und die Fürsten direkt an der Gesetzgebung beteiligt werden. Das Unionsprojekt scheiterte schließlich am Widerstand Russlands und Österreichs gegen die preußischen Pläne und an der Ablehnung durch immer mehr Einzelstaaten, darunter die Königreiche Bayern, Württemberg, Sachsen und Hannover, die eine Wiederherstellung des Deutschen Bundes unter österreichischem Vorsitz akzeptierten.

In der Olmützer Punktation bzw. dem Olmützer Vertrag musste Preußen im November 1850 schließlich die Position Österreichs akzeptieren. Scheiterte dieser nationalpolitische Anlauf Preußens vor allem an der Regierung in Wien, so wandten sich die europäischen Großmächte gegen Schwarzenbergs Idee eines „70-Millionen-Reichs“. Die Einbeziehung der gesamten Habsburgermonarchie in einen künftigen deutschen Staat hätte dem Grundgedanken eines Mächtegleichgewichts auf dem europäischen Kontinent jede Grundlage entzogen. Auf den Dresdner Konferenzen beschlossen die diplomatischen Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Russlands im Mai 1851, nach den Revolutionserfahrungen wieder zur Ordnung zurückzukehren, die man 1815 auf dem Wiener Kongress definiert hatte (↗ S. 9, 16). Die Wiederherstellung des Deutschen Bundes bedeutete insofern eine dreifache Antwort auf die nationalpolitischen Anläufe der Frankfurter Nationalversammlung wie auf das preußische Unionsprojekt und das österreichische Konzept eines „70-Millionen-Reichs“.

Doch die scheinbare Rückkehr zum innenpolitischen wie zum internationalen Status quo vor 1848 war ein Trugschluss. Denn die Erfahrung der Revolution hatte trotz des offenkundigen Scheiterns ihrer unmittelbaren Ziele die Art und Weise grundlegend verändert, wie Menschen Politik erlebten, organisierten und artikulierten. Dass die öffentliche Meinung zu einem Faktor geworden war, den seit den 1850er-Jahren auch Politiker und Diplomaten nicht mehr ignorieren konnten, sollte sich schon wenige Jahre später zeigen. Dass weniger als zwölf Jahre nach dem Ende der Revolutionen in Italien und Deutschland Nationalstaaten entstehen konnten, ist ohne diese Grunderfahrung nicht zu erklären.

Künftige Konkurrenz im Deutschen Bund: Preußen als Verfassungsstaat, Habsburg ohne Konstitution

Carl Schurz (1829–1906)

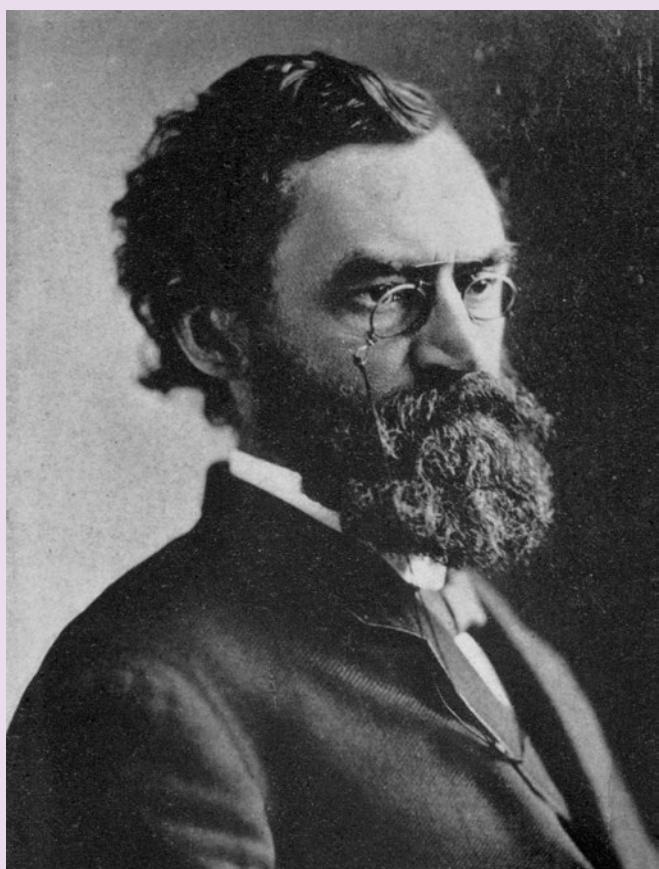
Als ältester Sohn eines Dorflehrers geboren, besuchte Carl Schurz ein Gymnasium in Köln und begann nach seinem Abitur 1847 ein Studium an der Universität in Bonn. Dort schloss er sich unter dem Einfluss seines akademischen Lehrers Gottfried Kinkel, Professor für Kunst-, Literatur- und Kulturgeschichte an der Universität Bonn, im Revolutionsjahr 1848 der demokratischen Bewegung an. Im Mai 1848 gründete Kinkel den Demokratischen Verein in Bonn und wurde im Februar 1849 als demokratischer Kandidat für den Wahlkreis Bonn-Sieg in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Als Symbolfigur der demokratisch-republikanischen Opposition im Rheinland nahm Kinkel zusammen mit Schurz an einem Versuch teil, im Mai 1849 ein Zeughaus in Siegburg zu stürmen, in dem Waffen gelagert wurden. Nach dem Scheitern dieses Unternehmens schloss er sich zusammen mit Kinkel dem badisch-pfälzischen Aufstand an, um in der Pfalz die Reichsverfassungskampagne gegen die militärische Intervention preußischer Truppen zu unterstützen. Auf dem Rückzug nach Baden drohte Schurz die Gefangenennahme, als ihm die Flucht aus der bereits belagerten Festung Rastatt in die Schweiz gelang. Von dort aus kehrte er mit einem gefälschten Pass nach Deutschland zurück, wo es ihm in einer abenteuerlichen Aktion Anfang November 1850 gelang, seinen Lehrer und Freund Kinkel, der in Rastatt verhaftet und von einem preußischen Kriegsgericht zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, aus dem Zuchthaus Spandau zu befreien. Während Kinkel wie Robert Blum als Märtyrer der Revolution galt, wurde Schurz durch seine Aktion bald zu einer populären Figur weit über Deutschland hinaus, auch in den Vereinigten Staaten.

Kinkel und Schurz flohen gemeinsam nach England. Schurz emigrierte im Juli 1852 schließlich in die USA, während Kinkel dort zunächst Geldspenden für geflohene Demokraten organisierte, dann zu seiner Familie nach London zurückkehrte, eine Professur annahm und zu einer wichtigen Figur des politischen Exils wurde. Schurz blieb in den USA, betätigte sich als Farmer in Wisconsin und engagierte sich seit Ende der 1850er-Jahre als revolutionärer Demokrat und entschiedener Gegner der Sklaverei in der Republikanischen Partei. Als begabter Redner war er 1860 durch seinen Einfluss auf die Deutsch-Amerikaner entscheidend an der Wahl Abraham Lincolns zum Präsidenten beteiligt. Nach dessen Wahl erhielt er den Posten eines US-Gesandten in Madrid, den er 1861/62 bekleidete. Nach Ausbruch des amerikanischen Bürgerkrieges kehrte Schurz in die Vereinigten Staaten zurück, erhielt das Kommando über eine deutsch-amerikanische Division, nahm an der Schlacht von Gettysburg teil und schied 1864 aus dem aktiven Militärdienst aus, um Lincolns Wiederwahl zu unterstützen.

Nach dem Ende des Krieges und der Ermordung Lincolns verfasste Schurz im Auftrag des neuen Präsidenten Andrew Johnson einen ausführlichen Bericht über die Südstaaten und empfahl, das Wahlrecht freigelassener Sklaven zur Bedingung für die Wiedereingliederung der Südstaaten in die Union zu machen. Nachdem er sich damit nicht durchsetzen konnte und sich politisch isoliert sah, wurde er Herausgeber der Zeitung „Westliche Post“ in St. Louis. 1867/68 reiste er zwar nach Deutschland und traf dort auch Bismarck, aber

seine politische Karriere setzte er in den Vereinigten Staaten fort. Dort amtierte er zwischen 1869 und 1875 als gewählter Bundes senator von Missouri. Gegenüber Präsident Ulysses Grant ging er auf Distanz, kritisierte dessen Politik der „Reconstruction“ und gründete 1872 sogar eine kurzlebige, gegen Grant gerichtete Partei, die „Liberal Republican Party“. Ab 1876 wieder in der Republikanischen Partei, wurde er zwischen 1877 und 1881 Innenminister unter Präsident Rutherford B. Hayes. In seiner Amtszeit setzte er eine Reform der Verwaltung durch, mit der ein unpolitisches Berufsbeamtentum geschaffen werden sollte, um die Korruption einzudämmen. Auch für die Integration der „first nations“, die indigenen Einwohnerinnen und Einwohner Nordamerikas, in die amerikanische Gesellschaft setzte sich Schurz aktiv ein.

So wurde der deutsche Revolutionär von 1848/49 in den Vereinigten Staaten ein hoch angesehener Repräsentant der Deutsch-Amerikaner. Als Politiker, Journalist und Schriftsteller vermittelte er zwischen Deutschland und den USA, als „elder statesman“ kritisierte er die Parteienkorruption. Nach seiner Zeit als Minister in Washington wurde er in den 1880er-Jahren wieder als Journalist und Publizist tätig, unter anderem als Herausgeber der „New York Evening Post“, und erwies sich 1898 als scharfer Kritiker des Spanisch-Amerikanischen Krieges, weil er darin den Eintritt der USA in eine Phase imperialistischer Expansion erkannte.



Fotografie von Carl Schurz, aufgenommen 1870. In seinem späteren Leben in den Vereinigten Staaten absolviert Schurz eine erfolgreiche politische Karriere.

JÖRN LEONHARD

Die Widersprüche der Revolution: 1848/49 jenseits von „Erfolg“ und „Scheitern“

Warum scheiterte die Revolution von 1848/49? Und was waren ihre Konsequenzen und langfristigen Erbschaften? Erst aus der Verbindung beider Perspektiven ergibt sich ein angemessenes Verständnis.

Zielkonflikte: Revolutionsimpuls und Reformorientierung

Die Revolution begann an verschiedenen Orten Europas als Auseinandersetzung mit der überkommenen Ordnung von Politik und Gesellschaft, die nach 1815 in unterschiedlichen Varianten entstanden war. Angesichts politischer Blockaden, sozialer Krisen und repressiver Praktiken hatte diese Ordnung am Ende der 1840er-Jahre ihre Legitimation für große Teile der Gesellschaft eingebüßt. Für einen kurzen Moment konnten sich viele Akteure seit Februar 1848 auf den Widerstand gegen diese Ordnung einigen, bevor schon nach wenigen Wochen grundsätzliche Zielkonflikte innerhalb der Oppositionsbewegung aufbrachen. Es gab 1848/49 also nicht eine europäische Revolution, sondern unterschiedliche Revolutionen in Europa mit unterschiedlichen Vorläufen, Erwartungen und Ergebnissen. In Frankreich ging es nach den monarchischen Experimenten der Bourbonen nach 1815 und von Louis-Philippe nach 1830 seit Februar 1848 um die Frage, welche Art von Republik an die Stelle der Monarchie treten sollte. Der Konflikt zwischen einer primär politisch definierten Republik mit einer starken bürgerlichen Orientierung an sozialer Stabilität einerseits und einer sozialrevolutionären Weiterführung der Revolution andererseits mündete bereits im Juni 1848 in einem faktischen Bürgerkrieg.

Für viele deutsche Liberale markierte dieser Moment im Sommer 1848 das erneuerte Schreckbild einer Gewalteskalation, die man in Deutschland unter allen Umständen zu verhindern suchte. Hier wie auch in Italien standen die Akteure im Frühjahr 1848 zunächst vor der Doppelaufgabe, politische Freiheit und nationale Einheit zu erreichen. Anders als in Frankreich setzte eine neue Verfassung einen Nationalstaat voraus, den man im Falle Italiens erst in einem Krieg gegen die habsburgische

Fremdherrschaft in Oberitalien erobern musste. In Deutschland führte der Versuch, den Umfang eines künftigen deutschen Nationalstaates zu bestimmen, bereits im Herbst 1848 zur ersten großen Krise der Revolution. Sie unterstrich die internationalen Konsequenzen, aber auch die beschränkten Handlungsmöglichkeiten der Frankfurter Nationalversammlung sowie der Zentralgewalt.

Vor diesem Hintergrund ließ die Grundfrage nach der politischen Ausgestaltung des angestrebten Nationalstaates in Deutschland bald tiefgreifende programmatiche Unterschiede hervortreten, die nicht nur die parlamentarischen Beratungen kennzeichneten, sondern auch die konkrete Erfahrung der Politik in Vereinen, Volksversammlungen und Medien. Diese Spannungen waren nicht neu, sondern hatten sich im deutschen Vormärz seit den 1830er-Jahren angekündigt und waren kurz vor Ausbruch der Revolution auch organisatorisch fassbar geworden. Hinter der Alternative „konstitutionelle Monarchie“ oder „soziale Republik“ bildete sich ein Gegensatz aus, der seine Ursprünge in den 1840er-Jahren hatte. Bürgerliche Liberale hielten trotz aller Enttäuschungen an ihrem Vertrauen auf eine immer noch mögliche Reform von Staat und Gesellschaft in Zusammenarbeit mit Fürsten und Monarchen fest. Die demokratische Linke berief sich demgegenüber auf die revolutionär erkämpfte Volksouveränität und war bereit, den Revolutionsimpuls zu nutzen, um nicht nur politische Freiheitsrechte, sondern auch soziale Rechte durchzusetzen.

Im Verlauf der Revolution geriet auch in Deutschland die Einheit der Oppositionsbewegung vom März 1848 nach wenigen Wochen unter starken Druck. Der Weg zum ersten gewählten Parlament der Deutschen war Ausdruck des von bürgerlichen Liberalen dominierten Kurses, die Revolution so schnell wie möglich zu kanalisieren, Barrikadenkämpfe und Straßendemonstrationen hinter sich zu lassen und sich auf einen Kurs der Legalisierung und Parlamentarisierung durch eine verfassung-

Die deutsche Erfahrung von 1848/49: politische Freiheit, nationale Einheit und Ausdifferenzierung der Oppositionsbewegung



Die Karikatur „Rundgemälde von Europa im August 1849“ (1849) thematisiert die Niederschlagung der Revolution, hier vor allem symbolisiert durch Napoleon III. in Frankreich und Friedrich Wilhelm IV. in Preußen. Als einer der wenigen Zeitgenossen verweist Ferdinand Schröder (1818–1859) damit auf die gesamteuropäische Dimension der Ereignisse 1848/49.

gebende Nationalversammlung zu konzentrieren. Doch gleichzeitig beruhte ihre konkrete Handlungsmacht auf dem revolutionären Impuls, den Volksversammlungen und auch der Drohung mit Gewalt oder der konkreten Gewalterfahrung wie etwa in den Märzkämpfen in Berlin. Die Anhänger einer demokratischen Republik mit sozialen Grundrechten zeigten sich mehrfach bereit, aus diesem Kurs auszuscheren, etwa im badischen Aprilaufstand von Hecker und Struve, in der Septemberkrisis 1848 und zuletzt in der Reichsverfassungskampagne im Sommer 1849.

Der zumeist bildungsbürgerlich geprägte Kern der liberalen Reform- und Nationalbewegung verfolgte begrenzte politische Ziele, und ihre Repräsentanten handelten immer wieder als „Revolutionäre wider Willen“. Sie nutzten also die revolutionär vergrößerte Handlungsfreiheit, aber sie scheuteten in ihrem Kooperationskurs gegenüber Fürsten und Monarchen vor dem revolutionären Bruch zurück, weil sie eine sozialrevolutionäre Entgleisung wie in Frankreich fürchteten. Dieser Widerspruch zwischen Reformziel und Revolutionsimpuls kennzeichnete ihr Handeln seit März und prägte noch ihre Distanz gegenüber der Reichsverfassungskampagne, in der die meisten von ihnen nicht die Chance erkannten, die verabschiedete Verfassung zu verteidigen, sondern die Gefahr einer „roten Revolution“ erblickten.

Handlungsmacht und Handlungsgrenzen der Revolution 1848/49

Um die Revolution angemessen zu verstehen, muss man den oft hervorgehobenen Gegensatz zwischen „Parlament“ und „Straße“ zugunsten einer integrativen Deutung überwinden, die nach der Verflechtung der unterschiedlichen Handlungsebenen fragt. Aus dieser Perspektive lässt sich die Frankfurter Nationalversammlung nicht einfach mit „der Demokratie“ unserer Gegenwart gleichsetzen. Demokraten mit ihrer Forderung nach politischer und sozialer Gleichheit und der Überwindung der konstitutionellen Monarchie in eine „soziale Republik“ bildeten in der Paulskirche allenfalls eine oppositionelle Minderheit. Liberale und Konservative dagegen blickten skeptisch auf das Konzept der Volkssouveränität. Aus der Angst vor Terror, Anarchie und Bürgerkrieg neigten sie allerdings dazu, das Gewaltpotenzial der radikalen Republikaner in ihrer Breitenwirkung immer wieder zu überschätzen. Denn auch außerhalb der Parlamente gab es, von einzelnen Regionen wie Baden abgesehen, keine breite Mehrheit in der Bevölkerung für einen entschieden sozialrevolutionären Kurs und die Einführung einer Republik unter Anwendung radikaler Gewalt. Den Weg zur Nationalversammlung und zur Verfassung kann man also nur verstehen, wenn

Kontroverse Zielhorizonte: Reformorientierung, Revolutionsimpulse, soziale Republik

Überforderung der Revolution bei gleichzeitig zuneh- mendem Zeitdruck ab Sommer 1848

man die Revolutionsbewegung außerhalb der Parlamente als entscheidenden Handlungsimpuls mit einbezieht, ohne sie vorschnell allein auf eine einseitige Gewaltgeschichte zu reduzieren.

Als wesentliches Problem erwies sich eine strukturelle Überforderung der Revolution bei wachsendem Zeitdruck bereits ab dem Sommer 1848. Die raschen Erfolge zu Beginn der Revolution erhöhten den Entscheidungs- und Handlungsdruck genau in dem Moment, in dem die Kräfte der Gegenrevolution begannen, sich wieder zu stabilisieren. Jetzt zeigte sich, dass die deutsche Revolution zu Beginn nicht nur vor den Thronen, Altären, vor der Diplomatie und den einzelstaatlichen Bürokratien Halt gemacht hatte. Vor allem konnte sie trotz der Einrichtung einer Provisorischen Zentralgewalt und eines in der Praxis funktionierenden parlamentarischen Mehrheitsmechanismus in der Nationalversammlung zu keinem Zeitpunkt die Kontrolle über militärische Mittel der Einzelstaaten sichern. Als ab Herbst 1848 die Handlungsspielräume der Revolution abnahmen, erwiesen sich schnell auch die Grenzen der parlamentarischen Handlungsmacht. Der im Frühjahr 1848 ausgebliebene Eltentausch beließ den Kräften der Gegenrevolution entscheidende militärische Machtresourcen, wie sich in Preußen und Österreich als Flügelmächte des Deutschen Bundes zeigte.

Dieses grundlegende Defizit war bereits im Krieg gegen Dänemark und während der Krise um die Annahme des Waffenstillstands von Malmö deutlich geworden, denn die Zentralgewalt blieb in ihrem Handeln auf die militärischen Ressourcen der Einzelstaaten angewiesen. Das aber kehrte sich ab Herbst gegen die Frankfurter Institutionen und ab Frühjahr 1849 gegen die Errungenschaften der Revolution. Auch in der Endphase erwies sich noch einmal die Verflechtung der europäischen Revolutionszentren. Denn Eisenbahn und Telegrafie katalysierten europäische Medien- und Kommunikationszusammenhänge, aber auch Gerüchte und Verschwörungserzählungen. Wie der Aufbruch der Revolutionsbewegungen im Frühjahr 1848, so vollzogen sich auch die gegenrevolutionären Offensiven ab Herbst 1848 in einem gesamteuropäischen Zusammenhang. Die Niederschlagung des Juni-Aufstands in Paris, vor allem aber die Ereignisse in der Habsburgermonarchie gaben entscheidende Signale für die gegenrevolutionäre Offensive in den deutschen Einzelstaaten, vor allem in Preußen.

Politische Paradigmenwechsel: Selbstorganisation und Agenda- Setting

Dennoch wäre die Etikettierung der Ereignisse von 1848/49 als eine gescheiterte Revolution, welche die Politik in Deutschland ab 1850 gleichsam alternativlos auf den Kurs einer von Preußen dominierter Einigung, auf die Kriege um die Durchsetzung des deutschen Nationalstaats und die kalkulierte

Machtpolitik des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck gezwungen habe, einseitig. Vielmehr muss man im Rückblick dem Misserfolg der Nationalstaatsbildung von unten die langfristigen Wirkungen von 1848/49 gegenüberstellen. Zu den bleibenden Errungenschaften der Revolution zählte die Bauernbefreiung und damit das Ende der letzten feudalen Relikte. Dazu kamen grundlegende Erfahrungen, wie man politische Interessen in Parlamentsfraktionen, Volksversammlungen oder Petitionen organisierte. Hinzu trat schließlich trotz des kurzfristigen Scheiterns der Paulskirche der eindrückliche Beweis parlamentarischer Arbeitsfähigkeit und konstitutioneller Praxis, wie der Grundrechtskatalog und die Ausarbeitung der Verfassung bewiesen.

Von besonderer Bedeutung waren Impulse für die Entwicklung der Arbeiter- und Frauenbewegung. Sie gründeten auf der Erfahrung einer konkreten Handlungsmacht jenseits der Parlamente, in Vereinen, Netzwerken, Volksversammlungen und Medien. Dazu gehörte auch der Einsatz kollektiver Gewalt, aber immer zugleich die Praxis, durch Gewaltandrohung eigene Interessen durchzusetzen. Während viele städtische Arbeiter diese Mobilisierung und Politisierung als Forderung nach sozialen Grundrechten, als Gestaltung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Mündigkeit erfuhren, blieb dieses Programm einer „sozialen Republik“ für weite Teile des Bürgertums mit dem Schreckbild revolutionärer Entgleisung verknüpft. Die von vielen Liberalen lange vertretene Vorstellung, man könne die unterbürgerlichen Gruppen und Arbeiter langfristig durch Bildung, Besitz und Selbständigkeit in einen bürgerlichen Staat integrieren, erwies sich seit 1848/49 angesichts der Selbstorganisation und der Anfänge der Arbeiterbewegung als zunehmend unrealistisch.

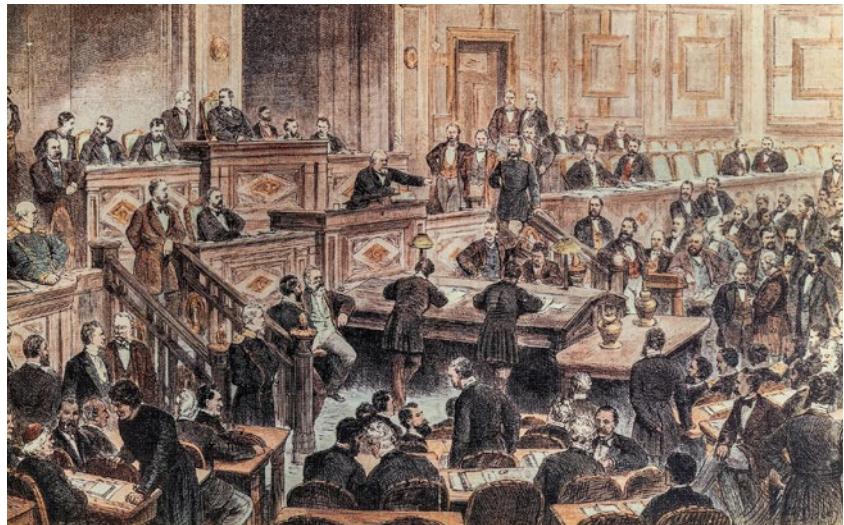
Die konstitutionellen und nationalpolitischen Hoffnungen vieler Zeitgenossinnen und Zeitgenossen wurden bitter enttäuscht, und in den ersten Jahren nach dem Sommer 1849 entwickelte sich eine harte Repression in den deutschen Bundesstaaten, die mit militärischer Besetzung (etwa in Baden), Gefängnis, erzwungenem Exil und polizeistaatlicher Überwachung vieler Teilnehmer der Revolution einherging. Dennoch bedeutete das Ende der Revolution nicht einfach eine Restauration der vormärzlichen Strukturen von Staat und Gesellschaft. Zu den langfristigen Wirkungen gehörte eine Definition der Zukunftsthemen, die sich im Blick auf politische Fortschritte und die Nationsbildung der Deutschen nicht mehr wie nach 1815 unterdrücken ließen. Gegen das Bild der Restauration sprachen daher die vielen Reformen, welche die Form von „Regierungsrevolutionen“, so der australisch-britische Historiker Christopher Clark, annahmen und die über 1849 fortwirkten, also vor allem rechtliche und wirtschaftliche Modernisierungsanstrengungen.

In zuvor nicht konstitutionalisierten Staaten wurden nun Verfassungen in Kraft gesetzt. Das galt in Italien für das Königreich Sardinien-Piemont mit dem „Statuto Albertino“ und im Deutschen Bund

für Preußen. Auch wenn die preußische Verfassung oktroyiert war, drückte sich hier wie im „Statuto Albertino“ der Wille der Regierungen aus, mit den bürgerlichen Vertretern der Reform- und Nationalbewegung zusammenzuarbeiten. Nachdem der Krimkrieg die 1815 begründete Funktion Russlands als Garant eines Gleichgewichts der europäischen Mächte beendet hatte, kam am Ende der 1850er-Jahre auch in nationalpolitischer Hinsicht wieder Bewegung in die Politik. Das bewies, dass sich die 1848/49 so dynamisch entfaltete Agenda der Nationalstaatsbildung nicht zurückdrängen ließ, sondern ein entscheidendes Ziel der politischen Öffentlichkeit blieb. Am Ende gelang diese Nationalstaatsbildung in Italien wie in Deutschland nicht durch ein Bündnis zwischen Bürgertum, klein- und unterbürgерlichen Schichten und Arbeitern, sondern durch eine spannungsreiche Kooperation zwischen dem Staat und einem Teil der bürgerlichen Nationalbewegung.

Insgesamt markierte 1848/49 den Höhepunkt einer Entwicklung, die sich seit den 1830er-Jahren beschleunigt und Politiker in ganz Europa mit einem krisenhaften Wandel konfrontiert hatte. Konservative Gegner versuchten nach 1849, die Revolution als bloß kurze Unterbrechung von traditioneller Ordnung und Normalität, als zwei „tolle Jahre“ darzustellen. Doch diese Kennzeichnung wurde weder dem Charakter der Revolution noch ihren langfristigen Wirkungen gerecht. Denn in allen betroffenen Gesellschaften veränderte sich die konkrete Erfahrung der Politik. Es entstanden eine Öffentlichkeit und ein nationaler Raum, in dem unterschiedliche Bewegungen, Organisationen und Medien miteinander konkurrierten. Ohne sie lässt sich die Entstehung moderner Parteien und Fraktionen seit den 1850er-Jahren nicht verstehen. Die Erfahrung sozialer Mobilisierung, politischer Kommunikation und der Gestaltbarkeit politischer und sozialer Interessen innerhalb und außerhalb von Parlamenten widersprachen sowohl der Vorstellung eines unpolitischen „Biedermeier“ nach dem Wiener Kongress als auch einer politischen „Restauration“ in den 1850er-Jahren.

Insofern steht die Revolution von 1848/49 für eine strukturelle Krise in der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft und einen Paradigmenwechsel des Politischen. Die Erfahrung einer Politik, die aufhörte, lediglich zum abgeschlossenen Geheimbereich von Hof, Kirche oder einer ständisch verfassten Minderheit zu gehören, steigerte die Ansprüche auf Teilhabe und Interessenvertretung. Mochte die Revolution von 1848 im engeren konstitutionellen oder nationalpolitischen Sinne keine unmittelbaren Erfolge hervorbringen, so dokumentierten die Jahrzehnte nach 1849 die anhaltenden Wirkungen einer tiefgreifenden Teilhabe- und Kommunikationsrevolution. Eine neue Generation von Politikern reagierte auf diese Konstellation und entwickelte neue politische Praktiken, in denen die Berufung auf die Volkssouveränität sich mit autoritären Grundzügen verbinden konnte. In Frankreich entstand mit dem Bonapartismus im Grunde der



▼
Eine Sitzung des deutschen Reichstags 1874, Reichspräsident Otto von Bismarck sitzt ganz links auf der Regierungsbank. Bismarck steht exemplarisch für einen neuen Politikertypus nach 1848/49.

Urtypus eines populistisch-autoritären Politikverständnisses, indem der Neffe Napoleons I., Louis Napoleon III. (1808–1873), ab 1851/52 auf eine Mischung aus Revolutionsmythos und autoritärer Regierungspraxis, aus allgemeinem Männerwahlrecht, plebisizitärer Absicherung und Wahlmanipulationen setzte. In Italien suchte Camillo Cavour (1810–1861) als piemontesischer Premierminister die diplomatische Chance, den Einfluss seiner Heimat als italienische Staatsnation zu erweitern und zugleich die radikal-demokratische Bewegung einzudämmen, indem er die Schaffung eines italienischen Nationalstaats nach 1859 durch Plebiszite in den einzelnen Staaten Italiens absichern ließ.

Auch die von Otto von Bismarck betriebene Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts im Norddeutschen Bund 1867 und dann im kleindeutschen Kaiserreich 1871, das dem Bundeswahlgesetz von 1848 entsprach, dokumentierte eine neuartige Politikpraxis, die Fortschrittlichkeit, Popularitätsstrategien und autoritäre Repressionsbereitschaft miteinander verband. Immer ging es in diesen unterschiedlichen Konstellationen um den Versuch, Ordnungsstrukturen und soziale Stabilität mit dem Anspruch zu verbinden, politische Herrschaft gewandelten Bedingungen anzupassen, für die gerade die Revolutionserfahrung von 1848/49 stand. Im Gegensatz zu den europäischen Staatsmännern des frühen 19. Jahrhunderts, die nach 1815 eine am postrevolutionären Status quo orientierte Innenpolitik betrieben hatten, blieb der Generation Napoleons III., Cavaours, Bismarcks oder Benjamin Disraelis (1804–1881) in Großbritannien die Einsicht, auf eine Epoche krisenhafter Beschleunigung flexibel reagieren zu müssen. Darin lag eine entscheidende Erbschaft der Revolution von 1848/49. Anders als die Revolutionäre dieser Jahre suchten die „weißen Revolutionäre“ der folgenden Jahrzehnte ideologisch konservative Ziele mit radikalen, ja auch revolutionären, sich jedenfalls aus den Zwängen der Tradition befreien Mitteln zu erreichen.

Neue Agenden, Medien und Instrumente der Politik nach 1848/49

JÖRN LEONHARD

Geschichte und Gegenwart: Die Erbschaften der Revolution von 1848/49

In der deutschen Erinnerungskultur erscheint die Frankfurter Nationalversammlung oft als Vorläuferin der modernen parlamentarischen Demokratie. Aber die Erfahrung von 1848/49 geht weit darüber hinaus.

Desillusionierung, Verdrängung, Wiederentdeckung: Die Deutschen und die Revolution 1848/49

Wechselnde Bedeutung der Revolution 1848/49 in den Geschichtsbildern der Deutschen

Wie gingen nachfolgende Generationen mit den Erfahrungen von 1848/49 um, und was verbindet uns mit dieser deutschen Revolution? In den unmittelbaren Reaktionen der Zeitgenossinnen und Zeitgenossen auf das Ende der Revolution dominierte zunächst die Kritik und Desillusionierung. Kritisierten Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) aus der Sicht der kommunistischen Bewegung den Verrat der Revolution der Massen mit der Feigheit des Bürgertums als Klasse, plädierte der Publizist und liberale Politiker August Ludwig von Rochau (1810–1873) dafür, den unpraktisch-naiven Idealismus der Revolutionäre von 1848/49 durch eine Konzentration auf die „Realpolitik“ zu überwinden, sich an gegebenen Umständen zu orientieren und erreichbare Ziele anzustreben.

Nach der Reichsgründung von 1871 sahen viele Nationalliberale, die durch die Erfahrung von 1848/49 geprägt worden waren, ihre Ziele erfüllt. Zwar stand am Beginn dieses deutschen Nationalstaates nicht mehr eine Deputation von Abgeordneten und keine Revolution von unten, sondern der Krieg gegen Dänemark von 1864, der durch die Übernahme von Schleswig und Holstein in preußische und österreichische Verwaltung die Schleswig-Holstein-Frage entschied, sowie die Proklamation des Zweiten Deutschen Reichs durch uniformierte Fürsten in einem Krieg gegen das zum Erzfeind stigmatisierte Frankreich. Aber viele Nationalliberale hofften dennoch, dass der nun geschaffene Nationalstaat den Rahmen für eine weitere progressive Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft bilden werde – also eine Fortsetzung der Regierungsrevolutionen der 1850er- und 1860er-Jahre in der Entwicklung von Wirtschaft, Recht und Parlamentarismus.

Dennoch entwickelte sich das Wilhelminische Kaiserreich in deutlicher Distanz zu den Erfahrungen von 1848/49. Pro-preußische Historiker und Publizisten betonten die Irrtümer und Widersprüche der Revolutionäre, nachdem der preußische Ministerpräsident und erste deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck bereits wirkungsvoll den Gegensatz zwischen „Majoritätsbeschlüssen“ und einer Praxis von „Eisen und Blut“ formuliert hatte. Eine positive Erinnerung an die Revolution entwickelte sich vor 1914 vor allem in der Sozialdemokratie, deren Anhänger die Revolution in die Vorgeschichte der Arbeiterbewegung einordneten. Das Ende des Ersten Weltkrieges und der Monarchie, die Revolution vom November 1918, vor allem aber die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie und der Grundrechte in der Weimarer Verfassung legten positive Rückbezüge auf 1848/49 nahe. Aber dies blieb auf das sozialdemokratische und linksliberale Milieu beschränkt, während rechte und national-konservative Kritikerinnen und Kritiker die beiden Revolutionen von 1848/49 und 1918 in eine negative Kontinuität einordneten und ablehnten.

Nach der Erfahrung der Demokratiekrisse und der nationalsozialistischen Machteroberung entwickelten sich nach 1945 unterschiedliche Deutungen von 1848/49. In der Bundesrepublik erschien die gescheiterte Revolution als Auftakt zu einem verhängnisvollen Sonderweg der deutschen Geschichte, mit der man die Katastrophengeschichte zwischen 1933 und 1945 zu erklären suchte. Der Misserfolg von 1848/49 habe von der Defensive des liberalen Bürgertums zur Kapitulation gegenüber dem autoritären Machtstaat Bismarcks geführt und die bürgerliche Mitte nach 1918 für die faschistische Gefahr anfällig gemacht. Während sich die Geschichtspolitik der DDR auf die Barrikadenkämpfe in Berlin, Leipzig und Dresden oder den Heckerzug in Baden konzentrierte, feierte man in der Bundesrepublik die Arbeit der Frankfurter Nationalversammlung als Vorläufer der parlamentarischen Demokratie.



▼
Anlässlich des 175. Jahrestags der Zusammenkunft der Nationalversammlung in der Paulskirche 1848 ist der Platz vor der Paulskirche mit Bändern dekoriert. Ein Band trägt die Aufschrift „Demokratie lebt“, aufgenommen am 21. Mai 2023.

Dazu passte seit den 1970er-Jahren die offizielle Rückbesinnung auf eigene deutsche Demokratietraditionen.

So setzte sich Bundespräsident Gustav Heinemann (1899–1976) für die Einrichtung einer Denkstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Raststatt ein. Für Heinemann ging es darum zu zeigen, „dass unsere heutige Verfassung durchaus eigenständige Wurzeln“ habe „und nicht nur eine Auflage der Sieger von 1945“ sei. Diese Interpretation hat seit dem 150-jährigen Jubiläum der Revolution 1998 neue Impulse erhalten. In einem von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier 2021 persönlich mitherausgegebenen Sammelband zu „Wegbereitern der deutschen Demokratie 1789–1918“ waren acht der dreißig dort besprochenen Personen an der Revolution von 1848/49 beteiligt.

1848/49 in der Gegenwart der bedrohten Demokratie

Die Frage, was wir mit der Revolution von 1848/49 verbinden, begleitet uns bis in die Gegenwart. Die Diskussion um die Frankfurter Paulskirche als Zentralort der deutschen Demokratiegeschichte ist dafür ein Symptom. Die Forderung, das Gebäude in seinem Zustand von 1848 „authentisch“ zu rekonstruieren, um den konkreten Raum als historischen

Ort der deutschen Demokratie hervorzuheben, steht dabei exemplarisch für die Versuche, eine eigene deutsche Demokratiegeschichte zu entwickeln. Sie erscheinen umso relevanter, je stärker die Errungenschaften der Demokratie in Deutschland, Europa und global angesichts des Erfolgs populistischer und autoritärer Gegenmodelle unter Druck geraten.

Doch ein Blick auf die konkreten Akteure und ihre Erfahrungen 1848/49 beweist, dass sich die Revolution vielen geschichtspolitischen Erwartungen der Gegenwart entzieht. 1848/49 ist ohne Zweifel ein Ort der deutschen Demokratiegeschichte, aber weder im Sinne einer negativen Sonderwegsgeschichte der Deutschen, noch einer geradlinigen Vorgeschichte der parlamentarischen Demokratie nach 1945. Wer sich auf ein historisches Verständnis einlässt, wird eher die vielen Orte und Erfahrungsräume und daher auch die Widersprüche der Revolution in den Blick nehmen. Die Revolution ging nicht in der Geschichte der Parlamente und besonders der Frankfurter Nationalversammlung auf, so wichtig ihre Arbeit und das Verfassungswerk auch waren. Zur Revolution gehörten das Wahllokal und das parlamentarische Plenum genauso wie der Verein, die Redaktion und die Barrikade. Zur Erfahrung von 1848/49 gehörten die Wirkungen und langfristigen Erbschaften über das kurzfristige Scheitern hinaus wie auch die vielen Wege der Achtundvierziger – in Deutschland, nach Europa oder an die vielen Orte des Exils, wo sie ihre Erfahrungen der Revolution in andere Gesellschaften einbrachten.

1848/49 als Ort der deutschen Demokratiegeschichte



„Der Blick ist diversifizierter geworden“ – Die Revolution von 1848 aus gegenwärtiger Perspektive

Die Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt am Main, Mirjam Wenzel, über die Debatte über Tradition, Demokratie und Paulskirche.

Michael Hesse: [...] Wenn man auf die Feier des 150. Jahrestages der Revolution von 1848 zurückblickt: Muss man die Akzente am 175. Jahrestag anders setzen, allein schon aufgrund der vielen Ereignisse wie Nine-Eleven, Finanzkrise, Flüchtlingskrise, Pandemie und Krieg, die sich im letzten Vierteljahrhundert ereigneten?

Mirjam Wenzel: Diese Ereignisse und deren Folgen verändern natürlich die Perspektive, unter der wir heute auf das Jahr 1848 blicken. Die Paulskirche ist der Ort, an dem zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine demokratische Verfassung mit einem Grundrechtekatalog erarbeitet wurde. Der 175. Jahrestag fordert dazu auf, über die Verfasstheit von Demokratie heute nachzudenken: wie demokratisch ist unsere Gesellschaft? Wie stabil sind Demokratien in einer globalisierten Welt? Diese Fragen deuten darauf hin, dass wir uns heute in einer ganz anderen Situation als vor 25 Jahren befinden. Damals war der Kalte Krieg soeben – vermeintlich – zu Ende, die Globalisierung der Wirtschaft und die Digitalisierung ließen auf eine Welt hoffen, die zusammenwachsen könnte. Man wähnte sich „am Ende der Geschichte“. Heute haben wir es global mit einem Erstarken autoritärer Herrscher zu tun, die zumeist männlich sind, sich mehr oder weniger demokratisch legitimieren lassen und dann das, was Demokratie auszeichnet, nämlich Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit systematisch abschaffen. Zugespitzt gesagt, steht heute die Frage im Raum, ob wir in globaler wie europäischer Hinsicht nicht auf das Ende der Demokratie zusteuern. Und eben diese Entwicklung wirft die Frage auf, in welcher Gesellschaft wir leben wollen? Bzw. was wir tun können und auch müssen, um sicher zu stellen, dass die Gesellschaft von morgen weiterhin demokratisch verfasst ist?

Hesse: Vielleicht hat man vor 25 Jahren viele Dinge noch nicht so gesehen, wie wir es heute tun. Etwa die Rolle der Frauen in der Revolution. Sind viele Felder noch unterrepräsentiert in Bezug auf die Paulskirche und Demokratisierung?

Wenzel: Ich denke schon. Der Blick, den wir auf die Vormärz-Bewegung und die Nationalversammlung von 1848 werfen, ist diversifizierter geworden. Heute fällt es allgemein auf, dass die Frauen 1848 auf der Tribüne saßen, während die Männer debattierten. Frauen werden in unseren Diskursen um die Diversität unserer Gesellschaft ja gerne in einem Atemzug mit gesellschaftlichen Minderheiten genannt, also als eine Minderheit verstanden (was sie nicht sind).

Das Aufregende an der Nationalversammlung in puncto Diversität waren indes weniger die Zwischenrufe der Frauen von der Tribüne, sondern die sieben jüdischen Abgeordneten, von denen einer, nämlich der Hamburger Jurist Gabriel Riesser, sogar zum Vizepräsidenten avancierte und eine entscheidende Rolle im Verfassungsausschuss spielte. Die Nationalversammlung und die Vormärz-Bewegung, deren

Vordenker ja der Frankfurter Ludwig Börne war, spielten eine entscheidende Rolle im Kampf der deutschen Juden um Gleichberechtigung. [...] Die von ihnen eingeforderte Gleichberechtigung an einer politischen Praxis, die Minderheitsperspektiven berücksichtigt – das ist ein Aspekt der Geschichte, der heute sehr viel stärker wahrgenommen wird als noch vor 25 Jahren.

Hesse: Jetzt gibt es Stimmen, die sagen: Eigentlich steht die Paulskirche für etwas Nationales und vor allem für Parlamentarismus. Dieses solle man würdigen, wie man es früher auch getan hat. Gibt es dafür gute Gründe?

Wenzel: Die Frage ist immer, worüber wir sprechen, wenn wir über die Paulskirche reden. Über die Nationalversammlung, die hier tagte? Oder über den Wiederaufbau von 1948 und das, was seither an dem symbolischen Ort stattgefunden hat? [...]

Die interessante Frage aber ist weniger, welche Bedeutung die Idee einer deutschen Nation heute hat, sondern vielmehr, ob die Grundrechte, die in der Nationalversammlung verabschiedet wurden, heute jenseits von Nationalstaatlichkeit garantiert werden können. Ob also etwa die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die genau 100 Jahre später von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, eine globale Gültigkeit hat? Und ob diese Gültigkeit überstaatlich



Der Hamburger Jurist Gabriel Riesser (1806–1863) ist einer von sieben jüdischen Abgeordneten in der Frankfurter Nationalversammlung, zu deren Vizepräsident er zudem gewählt wird. Bild von 1850



Quelle: Thomas Plaßmann, „Demokratie“ (2020)

durchgesetzt werden kann, wo der Internationale Gerichtshof, der dies könnte, doch davon abhängig ist, dass die Nationalstaaten ihn anerkennen? Die Nationalstaaten sind ja heute in überstaatlichen Organisationen der UNO oder der UNESCO die entscheidenden Handlungsträger. Das birgt Konfliktpotenzial. Wie können Grundrechte also jenseits nationalstaatlicher Interessen durchgesetzt werden? Das finde ich eine relevante Frage, gerade weil wir zurzeit ein Erstarken der Nationalismen erleben. Deswegen finde ich es wichtig, die Geschichte von 1848 auch unter diesem Aspekt zu beleuchten. Denn wir können heute nicht mehr über die Idee der deutschen Nation sprechen, ohne über die Vorstellung einer deutschen Überlegenheit und die beiden Weltkriege zu sprechen, in denen sie mündete.

Hesse: Wenn das Nationale schwierig ist, welche Bedeutung messen Sie dann dem Parlamentarismus in der Geschichte von 1848 bei?

Wenzel: Die Nationalversammlung von 1848 war parlamentarisch organisiert. Es gab verschiedene Parteien, die sich in Fraktionen organisierten und nach den Häusern benannten, in denen sie sich versammelten, und es wurde in Ausschüssen gearbeitet sowie im Plenum diskutiert. Man stritt sich, debattierte und handelte Kompromisse aus, um Mehrheiten zu gewinnen. Es wurde also ebenso gearbeitet, wie dies ein

Parlament heute tut. Das Parlament ist eine zentrale Säule unserer Demokratie; ohne das Parlament gäbe es keine Gesetzgebung. Mit der Tatsache, dass die Rede und die einzelne Person im Parlament eine zentrale Rolle spielen, ist jedoch auch eine Gefahr verbunden – Stichwort Populismus oder Fake News. Nicht selten finden nämlich die Reden von Personen mehr Gehör, die Tatsachen vereinfachen oder verdrehen und Ängste in der Bevölkerung schüren, für die sie dann Abhilfe schaffen wollen. In Demagogie und Populismus bestehen sicherlich die größten Gefahren für die liberalen Demokratien westlicher Prägung – zumal angesichts der Macht von Social Media. [...]

Michael Hesse, „Debatte über die Paulskirche: „Wir müssen die Perspektive verändern“, Interview mit Mirjam Wenzel, Frankfurter Rundschau von 27. Oktober 2022. Online: www.fr.de/kultur/gesellschaft/debatte-ueber-die-paulskirche-wir-muessen-die-perspektive-veraendern-91878399.html



Am 18. März 1998 wird der Platz vor dem Brandenburger Tor kurzzeitig symbolisch umbenannt, um an die Barrikadenkämpfe 150 Jahre zuvor zu erinnern. Seit 2000 heißt er offiziell „Platz des 18. März“ und erinnert so auch an die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR von 1990.

Chronologie

Daten und Schlüsselbegriffe zu wichtigen Ereignissen

8.6.1815	Begründung des Deutschen Bundes durch die Deutsche Bundesakte
18.10.1817	Wartburgfest
23.3.1819	Ermordung August von Kotzebues durch Carl Sand
20.9.1819	Verabschiedung der Karlsbader Beschlüsse und Beginn der Demagogenverfolgungen gegen Professoren und Studenten
5.7. und 28.7.1830	Unterdrückungsmaßnahmen des Deutschen Bundes gegen liberale und demokratische Oppositionsgruppen
27.–29.7.1830	Julirevolution in Frankreich
28.5.1832	Hambacher Fest
1.1.1834	Deutscher Zollverein tritt in Kraft
7.6.1840	Regierungsantritt des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV.
Oktober 1840	Rheinkrise
Juni 1844	Weberaufstand in Schlesien

August 1845 Beginn der Agrar- und Gewerbekrise (bis 1847/48)

11.4.–26.6.1847 Sitzung des Vereinigten Preußischen Landtags

12.9.1847 Treffen der süddeutschen Demokraten in Offenburg

10.10.1847 Treffen der süddeutschen Liberalen in Heppenheim

Ereignisse 1848

12.2.1848 Antrag Friedrich Daniel Bassermanns zur Reform des Deutschen Bundes

22.–24.2.1848 Revolution in Paris

27.2.1848 Mannheimer Volksversammlung

3.3.1848 Aufhebung der Preszensur durch den Deutschen Bundestag

Anfang März 1848 Beginn von Agrarunruhen in Hessen-Darmstadt und Baden

5.3.1848 Bildung eines Märzministeriums in Hessen-Darmstadt unter Heinrich von Gagern

Heidelberger Versammlung von 51 Liberalen und Demokraten

6.3.1848	Bildung eines Märzministeriums in Württemberg	11.7.1848	Einzug des Reichsverwesers Erzherzog Johann in Frankfurt
10.3.1848	Berufung des Siebzehnerausschusses durch den Bundestag zur Reform des Deutschen Bundes	22.7.1848	Eröffnung des konstituierenden Reichstags in Wien
13.3.1848	Kämpfe in Wien und Rücktritt des österreichischen Staatskanzlers Metternich	21.–23.8.1848	Arbeiterunruhen in Wien
18.–19.3.1848	Kämpfe in Berlin, Proklamation des preußischen Königs „An meine lieben Berliner“	26.8.1848	Preußisch-dänischer Waffenstillstand von Malmö
19.3.1848	Abdankung König Ludwigs I. von Bayern zugunsten seines Sohnes	4.–5.9.1848	Debatte um Malmö-Waffenstillstand und Ablehnung des Waffenstillstands in der Frankfurter Nationalversammlung
21.3.1848	Ehrung der Märzgefallenen durch den preußischen König in Berlin	8.9.1848	Rücktritt des preußischen Märzministeriums Auerswald-Hansemann
	Bildung eines Märzministeriums in Österreich	16.9.1848	Annahme des Waffenstillstands von Malmö durch die Nationalversammlung
24.3.1848	Ausrufung einer provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein	16.–18.9.1848	Septemberaufstand mit Barrikadenkämpfen in Frankfurt
28.3.1848	Abschaffung der Frondienste durch den österreichischen Kaiser	21.–25.9.1848	Zweiter badischer Aufstand (Struve-Putsch)
29.3.1848	Bildung eines Märzministeriums in Preußen unter Ludolf Camphausen und David Hansemann	6.–7.10.1848	Volksaufstand in Wien und Flucht des Kaisers nach Olmütz
31.3.–3.4.1848	Tagung des Vorparlaments in Frankfurt	26.10.1848	Beginn des Zweiten Demokratenkongresses in Berlin
12.4.1848	Ausrufung der badischen Republik durch Friedrich Hecker in Konstanz	30.–31.10.1848	Eroberung Wiens durch kaiserliche Truppen und Kapitulation der Aufständischen
20.4.1848	Ende des badischen Aprilaufstands (Hecker-Zug) durch die militärische Niederlage bei Kandern	1.11.1848	Bildung des preußischen Ministeriums Brandenburg
22.4. und 2.5.1848	Aufnahme eines Teils von Posen in den Deutschen Bund	9.11.1848	antirevolutionärer Staatsstreich in Preußen und Hinrichtung Robert Blums in Wien
3.5.1848	Einmarsch von Bundestruppen in Dänemark	12.11.1848	Verhängung des Belagerungszustands über Berlin
15.5.1848	Ausbruch neuer Unruhen in Wien	22.11.1848	Wiedereröffnung des verlegten österreichischen Reichstags in Kremsier
18.5.1848	Zusammentritt der Deutschen Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche	23.11.1848	Gründung des Zentralmärzvereins in Frankfurt
22.5.1848	Eröffnung der Preußischen Nationalversammlung in Berlin	2.12.1848	Abdankung des österreichischen Kaisers Ferdinand I. zugunsten seines Neffen Franz Joseph
14.–15.6.1848	Berliner Zeughaussturm	5.12.1848	Auflösung der Preußischen Nationalversammlung und Oktroi einer neuen Verfassung durch König Friedrich Wilhelm IV.
16.6.1848	Niederschlagung des Prager Aufstandes durch Fürst von Windisch-Graetz	21.12.1848	Verabschiedung der Grundrechte durch die Nationalversammlung in Frankfurt
20.6.1848	Rücktritt des preußischen Kabinetts Camphausen		
28.6.1848	„Kühner Griff“ Heinrich von Gagerns: Einsetzung einer Provisorische Zentralgewalt durch die Nationalversammlung		

Ereignisse 1849

26.2.1849	Zusammentritt der preußischen Zweiten Kammer	5.–9.5.1849	Eroberung Dresdens und Niederschlagung der Aufstände durch preußisch-sächsische Truppen
2.3.1849	Einigung der Frankfurter Nationalversammlung auf das demokratische Wahlrecht	10.5.1849	Rücktritt des Reichsministerpräsidenten Heinrich von Gagern
7.3.1849	Auflösung des österreichischen Reichstags und Oktroi einer Verfassung	11.5.1849	Aufstand von badischen Soldaten in der Bundesfestung Rastatt
27.3.1849	Verabschiedung der Reichsverfassung durch die Frankfurter Nationalversammlung	13.5.1849	Flucht des badischen Großherzogs Leopold
28.3.1849	Wahl des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser und Erblichkeit der Kaiserwürde	17.5.1849	Bildung einer Revolutionsregierung in der Pfalz
3.4.1849	Ablehnung der Kaiserkrone durch Friedrich Wilhelm IV.	19.5.1849	Beginn des dritten badischen Aufstands
5.4.1849	Abberufung der österreichischen Abgeordneten aus der Frankfurter Nationalversammlung	20.5.1849	Austritt von 65 rechtsliberalen Abgeordneten aus der Paulskirche
14.4.1849	Annahme der deutschen Reichsverfassung durch 28 deutsche Staaten	6.6.1849	Zusammentritt der Nationalversammlung in Stuttgart (Rumpfparlament)
27.4.1849	Auflösung der preußischen Zweiten Kammer	13.6.1849	Einmarsch preußischer Truppen zur Niederschlagung der Aufstände in der Pfalz
2.5.1849	Einsetzung eines Landesverteidigungs-ausschusses in der Pfalz	18.6.1849	Auflösung des Stuttgarter Rumpfparlaments
4.5.1849	Beschluss der Frankfurter Nationalversammlung zur Durchsetzung der Reichsverfassung und Beginn der Reichsverfassungskampagne	21.6.1849	Niederlage der badischen Revolutionsarmee bei Waghäusel
		23.7.1849	Kapitulation der Festung Rastatt

Literatur

- Badisches Landesmuseum Karlsruhe (Hg.): 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden. Landesausstellung im Karlsruher Schloß vom 28. Februar 1998 – 2. August 1998, Baden-Baden 1998, 538 S.
- Bezold, Andreas v.: Die schleswig-holsteinische Erhebung 1848–1851. Im Spannungsfeld zwischen Deutschland und Dänemark, Hamburg 2014, 136 S.
- Biefang, Andreas/Geppert, Dominik/Recker, Marie-Luise/ Wirsching, Andreas (Hg.): Parlamentarismus in Deutschland von 1815 bis zur Gegenwart. Historische Perspektiven auf die repräsentative Demokratie, Düsseldorf 2022, 476 S.
- Bleek, Wilhelm: Vormärz. Deutschlands Aufbruch in die Moderne, München 2019, 336 S.
- Bleiber, Helmut/Dlubek, Rolf/Schmidt, Walter (Hg.): Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge eines Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49, Berlin 2000, 282 S.
- Bleiber, Helmut/Schmidt, Walter/Schötz, Susanne (Hg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution 1848, Berlin 2003, 1011 S.
- Bleyer, Alexandra: 1848. Erfolgsgeschichte einer gescheiterten Revolution, Ditzingen 2022, 336 S.
- Botzenhart, Manfred: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1850, Düsseldorf 1977, 886 S.
- Botzenhart, Manfred: 1848/49. Europa im Umbruch, Paderborn 1998, 285 S.
- Clark, Christopher: Frühling der Revolution. Europa 1848/49 und der Kampf für eine neue Welt, München 2023, 1164 S.
- Dipper, Christof/Speck, Ulrich (Hg.): 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt am Main 1998, 463 S.
- Dowe, Dieter/Haupt, Heinz-Gerhard/Langewiesche, Dieter (Hg.): Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, 1295 S.
- Engehausen, Frank: Revolution von 1848/49, Paderborn 2007, 295 S.
- Engehausen, Frank: Werkstatt der Demokratie. Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Frankfurt am Main 2023, 355 S.
- Engehausen, Frank/Hepp, Frieder (Hg.): Auf dem Weg zur Paulskirche. Die Heidelberger Versammlung vom 5. März 1848. Begleitband zu der Ausstellung im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg vom 5. März – 3. Mai 1998, Ubstadt-Weiher 1998, 143 S.
- Fischer, Holger (Hg.): Die ungarische Revolution von 1848/49. Vergleichende Aspekte der Revolution in Ungarn und Deutschland, Hamburg 1999, 198 S.
- Frei, Alfred: Revolution der Deutschen Demokraten in Baden, Baden-Baden 1998, 538 S.
- Frei, Alfred/Hochstuhl, Kurt: Wegbereiter der Demokratie. Die badische Revolution 1848/49. Der Traum von der Freiheit, Karlsruhe 1997, 187 S.
- Freitag, Sabine (Hg.): Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution 1848/49, München 1998, 354 S.
- Friedrich Naumann Stiftung (Hg.): Grothe, Ewald: Die liberale Revolution. 1848/49 – Aufbruch zur Freiheit (Reihe: Public History), Potsdam 2023, 40 S.
- Fröhlich, Helgard/Grandner, Margarete/Weinzierl, Michael (Hg.): 1848 im europäischen Kontext, Wien 1999, 253 S.
- Gailus, Manfred: Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, Göttingen 1990, 546 S.
- Gall, Lothar: 1848. Aufbruch zur Freiheit, Berlin 1998, 465 S.
- Götz von Olenhusen, Irmtraud (Hg.): 1848/49 in Europa und der Mythos der Französischen Revolution, Göttingen 1998, 154 S.
- Gruner, Wolf D.: Der Deutsche Bund. 1815–1866, München 2012, 128 S.
- Hachtmann, Rüdiger: Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002, 254 S.
- Hachtmann, Rüdiger: 1848. Revolution in Berlin, Berlin 2023, 240 S.
- Hardtwig, Wolfgang (Hg.): Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998, 280 S.
- Hein, Dieter: Die Revolution von 1848/49, München 2019, 144 S.
- Hellfeld, Matthias v.: 1848 in 48 Kapiteln. Geschichte einer Revolution, Freiburg u.a. 2022, 288 S.
- Henke-Bockschatz, Gerhard/Wunderer, Hartmann: Die Revolution von 1848/49, Stuttgart 2013, 147 S.
- Herdepe, Klaus: Die Preußische Verfassungsfrage 1848, Neuried 2003, 454 S.
- Hippel, Wolfgang v.: Revolution im deutschen Südwesten. Das Großherzogtum Baden 1848/49, Stuttgart 1998, 408 S.
- Hobsbawm, Eric: Europäische Revolutionen 1789–1848, Darmstadt 2017, 420 S.
- Jansen, Christian/Mergel, Thomas (Hg.): Die Revolutionen von 1848/49. Erfahrung – Verarbeitung – Deutung, Göttingen 1998, 281 S.
- Jaworski, Rudolf/Luft, Robert (Hg.): 1848/49. Revolutionen in Ostmitteleuropa, München 1996, 455 S.
- Kapp, Heinz: Revolutionäre jüdischer Herkunft in Europa 1848/49, Konstanz 2006, 649 S.
- Kocka, Jürgen: Kampf um die Moderne: Das lange 19. Jahrhundert in Deutschland, Stuttgart 2021, 240 S.
- Lambrecht, Lars (Hg.): Osteuropa in den Revolutionen von 1848, Frankfurt am Main 2006, 242 S.
- Langewiesche, Dieter (Hg.): Die deutsche Revolution von 1848/49, Darmstadt 1983, 405 S.
- Langewiesche, Dieter (Hg.): Die Revolutionen von 1848 in der europäischen Geschichte. Ergebnisse und Nachwirkungen, München 2000, 178 S.
- Ludwig, Johanna/Nagelschmidt, Ilse/Schötz, Susanne (Hg.): Frauen in der bürgerlichen Revolution von 1848/49, Bonn 1998, 224 S.
- Mick, Günter: Die Paulskirche. Streiten für Einigkeit und Recht und Freiheit, Darmstadt 1997, 388 S.
- Mommsen, Wolfgang J.: 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830–1849, Frankfurt am Main 2000, 333 S.
- Müller, Frank Lorenz: Die Revolution von 1848/49, Darmstadt 2012, 156 S.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1993, 838 S.
- Obermann, Karl: Die Wahlen zur Frankfurter Nationalversammlung im Frühjahr 1848, Berlin 1987, 324 S.
- Price, Roger: The Revolutions of 1848, Basingstoke 1988, 126 S.
- Rackwitz, Martin: Märzrevolution in Kiel 1848. Erhebung gegen Dänemark und Aufbruch zur Demokratie, Heide 2011, 247 S.
- Rapport, Mike: 1848. Revolution in Europa, Stuttgart 2011, 446 S.
- Rieder, Heinz: Die Völker läuten Sturm. Die europäische Revolution 1848/49, Wiesbaden 2000, 266 S.
- Rühle, Otto: 1848 – Revolution in Deutschland, Münster 1998, 111 S.

Ruttmann, Ulrike: Wunschnbild – Schreckbild – Trugbild. Rezeption und Instrumentalisierung Frankreichs in der deutschen Revolution von 1848/49, Stuttgart 2001, 366 S.

Schaser, Angelika: Frauenbewegung in Deutschland 1848–1933, Darmstadt 2020, 176 S.

Siemann, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt am Main 1985, 256 S.

Siemann, Wolfram: 1848/49 in Deutschland und Europa. Ereignis – Bewältigung – Erinnerung, Paderborn 2006, 272 S.

Speck, Ulrich: 1848. Chronik einer deutschen Revolution, Frankfurt am Main 1998, 158 S.

Sperber, Jonathan: The European Revolutions 1848–1851, Cambridge 1995, 282 S.

Steinmeier, Frank-Walter (Hg.): Wegbereiter der deutschen Demokratie. 30 mutige Frauen und Männer 1789–1918, München 2021, 448 S.

Steinmetz, Willibald: Europa im 19. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2019, 762 S.

Stern, Carola/Winkler, Heinrich August (Hg.): Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990, Frankfurt am Main 2001, 264 S.

Stuke, Horst/Forstmann, Wilfried (Hg.): Die europäischen Revolutionen von 1848, Königstein/Ts. 1979, 235 S.

Timmermann, Heiner (Hg.): 1848. Revolution in Europa. Verlauf, politische Programme, Folgen und Wirkungen, Berlin 1999, 558 S.

Valentin, Veit: Geschichte der deutschen Revolution 1848–1849. 2 Bände, Weinheim 1998 [1925], 1439 S.

Vick, Brian: Defining Germany. The 1848 Frankfurt Parliamentarians and National Identity, Cambridge 2002, 283 S.

Volkov, Shulamit: Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2022, 336 S.

Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849–1914, München 1995, 1515 S.

Winkler, Heinrich August: Geschichte des Westens. Band 1: Von den Anfängen in der Antike bis zum 20. Jahrhundert, München 2009, 1343 S.

Quellen

Bleiber, Helmut/Schmidt, Walter/Weber Rolf (Hg.): Männer der Revolution von 1848, Band 1 und 2, Berlin 1987/88, 481 S., 564 S.

Boberach, Heinz/Zimmermann, Horst (Hg.): Publizistische Quellen zur Geschichte der Revolution von 1848 und ihrer Folgen, Koblenz 1996, 632 S.

Bong, Jörg/Hartwig, Ina/Weisband, Marina (Hg.): 1848. Frühe demokratische Programme und Texte zur Revolution von Theodor Fontane, Emma Herwegh, Friedrich Becker, Robert Blum, Darmstadt 2023, 903 S.

Engels, Friedrich: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke. Band 8, Berlin 1988, S. 3–109.

Falk, Gebhard (Hg.): Revolution 1848/49 in Brandenburg: Eine Quellsammlung, Bern 1998, 260 S.

Fenske, Hans (Hg.): Quellen zur deutschen Revolution 1848–1849, Darmstadt 1996, 381 S.

Grab, Walter (Hg.): Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation, Stuttgart 1998, 279 S.

Jessen, Hans (Hg.): Die Deutsche Revolution 1848/49 in Augenzeugenberichten, München 1978, 424 S.

Meyer, Franz Simon: Die ganze Geschichte meines gleichgültigen Lebens. Band 2: 1829–1849. In Zeiten der Revolution, hg. von Sebastian Dizioli, Kiel 2017, 559 S.

Schurz, Carl: Lebenserinnerungen. 2 Bände, hg. von Daniel Göske, Göttingen 2015, 1239 S.

Bildungsmaterial

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte/APuZ: 1848/49 (7–9/2023). Online: www.bpb.de/518135

bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte/APuZ: Louise Otto-Peters (8/2019). Online: www.bpb.de/285870

bpb: Reihe Aus Politik und Zeitgeschichte/APuZ: Wiener Kongress (22–24/2015). Online: www.bpb.de/206918

bpb: Reihe Infoaktuell: Der 18. März in der deutschen Demokratiegeschichte (2014). Online: www.bpb.de/195483

bpb: Reihe Infoaktuell: Jüdisches Leben in Deutschland vor 1945 (38/2021). Online: www.bpb.de/344935

bpb: Reihe Informationen zur politischen Bildung: Das 19. Jahrhundert (2/2012). Online: www.bpb.de/142102

bpb: Reihe Themenblätter im Unterricht: 18. März 1848/1990: Meilensteine der deutschen Demokratiegeschichte (2020). Online: www.bpb.de/306280

Geschichte Kompakt: Restauration und Vormärz. Online: www.geschichte-abitur.de/restauration-und-vormarz

Geschichte Kompakt: Deutsche Revolution 1848/49. Online: www.geschichte-abitur.de/revolution-184849

Lebendiges Museum Online: Vormärz und Revolution. Online: www.dhm.de/lemo/kapitel/vormaerz-und-revolution

Weitere Internetquellen

Deutsche Verfassungsgeschichte vor 1848 (Dossier, bpb)
www.bpb.de/39181

Frauenbewegung (Dossier, bpb)
www.bpb.de/35251

Märzrevolution 1848 und die Frauenemanzipation (Digitales Deutsches Frauenarchiv)
www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/sites/default/files/2023-06/DDF_InfosLinksMaterialien_1848_M%C3%A4rzrevolution%20und%20Frauenemanzipation_20230607.pdf

Napoleonische Herrschaft, Restauration und Vormärz (Segu Geschichte)
www.segu-geschichte.de/napoleon-restauration/

Revolution und Frankfurter Nationalversammlung 1848/1849 (Deutscher Bundestag)
www.bundestag.de/parlament/geschichte/parlamentaris-mus/1848/1848-199600

Revolution 1848 (Segu Geschichte)
www.segu-geschichte.de/revolution-1848/

Revolution von 1848/49 (Dossier, bpb)
www.bpb.de/516940

Tagungsort der Nationalversammlung 1848 (Frankfurter Paulskirche)
www.paulskirche.de/de/stationen/tagungsort-der-nationalversammlung-1848

Von der Paulskirche bis zur Verfassung von 1871 (Dossier, bpB)
www.bpb.de/39184

Vor 190 Jahren: Hambacher Fest (Hintergrund aktuell, bpB)
www.bpb.de/508682

Der Autor

Jörn Leonhard ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg. 2024 erhielt er für seine Forschungen zur politischen Kulturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts im internationalen Vergleich den Gottfried-Wilhelm-Leibniz Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Er ist Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften und der Leopoldina - Nationale Akademie der Wissenschaften.

Kontakt: joern.leonhard@geschichte.uni-freiburg.de

Bildnachweise

akg images

7 oben: akg-images/Stefan Ziese **7 Mitte links:** akg-images **8:** akg-images **10:** akg-images **14:** akg-images **18:** akg-images **26:** akg-images **40 unten:** akg-images **41:** akg-images/© VG Bild-Kunst, Bonn 2025 **45:** akg-images/F. Werner, Wien/ÖNB-Bildarchiv/picturedesk.com **49 (2):** akg-images **51:** akg-images **53:** akg-images **55:** akg-images

Alamy

7 Mitte rechts: Eden Breitz/© VG Bild-Kunst, Bonn 2025 **7 unten links:** imageBROKER/Stefan Ziese **30:** piemags

bpk-Bildagentur

4 (2): bpk/Kunstabibliothek, SMB/Knud Petersen **11:** bpk-Fotoarchiv/Fotograf unbekannt **21 (2):** bpk-Fotoarchiv/Dietmar Katz **25:** bpk/Deutsches Historisches Museum/Arne Psille **37:** bpk-Fotoarchiv/Fotograf unbekannt **40 oben:** bpk-Fotoarchiv/Fotograf unbekannt **44:** bpk/Staatsbibliothek zu Berlin **48:** bpk-Fotoarchiv/Fotograf unbekannt

Karikatur

61 (3): Thomas Plaßmann/www.thomasplassmann.de

Picture Alliance

Titelbild: akg-images | akg-images **15:** akg-images | akg-images **19:** Bildagentur-online | Sunny Celeste **23:** akg-images | akg-images **29:** HIP | The Print Collector **38:** Bildagentur-online | Sunny Celeste **39:** opale.photo | Darchivio **43:** akg-images | akg-images **59 (2):** Foto Huebner | Foto Huebner **60:** akg-images | akg-images **62:** ZB | Hubert Link

ullstein bild

12: ullstein bild – Archiv Gerstenberg **13:** ullstein bild – Archiv Gerstenberg **42:** ullstein bild – Archiv Gerstenberg **46:** ullstein bild – Archiv Gerstenberg

Weiteres Bildmaterial

16+17: Cornelsen **32:** SLUB Dresden **33:** Deutsches Historisches Museum/I. Desnica **50:** Landesarchiv BW, HStAS J 302 Nr. 5 **57:** Otto-von-Bismarck-Stiftung

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb,
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn, Fax-Nr.: 02 28/99 515-309,
Internetadresse: www.bpb.de/izpb, E-Mail: info@bpb.de

Redaktion: Laura Gerken; Leonie Schminke (verantwortlich);
Charlotte Wittenius; Leon Wörmann (Volontär); alle bpB

Mitarbeit: Claudia Didczuneit (bpB), Yvonne Paris (Bad Neuenahr-Ahrweiler)

Gutachten: Prof. Dr. Andreas Fahrmeir ist Professor für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts am Historischen Seminar der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Titelbild: An der Revolution von 1848/49 waren Menschen unterschiedlichster Herkunft und sozialer Stellung beteiligt. F. G. Nordmann zeigt dies mit seiner Darstellung: Am 18. März 1848 kämpfen Männer, Frauen und Kinder gemeinsam an einer Berliner Barrikade. (Bild retuschiert)

Umschlagrückseite: Synchronschwimmer GmbH, synchronschwimmer.net

Gesamtgestaltung: Synchronschwimmer GmbH, synchronschwimmer.net

Druck: Schaffrath GmbH & Co. KG, 47608 Geldern

Vertrieb: IBRo, Verbindungsstraße 1, 18184 Roggentin

Erscheinungsweise: vierteljährlich

ISSN 0046-9408. Auflage dieser Ausgabe: 400 000

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. September 2025

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden. Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation. Wir danken allen Lizenzgebern für die freundlich erteilte Abdruckgenehmigung. Die Inhalte der im Text, in den Anmerkungen und Literaturhinweisen zitierten Internetlinks unterliegen der Verantwortung der jeweiligen Anbieter; für eventuelle Schäden und Forderungen übernehmen die bpB sowie der Autor keine Haftung.

Anforderungen

bitte schriftlich an

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055, 18155 Rostock
Fax.: 03 82 04/66-273 oder www.bpb.de/izpb

Absenderanschrift bitte in Druckschrift.

Abonnement-Anmeldungen oder Änderungen der Abonnement-modalitäten können unter folgendem Link vorgenommen werden:
www.bpb.de/541048

Informationen über das weitere Angebot der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb erhalten Sie unter der o. g. bpB-Adresse.

Für telefonische Auskünfte (**bitte keine Bestellungen**) steht das Infotelefon der bpB unter Tel.: 02 28/99 515-0
Montag bis Freitag zwischen 9.00 Uhr und 18.00 Uhr zur Verfügung.



Noch einer? Noch einer!

Die schwarzen Hefte – jetzt auch als Newsletter.
Gleich abonnieren und immer informiert bleiben.



News

1



Jetzt kostenfrei abonnieren
auf bpb.de/newsletter



Bundeszentrale für
politische Bildung